Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei mehrmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 107. | Dresden, Mittwoch den 12. Mai 1909. | 20. Jahrg.

Bülows Spiel.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

„Wo bleiben die angekündigten Ersatzsteuern? Wo bleibt die gleichfalls angekündigte Erbanfallsteuer?" — so hat man sich seit drei Wochen Tag für Tag fragen müssen, und mit jedem Tag, der ohne Antwort blieb, wuchs das Erstaunen, aber auch die Klarheit der Einsicht in den wirklichen Stand der Dinge. Die blockfreisinnige Presse hatte die Person des Reichskanzlers mit einem üppigen Legendenkranz umschlungen: er war der heimliche Kanzler des erwachten Liberalismus, der aufgeklärte, vorurteilsfreie Staatsmann, der nur auf die Gelegenheit wartete, an der Spitze seiner treuen liberalen Regierungstruppen den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen. In Wirklichkeit war er keinen Augenblick etwas anderes als der Vertrauensmann und gefügige Agent der Junker, der sich im Einverständnis mit diesen das große Verdienst erwarb, den Freisinn für die Armee der staatserhaltenden und nationalen Parteien gewonnen zu haben.

Man darf nicht glauben, daß Fürst Bülow, als er die Nachlaßsteuer in das Programm der Finanzreform aufnehmen ließ, auch nur im entferntesten an die Möglichkeit eines sich daraus ergebenden Konfliktes mit den Konservativen gedacht hätte. Erst spät schuf das Agitationsbedürfnis des durch und durch „vaterlandslosen", ganz auf die Wahrung der Grundspekulationsinteressen bedachten Bundes der Landwirte die schwierige Situation. Dazu kam, daß die Konservativen eine günstige Gelegenheit sahen, um sich gegen die Möglichkeit zu sichern, daß in der Frage des preußischen Wahlrechts im geringsten am Bestehenden gerüttelt werde. Bülows Rolle wurde nun eine höchst zweideutige. Nach außen hin vertrat er nur auf das laueste die Regierungsvorlage, unter den Koulissen tat er alles, um die Konservativen in ihrem Widerstande zu ermutigen. Gerade in der Zeit, da eine lebhafte Bewegung für die Nachlaßsteuer durch die Bevölkerung ging und der Erfolg dieser Steuer leicht gesichert werden konnte, reiste der Kanzler nach Italien und begann, zurückgekehrt, seine berüchtigte antiparlamentarische Hetze. Während er seine „alten Freunde" von der konservativen Partei streichelte, ließ er alle giftigen Kanonen gegen den Reichstag auffahren und versuchte mit allen Mitteln den Parlamentarismus im Volke zu diskreditieren. Daß er bei dieser Gelegenheit es wagte, die schüchterne „Hoffnung" auszusprechen, seine „alten Freunde" würden ihm schließlich doch die denaturierte Erbanfallsteuer bewilligen, mußte schon Staunen erregen, und die blockfreisinnige Presse benutzte natürlich auch gleich den willkommenen Anlaß, sich dem Kanzler für einen „Kampf gegen die Reaktion" zur Verfügung zu stellen. Heute ist vollkommen klar, daß sich Fürst Bülow am 20. April nicht einmal so weit vorgewagt hätte, wenn ihm nicht die verbündeten Regierungen in einem vorübergehenden Anfalle von Energie den Rücken gesteift hätten.

Seitdem sind drei Wochen vergangen, und von den angekündigten neuen Regierungsvorlagen hört man noch immer nichts. Dafür hat man den Geheimrat, der die Professoren für die Erbschaftssteuer mobil gemacht hatte, den Junkern zuliebe aus dem Reichsschatzamt hinausgeworfen. Die oppositionelle Strömung in der konservativen Partei, die vor Ostern gänzlich zurückgedrängt schien, bekam wieder Oberwasser. Während die konservativen Führer Konferenzen mit dem Reichskanzler hielten, wurde der Widerstand der Partei gegen die verhaßte Steuer immer heftiger und schärfer. Schließlich sind es nur noch drei konservative Abgeordnete, die für die Erbschaftssteuer stimmen wollen. Und da sich — wir kommen damit zu den allerneuesten Ereignissen — der konservative Abg. Pauli-Potsdam für die Erbschaftssteuer erklärt, so kann ihm die Kreuzzeitung darauf erwidern:

Der Abg. Pauli wird wohl kaum in die Lage kommen, dies Versprechen einzulösen, da die verbündeten Regierungen schwerlich noch eine Vorlage einbringen werden, wie sie der Abgeordnete Pauli erwartet.

Es ist unmöglich, in wenigen Worten mehr Hohn und Uebermut des Siegers auszudrücken. Die Kreuzzeitung gebärdet sich wieder völlig als Beherrscherin der Situation. Nach wochenlangem Warten auf die vom Reichskanzler angekündigte Erbanfallsteuer erfährt man aus dem Munde der Kreuzzeitung, daß sie überhaupt nicht kommt.

Fürst Bülow wartet nur auf eine Gelegenheit, sich mit den Freisinnigen aufzulegen, weil sie ihm nicht genug indirekte Steuern bewilligen. Vielleicht gibt schon die Behandlung der Tabaksteuer in der Kommission Anlaß zu einem Skandal zwischen dem Kanzler und den liberalen Blockführern. Denn was Fürst Bülow heute will, ist einfach dies: den Freisinn aus dem Block hinausschmeißen und die Finanzreform ohne Erbschaftssteuer mit einer konservativ-ultramontanen Mehrheit machen. Nur ob er es kann, ist noch die Frage!

* * *

Die Wirrnis.

Die zuversichtlichsten Künder der politischen Situationen verzagen jetzt an ihrem Wissen. Auch Herr August Stein, der seit Bülows Herrschaft im Frankfurter demokratischen Blatte die Lichtlein leuchten ließ, die ihm Bülow angezündet, tappt völlig im Dunklen. In einem Artikel der Frankf. Ztg. Zur Lage ergeht er sich also in Mutmaßungen:

„Was nun? Eine bestimmte Antwort gibt es zurzeit darauf nicht, denn keiner der in Betracht kommenden Faktoren hat bis jetzt einen Entschluß gefaßt. Nur die sich bietenden Möglichkeiten lassen sich beurteilen. Es sind Stimmen laut geworden, die eine Vertagung der Finanzreform bis zum Herbst anraten. Das wäre keine Lösung, sondern eine Verschiebung. Im Herbst würde die Situation genau dieselbe sein, wenn nicht inzwischen Zufälle und Wunder eintreten. Und eine Verschiebung würde bedeuten, daß die wirtschaftliche und politische Ungewißheit und Beunruhigung um sechs Monate verlängert wird. Der Reichskanzler und die verbündeten Regierungen, die, wenn Erklärungen etwas gelten, sich auf eine wirklich gleichmäßige Besitzsteuer und speziell auf die Erbschaftssteuer festgelegt haben, können vor dem konservativ-agrarischen Widerstand zurückweichen und können die Finanzreform mit einer aus dem Zentrum und den Konservativen und vielleicht den andern Fraktionen der Rechten — sogar von einer Mitwirkung der Nationalliberalen wird schon gesprochen — bestehenden Mehrheit durchsetzen. Also eine konservativ-agrarische Finanzreform gegen die Linke, mit Besitzsteuern, die voraussichtlich in der Hauptsache den städtischen Besitz und das sogenannte mobile Kapital treffen würden. Ob das geschieht, und ob sich Bülow dazu entschließt, muß man abwarten. Wir wagen nicht zu prophezeien.

Der Reichstag kann aufgelöst werden. Die Regierung müßte dann, gestützt auf die Parteien der Linken, die bisher leider nicht einmal eine taktische Einheit sind, den Wahlkampf gegen Konservative und Zentrum führen und aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur einen Wahlkampf, sondern bald auch einen zweiten, einen konsequenten Kampf gegen konservatives Agrariertum. Wahrlich die Aufgabe eines starken Mannes der Zukunft! Aber die Konservativen haben gewiß recht, wenn sie annehmen, daß der jetzige Reichskanzler dieser Mann nicht sein will und nach allen in Betracht kommenden Verhältnissen auch nicht sein kann. Und schließlich bliebe als letzte Möglichkeit der Rücktritt des Reichskanzlers übrig und seine Ersetzung durch einen Nachfolger, der ohne Einbuße an persönlicher Geltung eine Finanzreform mit den Konservativen machen kann. Für die Sache der Reichsfinanzreform würde dieser Rücktritt wenig bedeuten, für die Person und das Ansehen des Fürsten Bülow sehr viel. Wir kennen die Absichten des Reichskanzlers nicht, nehmen aber nach Lage der Sache und besonders auch im Hinblick auf die Abwesenheit des Kaisers an, daß er einen bestimmten Entschluß noch nicht gefaßt hat."

* * *

Keine Reichswertzuwachssteuer.

An der Konferenz im Reichsschatzamt, die sich mit der Frage der Reichswertzuwachssteuer befaßte, haben u. a. die Oberbürgermeister der großen Städte und Vertreter der einzelnen Bundesstaaten teilgenommen. Das Ergebnis der Verhandlungen besteht darin, daß die Frage der Reichswertzuwachssteuer durchaus noch nicht so weit geklärt sei, um eine Vorlage auszuarbeiten und dem Reichstage unterbreiten zu können. Einigkeit bestand darüber, daß das Ergebnis einer Reichswertzuwachssteuer ein derart schwankendes und ungewisses wäre, daß das Reich sich auf solche Einnahmen unter keinen Umständen stützen könne. Auch sind sowohl eine immer wachsende Anzahl Städte als auch verschiedene kleinere Bundesstaaten am Werk, die Wertzuwachssteuer für ihre Zwecke einzuführen. Je mehr die Wertzuwachssteuer aber in Gemeinden und in ganzen Bundesstaaten durchgeführt wird, desto schwieriger wird es für das Reich, sich diese Steuerquelle dienstbar zu machen.

Der Kampf der französischen Postbeamten.

Die Debatte in der Deputiertenkammer.

Paris, 11. Mai. Die Sitzung begann ruhig. Die Tribünen sind überfüllt. Präsident Brisson teilt mit, daß eine Interpellation Sembat-Willm eingelaufen sei wegen der sieben Dienstentlassungen, die der Minister gegen Beamte wegen Handlungen, die zu dem Dienst in keinen Beziehungen stehen, verfügt habe. Arbeitsminister Barthou verlangt, daß die Diskussion sofort stattfinde.

Sembat (Sozialdemokrat) steigt auf die Tribüne, um die Interpellation zu begründen. Er geht sogleich auf den eigentlichen Kern ein. Er erklärt die Bestrafung der gemaßregelten Beamten grundsätzlich für ungerecht. Er fragt: „Ist die These der Regierung überhaupt haltbar? Es handelt sich darum, ob ein Beamter, wenn er das Bureau verlassen hat, alle Rechte eines anderen Staatsbürgers besitzt, oder ob er eine Rechtsverminderung erfährt, ob er der Ueberwachung seiner Verwaltung, ja sogar der Staatspolizei unterworfen bleibt." (Beifall links.) Nach Ansicht des Redners ist der Beamte ebenso frei wie ein Handelsangestellter oder Bankbuchhalter nach seinen Dienststunden. Barthou habe nicht immer der Ansicht gehuldigt, die er heute vertritt. Es werde gut sein, wenn er klar heraussage, wie sein Standpunkt gegenüber den Beamten ist, damit nicht wieder Mißverständnisse und Irrtümer entstehen, wie es beim ersten Poststreik vorgekommen sei. Es scheine, daß der Deputierte Dreyfuß die Rolle eines Vermittlers zwischen der Regierung und den Beamten gespielt habe. Es scheine weiter, daß indirekte Versprechungen gegeben worden seien, die man später vergessen habe. Die Beamten behaupten, daß sie überwacht und ausspioniert wurden, daß die Regierung heimlich eine Gelegenheit suchte, sich für die erlittene Schlappe zu rächen, und daß die Bestrafungen für die Reden am 1. Mai nichts anderes seien als ein Ausdruck dieser kleinlichen Rache. „Die Regierung wird geltend machen, daß die Beamten sich nur vor dem Disziplinargericht zu verteidigen brauchen, und daß sie sich ihrer Rechte begeben haben, als sie zur Verhandlung nicht erschienen. Allein diese Beamten haben die Rechte ihrer Genossen verteidigt, als sie so ihre Rechte zu schädigen schienen. Sie wollten zeigen, daß es der Regierung nicht zusteht, über privaten Meinungen freier Männer zu Gericht zu sitzen. (Beifall.) Auf diese Frage kommt es vor allem an. Wir haben darüber zu entscheiden, ob die Beamten eines freien Staates unfreie Diener oder unabhängige Männer sein sollen." (Beifall bei den Sozialisten.)

Nach Sembat ergreift Paul Deschanel das Wort. Wenn ein Mensch in den Staatsdienst tritt, darf er nicht mit denen fraternisieren, die den Staat befehden. Der Beamte schließt einen stillschweigenden Vertrag mit der Gesellschaft. Sie erkennt ihm gewisse Rechte zu, verlangt aber dafür Erfüllung bestimmter Pflichten. Wird dieser Vertrag einseitig verletzt, so hat die Gesellschaft das Recht, sich zu schützen. Sache der Regierung ist es, dafür zu sorgen, daß die Auseinandersetzungen, die in dieser Hinsicht nötig werden, sich möglichst friedlich vollziehen. Es ist jetzt Mode, schlecht vom Parlament zu sprechen. Aber man vergesse nicht, daß in einer Republik, wenn sie das Parlament vernichtet, gewöhnlich die Diktatur folgt. Vor zwei Gefahren hat sich die Republik in dieser Krise zu hüten: vor der Demagogie und dem Cäsarismus.

Der Deputierte Willm (Soz.) geht im einzelnen alle die Vorwürfe durch, die gegen die gemaßregelten Postbeamten erhoben werden. Willm fragt den Deputierten Dreyfuß direkt, was Clemenceau ihm gesagt habe, und ob die Postbeamten berechtigt waren, an die Versprechungen zu glauben.

Dreyfuß: Am 20. März kamen einige Streikende zu mir, um mich um Rat zu fragen. Ich habe den Besuch in keiner Weise veranlaßt. Sie sagten mir, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen möchten. Ich begab mich darauf zu dem Ministerpräsidenten und erklärte ihm, daß ein Teil der Beamten mit ihm in Verbindung treten wollte. Her Clemenceau war bereit, sie zu empfangen, vorausgesetzt, daß sie von ihren Genossen zur Verhandlung ermächtigt wären und von ihm keine festen Zusagen verlangten, da er ohne Befragung der Kammer nichts machen könne. Ich habe mich darauf beschränkt, diese Erklärung an eine Abordnung von vier Postbeamten weiterzugeben, unter denen sich auch Herr Subra befand. Was ich getan habe, geschah im Interesse des Friedens. Hinzufügen möchte ich jedoch heute, daß nach dem Worten, die Minister Barthou auf der Tribüne im März gesprochen hat, die Enttäuschung der Postbeamten begreiflich ist. Barthou sagte, die Reorganisation des Dienstes sei die Frage von morgen. Erst müsse der Dienst wieder aufgenommen werden. Der Dienst ist aufgenommen worden. Zwei Monate sind seitdem vergangen, und ich glaube, daß die verheißene Reorganisation nunmehr die Frage von heute ist.

Deputierter Benoist: „Ich bitte Herrn Dreyfuß, uns zu sagen, ob die Stelle in dem heute veröffentlichten Protokoll richtig ist, die sich auf Versprechungen über eine Amtsentfernung des Herrn Symian bezieht."

Dreyfuß: Das Protokoll ist zwei Monate alt. Wie mir scheint, ist es in manchen Punkten ungenau. (Bewegung.)

Benoist: Danke! Das genügt mir!

Im Namen der Regierung ergreift Minister Barthou das Wort: Was die Regierung versprochen, hat sie gehalten; aber was sie nach Ansicht ihrer Gegner nicht ausgeführt haben soll, das hat sie auch nie versprochen. (Bewegung.) Am 4. April haben Beamte eine ausführliche Tagesordnung über ihre Absichten angenommen und beim Auseinandergehen die Internationale angestimmt. Am 4. April haben Briefträger in Uniform sich mit den Bauarbeitern verbrüdert und mit Beifall die Aufforderung des Herrn Poulot begrüßt, sich der allgemeinen Arbeitervereinigung anzuschließen. Pataud fordert die Beamten zu Taten auf. Ein ganzer Feldzug wird gegen die Regierung und das Parlament organisiert. Am 6. April wird in Paris eine Tagesordnung angenommen, die direkt gegen das Parlament gerichtet ist. In Rouen hält ein Briefträger in Uniform in einer Versammlung eine Rede, in der folgende Worte vorkommen: „Wenn ein Krieg ausbricht, wird mir der Staat meine Kinder nicht entreißen. Ich habe kein Vaterland. Mein Vaterland ist geschichtlich genommen der Ort, wo ich geboren bin, aber meine Ueberzeugung erkennt keine Grenzen an." Das, meine Herren, sagt ein Beamter in Uniform. Daß wir es nicht dulden, wenn am 1. Mai ein Postbeamter dazu auffordert, die Forderungen der Proletarier durch eine gemeinsame Aktion gegen die Arbeitgeber, das Kapital und die Behörden durchzusetzen? das sind Meinungsdelikte, sagt Herr Sembat, außerhalb des Dienstes hat jeder das Recht seiner Ueberzeugung. Deshalb haben die sieben Beamten es abgelehnt, sich vor dem Disziplinargericht zu verantworten. Ich bin neugierig, ob die Kammer sich diese Logik zu eigen machen wird. Ich für meinen Teil glaube nicht daran, daß der Beamte bis 6 Uhr abends gern und pflichtgetreu seine Arbeit für den gleichen Staat tun wird, den er nach 6 Uhr abends mit Schmähungen überhäuft. Ich glaube vielmehr, daß ein Beamter mit einem Arbeiter des Privatbetriebes gar nicht verglichen werden kann. Ein Arbeiter kann zu Zeiten arbeitslos sein, ein Beamter hat sein gesichertes Einkommen. Ein Arbeiter muß schon ungewöhnlich geschickt sein, wenn er höher steigen will, der Beamte klimmt allmählich die Stufen zur besseren Tätigkeit hinauf, die Arbeiter haben leider bei uns noch keine Pension, der Beamte hat eine Beihilfe für sein Alter. Für solche Rechte muß es auch Pflichten als Gegengewicht geben. Mögen Sie urteilen wie Sie wollen, eine Regierung hat auch eine

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Pflicht, und diese Pflicht ist der Schutz der Bürger, die unserer Sorge vertrauen. Wir können irren, aber man soll uns nicht sagen, daß wir nachlässig und unehrlich handeln. Wo wir Unheil erkennen, müssen wir ihm zu steuern versuchen. Sie wünschen unsere Stellung gegenüber den Beamten und dem angedrohten Streik kennen zu lernen? Betrachten Sie, was wir heute gesagt und getan haben, und Sie werden wissen, was wir morgen zu tun gedenken. (Beifall.)

Die Rede wurde häufig von Sozialisten und Nationalisten unterbrochen. Man erwartet, daß Clemenceau sprechen werde. Da werden plötzlich Stimmen laut: „Donnerstag Vertagung!" In fünf Minuten war durch Zuruf die Vertagung beschlossen, wie es später hieß, weil während der Debatten noch mehrere Redner, unter anderen Jaurès, eingeschrieben wurden und die Kammer die Diskussion nicht in die Nacht hinein fortsetzen wollte. Andere erzählen, daß hinter den Kulissen Verhandlungen stattfinden, die eine Ueberraschung bringen könnten.

•

Der Beginn des Kampfes.

Paris, 12. Mai. 1 Uhr früh. **Die Postbeamten** beschlossen in einer im Saale des Hippodroms abgehaltenen Versammlung, **in den Ausstand zu treten. Vom Lyoner Bahnhofe sind keine Postsendungen** und vom Bahnhofe St. Lazare ist nur die Post nach Havre abgegangen.

Paris, 11. Mai. In der Versammlung der Postbeamten, in der der Ausstand beschlossen wurde, wurde auch beschlossen, den **Verbandsausschuß aufzulösen und ihn durch einen Streikausschuß zu ersetzen.** Die Namen der Mitglieder dieses Ausschusses werden geheimgehalten. Schließlich wurde [illegible] daß **über die Wiederaufnahme der Arbeit nur von der Generalversammlung entschieden werden** kann. Schließlich wurde eine Tagesordnung angenommen, in der es heißt: **Die Beamten, Unterbeamten und Arbeiter,** die sich versammelt haben in dem Gefühle der Unabhängigkeit und der Empörung über die Illoyalität der Regierung, die ihrem Versprechen dadurch untreu geworden, daß sie gegen kämpfende Postbeamte vorgegangen ist, weil diese frei ihre Meinung geäußert haben, **verpflichten sich, die Arbeit niederzulegen und zu kämpfen, bis ihnen vollständige Genugtuung geworden ist. Sie fordern** laut **das Syndikatsrecht,** das sie um jeden Preis erlangen werden, rufen dem Postbeamtenverbande einen Gruß zu und trennen sich unter dem Rufe: **„Es lebe der Ausstand!"**

Paris, 11. Mai. Die Postbeamten von Nancy und Bordeaux sind in den Streik getreten. Das Lyoner Komitee des Postbeamtenverbandes hat ebenfalls **beschlossen, die Arbeit einzustellen.**

Die Tabaksteuer in der Finanzkommission.

* Die Finanzkommission des Reichstags begann, wie wir im gestrigen Depeschenteil schon kurz berichtet haben, am Dienstag die Beratung der Tabaksteuer. Die Subkommission hat sich für einen Wertzuschlag auf eingeführten Tabak entschieden. Freiherr v. Richthofen (kons.) erklärte, es müssen mehr als 30 Millionen aus dem Tabak herausgeholt werden, sonst könne seine Partei nicht dafür stimmen. Mindestens müsse die Steuer 70 bis 80 Millionen tragen. Geheimrat Kühn schloß sich diesen Ausführungen in allen Punkten an und der sächsische Regierungsrat Härtig erklärte, auf dem Standpunkt der ursprünglichen Regierungsvorlage (Banderole) zu stehen.

Dann führte Abg. Molkenbuhr (Soz.) aus: Wenn man bestimmt wüßte, daß die Konservativen an der heute abgegebenen Erklärung festhielten, könnte man sich das viele Reden ersparen. Es sei bemerkenswert, daß die Konservativen heute für eine Steuer mit einem Ertrag von 70 Millionen eintreten, nachdem sie eben erst die **Erbschaftssteuer,** die denselben Betrag liefern könnte, einmütig abgelehnt hätten. Die **Erbschaftssteuer schade keinem Menschen, eine erhöhte Tabaksteuer aber würde für große Schichten der Arbeiterschaft geradezu vernichtend wirken.** Die Banderolesteuer sei gerade die schlimmste aller Tabaksteuern. Sie sei die arbeiterfeindlichste Gesetzesvorlage, die jemals an den Reichstag gebracht worden ist. An sich erscheint es plausibel, die teuren Zigarren mit einem Zuschlag zu belegen. Aber eine solche Steuer wird leider nicht vom Raucher direkt erhoben, sondern von den Tabakfabrikanten und Tabakarbeitern. Der Tabakwertzoll sei in keinem Lande der ganzen Welt eingeführt. Die Banderolesteuer ist nichts anderes als der Versuch einer Erdrosselung der kleinen Betriebe. Während der reiche Fabrikant große Vorräte einkaufen könne, müsse der kleine von Monat zu Monat Tabak kaufen und sei dadurch allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt. Eine Wertsteuer müßte selbstverständlich den Preisschwankungen folgen. Sie wäre also dazu angetan, dem kleinen Fabrikanten das Genick umzudrehen. Deswegen seien die Sozialdemokraten auch gegen die jetzt vorgeschlagene Steuer. Abg. Hormann (freis. Volksp.) erklärte, die Mitglieder der liberalen Fraktionsgemeinschaft müssen **die Banderole- und Wertsteuer ablehnen.** Sie könnten nur einer mäßigen Erhöhung der jetzigen Zölle und Steuern zustimmen. Demgegenüber behauptete Geheimrat Reinboldt, die Banderole sei das beste für die Industrie. Es sei zwar richtig, was Abg. Molkenbuhr behauptet habe, daß kein Staat den Wertzoll eingeführt habe, aber Herr Molkenbuhr habe vergessen, daß viele Staaten zum Monopol übergegangen seien und infolgedessen keinen Wertzoll brauchten. Abg. Schulz (Reichsp.) erklärte, seine Freunde stünden mit einer Ausnahme auf dem Standpunkt, daß der von der Regierung geforderte Betrag aufgebracht werden müsse. Abg. Müller-Fulda (Zentr.) meinte, man müsse darauf sehen, daß die Art der Besteuerung sozialpolitisch vertretbar sei. Deshalb habe die Unterkommission der Wertsteuer den Vorzug vor der Gewichtssteuer gegeben.

Abg. Molkenbuhr bestritt gegenüber dem Regierungsvertreter, daß alle Staaten, die sehr viel aus dem Tabak herausholen, das Monopol eingeführt hätten: weder Rußland noch die Vereinigten Staaten hätten das Monopol. Die Wertsteuer ist nicht nur eine Erdrosselung der Kleinen, sondern sie hat auch technische Schwierigkeiten, die nicht zu überwinden sind. Die Zigaretten-Banderolesteuer hat, wie aus der neuesten Nummer der „Tabakwelt" ersichtlich ist, in den letzten Wochen allein 95 Firmen zugrunde gerichtet. Und dabei handelt es sich nur um größere Firmen, von den kleinen wird gar nicht gesprochen. Hunderte von Leuten, die ihre Existenz in der Fabrikation von Zigaretten gefunden haben, seien brotlos geworden. Die Wertzuschlagssteuer müsse immer den Preisschwankungen folgen und müsse daher notgedrungen auf die kleinen Leute verhängnisvollen Einfluß ausüben.

Geheimrat Reinboldt gab zu, daß die Schwierigkeiten der Kontrolle bei der Wertzuschlagssteuer groß sind, hoffte aber, sie überwinden zu können. Abg. Erzberger (Zentr.) behauptete, die Zigarettensteuer habe sich glänzend bewährt. Die Zahl der Arbeiter habe auch nicht abgenommen, sondern sich um 2000 vermehrt. Man müßte erwägen, ob ein 30proz. Zuschlag die Zigarette angemessen treffen würde. Abg. Hormann (freis. Volksp.) machte darauf aufmerksam, daß man bei einer erheblichen Preissteigerung mit mindestens 20 Proz. Konsumrückgang rechnen müsse. Das bedeutet, daß von 200 000 Tabakarbeitern 40 000 entlassen werden müßten. Das sei ein furchtbarer Schlag für die Industrie und für die Leute selbst schon in guten Zeiten, besonders aber in Zeiten der Krise wie jetzt. Abg. Mommsen (freis. Vereinigg.) wies darauf hin, daß die Bedenken technischer Natur gegen die Wertsteuer noch nicht widerlegt sind. Tatsächlich habe noch kein einziges Land eine Wertsteuer. Die einfache Erhöhung der Sätze der bestehenden Steuer ist zweifellos die beste Lösung. Reichsschatzsekretär Sydow wandte sich gegen die Anträge auf Erhöhung der Gewichtszölle. Die Banderolesteuer sei zweifellos das beste Mittel. Abg. Dr. Weber (natl.) wies darauf hin, daß alle sachkundigen Interessenten einstimmig **den Fakturenwertzuschlag für unmöglich erklärt haben.** Für die Vorlage der Unterkommission seien die Nationalliberalen nicht zu haben. Abg. Kreth (kons.) trat für die Wertsteuer ein, weil die mittleren und feinen Raucher ganz gut ein paar Pfennige mehr für ihre Zigarren zahlen können. Ein Konsumrückgang beim Tabak sei nicht zu fürchten, weil es für Tabak kein Ersatzmittel wie für den Alkohol gäbe. Abg. Dr. Wiemer (freis. Volksp.) wandte sich gegen die Wertsteuer: Die Regierung scheine die Schwierigkeiten der Wertsteuer gar zu leicht zu nehmen. Bei einer Wertsteuer ist eine Schonung des Konsummittels des armen Mannes, des Kautabaks, nicht wahrscheinlich. Das beste ist es, da aus dem Tabak einmal nicht mehr als 40 Millionen zu holen seien, das bisherige System einfach zu übernehmen und auszubauen.

Abg. Geyer (Soz.) faßte dann die Bedenken gegen jede Erhöhung der Tabakbesteuerung noch einmal gründlich zusammen. Vor allem legte er dar, daß die feinste Ware, die über Holland nach Deutschland kommt, in sogenannten „Durchschnittspacken" eingeführt wird. Die schlechten Stücke kosten ungefähr 2 bis 3 M. pro Pfund, die besten aber 15 bis 16 M. Natürlich werde die Faktur nach dem Durchschnitt aufgestellt, mit anderen Worten: die Wertsteuer trifft gar nicht die besseren Sorten. Wenn schon eine neue Steuer eingeführt wird, dann müßte sie wenigstens einwandfrei sein. Die Wertsteuer aber würde **einen ungeheuren Lohndruck zur Folge haben.** Die Unternehmer werden eben zu **sparen suchen** und sie können dies am leichtesten **beim Lohn des Arbeiters.** Dazu kommt, daß sehr viele Arbeiter arbeitslos werden und auch auf den Arbeitsmarkt drücken. Gegenüber einer Erklärung wie die des Geheimrats Kühn müßte das Parlament eigentlich die Vorlage der Regierung vor die Füße werfen. **Daß die sächsische Regierung rücksichtslos gegen die Tabakindustrie sei, wundere ihn natürlich nicht.** Die Grundlage eines vernünftigen Steuersystems bilden doch Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. In Deutschland aber machen es die herrschenden Klassen anders. **Die Steuerscheu der Konservativen ist noch nie so kraß hervorgetreten wie diesmal bei der Erbschaftssteuer.** In den Reihen der Konservativen ist aber auch schon Widerstand gegen die Tabaksteuer wach geworden. Die Abgeordneten Sieler mann und Schmidt-Altenburg sind freilich von ihren Fraktionen aus der Kommission herausboykottiert worden, weil sie von der Sache etwas verstehen und genau wissen, welche Folgen die neue Tabaksteuer haben muß. Das Zentrum nimmt es leicht, daß Tausende von Arbeitern brotlos werden sollen. Auch die Freisinnigen haben eine Schwenkung vorgenommen. Noch vor kurzem hat sich Dr. Wiemer gegen Neubelastung des Tabaks ausgesprochen, während er jetzt 40 Millionen bewilligen will. Freilich schiebt er jetzt den Tabakverein vor. Aber eine größere Pression wie gegen den Tabakverein ist wohl noch nie ausgeübt worden. Uebrigens hat eine neue Generalversammlung des Tabakvereins selbst anerkannt, daß eine neue Belastung des Tabaks sehr schwer zu tragen wäre.

Abg. Schulz (Reichsp.) erklärt, die 60 Millionen Deutschen dürfen sich von **200 000 Tabakinteressenten** nicht vorschreiben lassen, wie der Tabak besteuert werden soll. Abg. Dr. Wiemer bestreitet, erklärt zu haben, daß er gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer sei. Abg. Hormann sucht den Tabakverein in Schutz zu nehmen. Dann ergriff Abg. Molkenbuhr nochmals das Wort, um zu erklären, die Regierung befinde sich in einem Irrtum, wenn sie meint, es herrsche eine große Begeisterung für die höhere Besteuerung des Tabaks. Wenn es sich um die **200 000 Reichsten** handelte, dann würde der Abg. Schulz anders sprechen als jetzt, da die **allerärmsten Menschen** in Frage kommen. Wenn es sich nur um die Mitglieder des Tabakvereins handeln würde, dann würden die Tabakarbeiter keinen Finger rühren, aber tatsächlich komme das Wohl und Wehe von 200 000 in der Tabakindustrie tätiger Personen in Frage, oder wenn man die Angehörigen zurechne, von 358 400 Personen.

•

Nach Schluß der Generaldebatte wurde abgestimmt. Es liegen also drei Entwürfe vor: 1. Der Entwurf der Regierung (Banderole), 2. der Vorschlag der Subkommission (Wertzuschlag) und 3. der Antrag Weber-Mommsen (Erhöhung der Gewichtssteuer und des Gewichtszolles). Der Antrag Weber-Mommsen wurde mit 21 Stimmen gegen die 7 Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt. Der Antrag der Subkommission wird dagegen mit 16 Stimmen des Zentrums, der Konservativen, der Reichspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen. Ueber die Regierungsvorlage wurde nicht abgestimmt. Die Banderolesteuer ist damit aber noch nicht endgültig erledigt. Die Abstimmung über den Entwurf der Subkommission wurde nämlich nur als eine vorläufige betrachtet, und dieser soll nunmehr in seinen Einzelheiten durchberaten werden. Sollte diese Beratung kein positives Ergebnis haben, so kommt man vielleicht auf die Banderole zurück. Die Einzelberatung des Entwurfs der Subkommission beginnt **am Mittwoch.**

•

Der Patriotismus der Millionäre.

In einem anderen Bericht über die gestrigen Beratungen der Finanzkommission findet sich folgende Mitteilung:

„Ein konservatives Kommissionsmitglied kam auf den Vergleich zwischen direkten und indirekten Steuern zurück. Wollte man die 200 000 reichsten Leute so anfassen, daß ihre Existenz gefährdet würde, **dann würden sich diese Leute ein Billett erster Klasse nehmen und ins Ausland fahren. Deshalb dürfe man bei den Steuergesetzen diese Kreise nicht allzu scharf anfassen."**

Von einer Steuer, die nur im allerentferntesten die Existenz der Reichsten gefährden könnte, ist natürlich in dieser ganzen Reichstagsfrage niemals die Rede gewesen. Es hat sich immer nur darum gehandelt, ob die reichen Herrschaften auch einen kleinen Obolus beitragen sollen, da das gesamte Volk schwerste Opfer bringen soll. Da bedeutet die Aeußerung des konservativen Abgeordneten eine ausgezeichnete Selbstcharakteristik der reichen Leute. Das Reich ist in Not, so wird in allen Tonarten gejammert und an den nationalen Patriotismus appelliert. Aber die größten Patrioten, so verkündet uns ihr konservativer Fürsprecher, würden, wenn sie ihren Patriotismus durch Steuerzahlen beweisen sollen, sogleich mit Billett erster Klasse ins Ausland abdampfen.

Das Wort des konservativen Mannes verdient gut im Gedächtnis gehalten zu werden!

Deutsches Reich.

Der Kenner.

Ein sympathischer Regierungsvertreter ist der Geheime Ober-Regierungsrat v. Falkenhayn. Er hat, wie die Vossische Zeitung zu erinnern weiß, nicht nur am letzten Montag durch eine „wenig angemessene ironische Behandlung" des hohen Hauses den Zorn der preußischen Parlamentarier erweckt, sondern er hat schon wiederholt „durch sein Auftreten Volksvertreter (!) verletzt", und sogar — man erschrecke nicht! — auch schon das preußische Herrenhaus mit spitzen Redensarten traktiert. Das Verhalten des Herrn v. Falkenhayn ist um so verständlicher, wenn man bedenkt, daß dieser Beamte Spezialreferent für die Verschleppung der preußischen Wahlreform ist. v. Falkenhayn hat in dieser Eigenschaft jedenfalls Gelegenheit genug gehabt, die Entwicklung und Lebensgeschichte des preußischen Landtags nach den Akten zu studieren, und ist wahrscheinlich dadurch gegen die beiden hohen Häuser in eine gewisse Stimmung geraten, für deren Beschreibung es keinen parlamentarischen Ausdruck gibt. Man muß schon ein Blockfreisinniger sein, um über die schlechte Behandlung zu klagen, die v. Falkenhayn den sogenannten „Volksvertretern" zuteil werden läßt, statt sich aufrichtig darüber zu freuen, daß sich nun auch ein Regierungsvertreter gefunden hat, der dieser „Volksvertretung" das ihr gebührende Maß von — — Achtung entgegenbringt.

Die Kulissenschieber am Spiritusmonopol.

Unter dieser Spitzmarke hatten wir berichtet, daß die Gehälter der Direktoren der Spirituszentrale um 20 000 M. erhöht worden sind, als unter Mithilfe der Spirituszentrale der Spiritusmonopol-Entwurf fertiggestellt wurde. Der Entwurf sah u. a. auch die Abfindung der Direktoren der Spirituszentrale auf Grund der von ihnen bezogenen Gehälter vor. Unter diesen Umständen war die Aufbesserung der Gehälter doch eine recht auffällige Sache. Gleich nach dem Erscheinen der Notiz gab es in der Finanzkommission des Reichstags eine kleine Entrüstungskomödie. Der konservative Abgeordnete Dietrich bezeichnete es direkt als „unwahr und erfunden", daß die Gehälter erhöht wurden; in diesem Sinne war auch eine Erklärung gehalten, die in der Zeitschrift für die Spiritusindustrie, dem offiziellen Organ des Spiritusringes, erlassen wurde. In der Morgenausgabe des Berliner Tageblatts vom 11. Mai 1909 teilt nun Herr Rechtsanwalt Dr. Fleiss mit:

„Herr Direktor Max Bernstein, der zuerst in einer Versammlung der schlesischen Spiritusinteressenten am 5. April auf diesen Vorgang hingewiesen hat, beauftragt mich, zu erklären, daß er die von ihm dort aufgestellten Behauptungen durchweg aufrechterhält. Zur Aufklärung weist Herr Bernstein darauf hin, daß der erste Entwurf der Branntweinmonopolvorlage unter sachverständiger Mitwirkung der leitenden Personen des Spiritusringes bereits im Jahre 1907 ausgearbeitet worden ist; seither ist auch die Erhöhung der Bezüge der genannten Personen eingetreten, die im Falle der Annahme des Branntweinmonopols zu einer verstärkten Belastung der Reichsfinanzen führen muß."

Demnach haben die bescheidenen Schnapsbrenner ein Spiel mit Worten getrieben, indem sie bestritten, daß bei Einbringung des Monopolentwurfs die Gehälter erhöht wurden. Darauf kam es aber gar nicht an. — Jetzt wird die Tatsache festgestellt, daß die Gehälter erhöht wurden bei der Fertigstellung des Entwurfs, also bereits vor zwei Jahren. Will man nun der Oeffentlichkeit wirklich glauben machen, daß diese Gehaltserhöhung in keinem Zusammenhange stand mit der im Monopolentwurf vorgesehenen Abfindung der Direktoren der Spirituszentrale?

Gegen die öffentliche Wahl zum preußischen Landtag

nimmt die liberale Berliner Börsen-Zeitung Stellung. Das Blatt bespricht im Anschluß an die Kassation der sozialdemokratischen Nachwahl die preußische Wahlreform und führt dabei über die öffentliche Wahl aus:

„Was dann die Terrorismusfrage anbelangt, so liegt uns jeder Gedanke daran fern, einen solchen Druck auf die Wähler, wie ihn die Bedrohung mit eventuellem Boykott darstellt, zu verteidigen. Jeder Zwang auf die Wähler, so oder so zu stimmen, ist von Grund aus verwerflich, gleichviel, ob er von oben oder von unten kommt. Aber eins darf dabei nicht außer acht gelassen werden: Auf den schärfsten derartigen Zwang läuft — dessen ist nicht zu zweifeln — das System der öffentlichen Stimmabgabe hinaus. Die Nötigung, unter der Kontrolle von so und so viel Anwesenden an den Wahltisch zu treten und vor aller Ohren erklären zu müssen, wie bezw. für wen man stimmt, ist für alle abhängigen Elemente, Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende mit zahlreicher Kundschaft ein Ruin. Wer nur immer in der Lage ist, für seine Existenz fürchten zu müssen, der Gefahr ausgesetzt zu sein, Stellung oder Kundschaft einbüßen zu müssen, für den bedeutet die öffentliche Stimmabgabe den stärksten Wahlzwang, der sich denken läßt. Wem es ernst ist mit der Verurteilung und Bekämpfung jeglichen Terrorismus bei der Wahl, der wird, falls er nicht in den Verdacht der Heuchelei geraten will, sich gezwungen sehen müssen, mit aller Energie auf Abschaffung der öffentlichen Stimmabgabe und für deren Ersetzung durch die Geheimwahl zu bringen. Diese Mahnung richtet sich vor allem an die Konservativen und das Zentrum."

Wenn der „sozialdemokratische Terrorismus" bei den letzten preußischen Landtagswahlen den Erfolg haben sollte, die geheime Wahl endlich näher zu bringen, wäre ja der Zweck erreicht und die „Terroristen" werden zufrieden sein.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Arbeitsplan des Dreiklassenparlaments.

Die Session des preußischen Landtages wird — sicherem Vernehmen nach — erst in der zweiten Hälfte des Monats Juni geschlossen werden. Der Staatshaushaltsetat, der in kürzester Zeit erledigt werden wird, geht im Herrenhause zunächst an die Finanzkommission, die ihre Beratungen so beschleunigen wird, daß das Plenum des Herrenhauses noch vor Pfingsten den Etat erledigen kann. Die Besoldungsvorlagen für Beamte und Lehrer werden ebenfalls an das Herrenhaus zurückgehen müssen, da das Abgeordnetenhaus auf Grund eines Kompromisses der bürgerlichen Parteien den Beschlüssen des Herrenhauses zu einem erheblichen Teile Widerspruch entgegengesetzt hat.

Man nimmt an, daß das Herrenhaus diesem Kompromisse seine Zustimmung erteilen wird, so daß dann die Besoldungsvorlagen für Preußen zur Verabschiedung gelangen können. Dann bleibt aber für das Abgeordnetenhaus noch die Novelle zum Berggesetze, die auch noch das Herrenhaus zu passieren hat, und die Novelle zum preußischen Stempelsteuergesetze, die ebenfalls noch der Zustimmung des Herrenhauses bedarf. Diese Gegenstände werden jedoch das Herrenhaus erst nach Pfingsten beschäftigen.

„Demnächst."

Die Vorlage wegen Aufbesserung der Mannschaftslöhnung um 8 Pf. pro Tag und Uebernahme der Kosten für Putzzeug und Reinigungsmittel auf die Reichskasse ging dem Reichsschatzamt aus dem Kriegsministerium zu. Sie gelangt demnächst an den Bundesrat.

Um die schlimmsten Auswüchse im Baugewerbe zu beseitigen, wurde im Januar 1907 ein Gesetz erlassen, durch das bestimmt wurde, daß der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter, ferner auch der Betrieb einzelner Zweige des Baugewerbes zu untersagen ist, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden dartun.

Kürzlich ist vom preußischen Minister ein Erlaß ergangen, in dem nochmals auf die Handhaben hingewiesen wird, die das genannte Gesetz bietet. Gleichzeitig wird es den beteiligten Behörden zur besonderen Pflicht gemacht, in allen geeigneten Fällen auf Grund jenes Gesetzes gegen unzuverlässige Unternehmer und Bauleiter einzuschreiten, und zwar im Interesse der Sicherheit des Publikums und namentlich auch der auf den Bauten beschäftigten Arbeiter.

Das Disziplinarverfahren gegen den Oberpostassistenten Zollitzsch.

Das Vorverfahren ist jetzt abgeschlossen worden; als Vertreter der Anklage wurde der Postrat Scheda bestimmt. Die Anklage stützt sich auf den § 10 des Reichsbeamtengesetzes vom Jahre 1871, der von „unwürdigem Verhalten der Reichsbeamten außer dem Dienste" spricht. Dem Abschluß der Voruntersuchung gingen umfangreiche Beweiserhebungen voraus. Sämtliche Angestellte des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten, unter anderem auch das Druckereipersonal, wurden von dem die Untersuchung führenden Oberpostinspektor Schmidt vernommen. Das Material geht jetzt zur Einleitung des mündlichen Verfahrens an die Disziplinarkammer in Potsdam. — Das Reichspostamt hat Zollitzsch auf Fürsprache der Oberpostdirektion während der Dauer des Disziplinarverfahrens drei Viertel seines Gehaltes bewilligt

Soldatenquäler.

Das Kriegsgericht in Straßburg i. E. verurteilte den Major Vogt und den Feldwebel Putz, beide von der 10. Kompagnie des 136. Infanterie-Regiments; ersteren zu 1 Woche Stubenarrest, letzteren zu 4 Wochen gelinden Arrests. Beantragt waren 4 Wochen Stubenarrest und ¼ Jahr Gefängnis.

Major Vogt hatte, wie das Gericht feststellte, als Hauptmann beim Exerzieren die Mannschaften mit dem Säbel auf die Beine und auf den Helm geschlagen. Der Feldwebel hatte ebenfalls Soldaten mit dem Säbel über die Oberschenkel geschlagen, versucht, sie die Treppe hinunterzuwerfen, gegen das Bett und gegen den Spind geworfen und mit dem Knie in das Gesäß gestoßen.

Beide Kasernenhelden sind sehr mild und gnädig davongekommen.

Darmstadt, 11. Mai. Wegen Mißhandlung Untergebener in zwölf Fällen, Beleidigung und Mißbrauchs der Dienstgewalt in drei Fällen wurde heute vom Oberkriegsgericht der Musikmeister des Leibdragoner-Regiments Nr. 23 Wilhelm Schulz zu 6 Wochen gelinden Arrests verurteilt. Die Musiker waren mit Fäusten, dicken Packen Noten und mit Trompeten ins Gesicht und an den Kopf geschlagen worden, so daß blutige Verletzungen entstanden.

Der Postscheckverkehr ist so gewachsen, daß nach einer Uebersicht, die die Frankfurter Zeitung bringt, für 1909 im Durchschnitt an jedem Werktage 8½ Million Mark durch Ueberweisungsschecks reguliert werden.

Ueber die Einkommensteuerveranlagung von Arbeitern, die im letztvergangenen Kalenderjahre längere Zeit arbeitslos gewesen sind, hat der preußische Finanzminister in einer Verfügung bestimmt, daß die Arbeitslosigkeit dann zu berücksichtigen ist, „wenn durch sie ein Wegfall der Einnahmequelle herbeigeführt worden ist". Dieser liegt dann fest, wenn die Arbeitslosigkeit dem Steuerpflichtigen Veranlassung gegeben hat, bei der Regierung Steuerermäßigung nach § 63 des Einkommensteuergesetzes nachzusuchen, und wenn seinem Antrage stattgegeben worden ist. Auch dann, wenn der Steuerpflichtige Ermäßigung nicht nachgesucht hat, wird angenommen werden können, daß eine ununterbrochene, nicht in der Eigentümlichkeit der Beschäftigungsart begründete Arbeitslosigkeit von mehr als zehn Wochen in der Regel nicht als eine vorübergehende anzusehen ist, sondern dem Wegfall der Einnahmequelle gleichsteht.

Die Hammann-Affäre. In der Anklage gegen den Legationsrat Hammann, den Leiter des offiziösen Preßbureaus im Auswärtigen Amt, wegen Meineids wird jetzt der Wortlaut des Beschlusses veröffentlicht, durch den unterm 20. April die Erhebung der öffentlichen Anklage angeordnet worden ist. Der Beschluß lautet: „Nach den angestellten Ermittelungen liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vor, daß auch die „Einlassungen" des Beschuldigten nicht glaubwürdig sind, zumal, da die von ihm unter dem 2. Mai 1903 vor dem Amtsgericht Charlottenburg vorgelegte Versicherung an Eidesstatt wissentlich falsch abgegeben erscheint, daß ferner aus dem vorliegenden Sachverhalte sich auch verständige Motive für den dem Beschuldigten vorgeworfenen Meineid ergeben, daß somit genügender Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Anklage vorliegt.

Gegen das Herrenhaus. Die Königsberger Lehrerschaft hielt eine große Protestversammlung gegen das Herrenhaus ab. Die Ausführungen des Oberbürgermeisters Körte waren eine entschiedene Stellungnahme gegen die Herrenhausbeschlüsse in der Frage der Lehrerbesoldung.

Ein Nachspiel zu dem Patientenschacher-Prozeß beschäftigte am Dienstag das Amtsgericht Berlin-Mitte. Als Privatkläger stand Medizinalrat Prof. Dr. Senator dem verantwortlichen Redakteur der B. Z. am Mittag Dr. Fritz Auer gegenüber. Unter Anklage stand ein Artikel, der am 25. März unter dem Titel „Professor Senators Rechtfertigung" in der B. Z. am Mittag erschienen war. In dem Privatklageprozeß des Dr. Moll gegen den Dr. Lewin war der Patientenschacher zur Sprache gebracht und dabei neben anderen auch der Name des Geh. Rats Prof. Dr. Senator genannt worden. Es folgte dann eine Sitzung der Medizinischen Gesellschaft, in der Geh. Rat Senator infolge der vielen Angriffe in der Presse sein Amt als Vorsitzender der Gesellschaft niederlegte und dazu eine Erklärung abgab, in der es nach Darstellung der Zeitung hieß: „Er habe nur bei Gelegenheit von Konsultationen seitens russischer Patienten an die Dolmetscher eine Provision gezahlt."

Der Angeklagte bestritt, sich der Beleidigung schuldig gemacht zu haben. Der Artikel erkläre und bespreche nur das, was Geheimrat Senator in der Medizinischen Gesellschaft selbst behauptet habe. Nach längeren Ausführungen der Prozeßvertreter kam ein Vergleich zustande. Der Beklagte gab folgende Erklärung ab: „Ich habe mich auf Grund der heutigen Verhandlung davon überzeugt, daß die von dem Herrn Privatkläger nach seiner und der Zeugen Aussage an Dolmetscher oder andere Personen in seltenen Fällen gezahlten geringfügigen Beträge nicht als Provision oder als Entgelt für die Zuführung von Patienten gezahlt worden sind oder auch nur im entferntesten in diesem Sinne aufgefaßt werden können. Soweit in dem zur Privatklage gestellten Artikel ein solcher Vorwurf erblickt werden kann, nehme ich ihn zurück und übernehme ferner die Kosten des Verfahrens." Hierauf wurde die Privatklage zurückgezogen.

Die Erklärung des Angeklagten klingt für Unbefangene recht unklar.

Ausland.

Türkei.

Das Blutgericht.

Konstantinopel, 11. Mai. Gestern wurden vom Kriegsgericht **25 Todesurteile gefällt.** Zu den Verurteilten gehören mehrere Soldaten als Offiziersmörder, einige Offiziere und Hodschas als Aufwiegler und eine Anzahl Matrosen, die den Kommandanten des Panzerschiffes Assar-i-Tewfik ermordet haben.

Die Lage in Kleinasien.

Wien, 11. Mai. Wegen der Vorgänge in Kleinasien hat tatsächlich in Konstantinopel eine diplomatische **Interpellation der Westmächte** in der freundschaftlichsten Form stattgefunden. Die Botschafter Englands und Frankreichs hatten deswegen eine Unterredung mit Ferid Pascha, der seinen ernsten Willen zur Wiederherstellung der Ordnung beteuerte und bat, man möge ihm Zeit lassen. Die Botschafter sagten dies bereitwillig zu, und vorläufig werden weitere Schritte unterbleiben.

Konstantinopel, 11. Mai. Eine Deputation des armenischen Patriarchats legte heute dem Großvezir und dem Minister des Innern Telegramme vor, in denen die Lage der Christen in den armenischen Provinzen noch immer als bedroht geschildert wird. Die Minister gaben die feste Zusicherung, daß die Regierung Ruhe und Sicherheit baldigst wiederherstellen werde.

•

Paris, 11. Mai. Minister Pichon wird am Freitag eine Anfrage des Deputierten Codin wegen der Metzeleien unter den Armeniern beantworten.

Rußland.

Lopuchin vor Gericht.

Petersburg, 11. Mai. (W. T.) Heute beginnt der Prozeß gegen den früheren Direktor des Polizeidepartements, Lopuchin, den einstigen Schulfreund und Duzbruder Stolypins, der des schwersten Staatsverbrechens angeklagt ist: der „Teilnahme an einer revolutionären Gesellschaft, die sich den Umsturz der Staatsverfassung zur Aufgabe gestellt hat". Der Prozeß Lopuchin erregt natürlich nicht nur in Rußland ungeheures Interesse, einmal wegen der Stellung, die Lopuchin früher bekleidete, und dann namentlich, weil der Prozeß allgemein in Rußland als ein Gericht über die politische Polizei und das ganze System des Kampfes gegen die Revolution betrachtet wird.

Obgleich Senator Warwarin, ein Mann von unantastbarem Gerechtigkeitssinn, den Vorsitz bei der Gerichtsverhandlung gegen Lopuchin führt, kann man noch nicht mit Bestimmtheit voraussehen, wie sich die übrigen Senatoren dem von oben ausgeübten Druck gegenüber verhalten werden. Die Anklage gegen Lopuchin wird sich kaum aufrecht erhalten lassen, doch kann sein Prozeß dem russischen Staatswesen insofern einen sehr großen Dienst leisten, als bei richtiger Durchführung des Prozesses die ganze, noch immer dunkle Azew-Affäre dadurch aufgedeckt würde. Das ist's, was die gebildete russische Gesellschaft von dem Lopuchin-Prozeß erwartet. Wie die Regierung darüber denkt, geht daraus hervor, daß Azew nicht als Zeuge erscheinen wird, obwohl er hier in Petersburg weilt. Der Prozeß soll also offenbar nur die Sünden der Regierung decken.

Petersburg, 11. Mai. In dem Prozesse Lopuchin wurde das Zeugenverhör geschlossen. Der Angeklagte bekannte sich als nicht schuldig.

•

Petersburg, 11. Mai. Der Vorsitzende des Verbandes des russischen Volkes, Dubrowin, der Chefredakteur des Rußkoje Snamija, ist zu 3000 Rubel Strafe verurteilt worden wegen Verbreitung falscher, gegen die Regierung Mißtrauen erweckender Mitteilungen.

Persien.

Die Lage in Teheran.

Teheran, 11. Mai. **Aus dem Ministerium des Aeußern verlautet,** daß die **Nationalisten die Auslieferung von 16 Personen der Umgebung des Schahs,** ferner die **Abdankung des Schahs oder seine Entfernung aus dem Lande für mehrere Jahre verlangen.** Die Umzingelung Teherans ist völlig ausgeführt; man befürchtet Zusammenstöße.

Teheran, 11. Mai. Vergangene Nacht ist in Baghschahgarten eine große Panik entstanden. Der Schah und seine Umgebung sollen die Nachricht erhalten haben, daß Revolutionäre mit persischen Kosakentruppen bei Kereisch zusammengestoßen seien, Bomben geworfen und das Detachement überwältigt hätten und gegen Teheran marschierten. Andere Meldungen berichten dagegen von einem ernsten Soldatenaufstand unter den in Baghschahgarten stationierten Truppen. In Teheran ist die Lage noch ernster. In Topmedain, der Stadtmitte, sind zwei Maschinengewehre mit scharfer Munition aufgefahren. Die telegraphische Verbindung Teheran—Reicht ist unterbrochen. Die am Haupteingang der kaiserlichen Druckerei angeschlagenen Proklamationen sind heruntergerissen.

Letzte Nachrichten.

Gasvergiftung.

Dresden. Gestern kehrte eine Familie von einem Ausfluge zurück. Ihre Wohnung in der Carlowitzstraße war mit Gas angefüllt. Das 20 Jahre alte Dienstmädchen hatte in ihrem Zimmer den Gashahn aufgedreht, um sich zu vergiften. Das Mädchen wurde stark betäubt angetroffen und nach dem Johannstädter Krankenhaus gebracht, sein Zustand ist bedenklich.

Letzte Telegramme.

Der Kampf der Post- und Telegraphenbeamten.

Paris, 12. Mai. Gleichzeitig mit dem Meeting der Postbeamten fand eine 3000köpfige Versammlung der Menschenrechtsliga im Tivoli-Saale statt, wo die sozialistischen Deputierten Pressensé und Sembat die schärfsten Angriffe gegen die Regierung richteten und ein Beschlußantrag gegen die Maßregelung der Postbeamten einstimmig angenommen wurde. Ein Vertreter der Elektriker erklärte unter dem Beifall der Versammlung, der Streik der Postleute werde für die gesamte Arbeiterschaft das Signal zur Befreiung werden.

Paris, 12. Mai. Der Militärgouverneur von Paris hat für den Fall eines **Ausstandes der Elektriker den Befehl** erteilt, in den elektrischen Stationen **die erforderliche Anzahl von Soldaten** anzustellen. Der Kriegsminister hat infolge des Poststreiks **die Abfahrt der Infanterieregimenter verschoben,** die im Lager von Châlons und Umgebung an Schießübungen teilnehmen sollten.

Paris, 12. Mai. Bis in die späten Nachtstunden hielt Polizeipräfekt Lepine eine Besprechung mit sämtlichen Polizeikommissaren ab, um über die infolge der Streikbewegung erforderlich werdenden Maßnahmen zu beraten. **Alle Postbureaus werden von heute morgen an polizeilich und militärisch bewacht werden. Ferner wurde der Befehl erteilt, die streikenden Post- und Telegraphenbeamten sofort durch Soldaten zu ersetzen. Von den telegraphischen Verbindungen mit Deutschland ist infolge des Streiks gegenwärtig nur noch die mit Berlin aufrechterhalten.**

Paris, 12. Mai. Als besonders bezeichnende Episode der gestrigen Versammlung der Postbeamten wird berichtet, daß einer der Führer, der Streckenarbeiter Pauron, mittels des auf dem Präsidententisch stehenden Telephons die Verbindung mit Lyon verlangte, sie sofort erhielt und dann laut ins Schalltrohr hineinrief: „In Paris wird gestreikt." Er bekam sofort die Antwort: „In Lyon auch." Die Mitteilung wurde von der 10 000köpfigen Menge mit frenetischem Beifall aufgenommen. Die gleiche telephonische Antwort erhielt man aus Lille, Bordeaux und Marseille. Ein Streckenarbeiter rief aus: „Jetzt kann Clemenceau seine Brieftauben fliegen lassen."

Aus der Finanzkommission.

Berlin, 12. Mai. (Privattelegramm.) Die Kommission lehnte heute gegen 6 Stimmen den Antrag auf Erhöhung der Sätze der bestehenden **Tabaksteuer** ab, ebenso den Antrag der Subkommission, der auf Grund eines gestern gefaßten Beschlusses als Grundlage der Beratung diente, und zwar mit 11 gegen 11 Stimmen. Es bleibt also bei den bisherigen Zollsätzen. Hingegen wurde der Antrag der Subkommission, einen 30proz. Zollzuschlag vom Werte zu erheben, angenommen. Ein weitergehender Antrag der Konservativen auf einen 70proz. Wertzuschlag wurde abgelehnt. Dafür stimmten nur die Konservativen. Der gleiche Wertzuschlag von 30 Proz. wie bei Tabakblättern soll auch von Zigarren erhoben werden.

Die Kommission hat bei der Weiterberatung der Tabaksteuervorlage beschlossen, die Inlandsteuer von 45 M. auf 55 M. zu erhöhen. Damit war die Beratung des Gesetzes erledigt. Der Abg. v. Richthofen (kons.) beantragte, die Abstimmung darüber, wann das Gesetz in Kraft treten solle, auszusetzen. Der Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen. Es wurde ferner in der Kommission bestimmt, daß in einem späteren Zeitpunkte auch die Wandersteuer in Beratung gezogen werden solle. Das Vorgehen hat den Zweck, den Weg für Kompromißverhandlungen offen zu halten.

Die Erbschaftssteuer.

Berlin, 12. Mai. (Privattelegramm.) Die Frankf. Ztg. bringt in einem offenbar offiziös inspirierten Artikel folgende Erklärung: Die Regierung werde **kein neues Erbschaftssteuergesetz einbringen;** wenn sie es täte, werde wieder viel Zeit verloren gehen. Sie wirke darauf hin, daß der Ausbau der Erbschaftssteuer **durch Anträge in der Kommission** unternommen werde, gleichviel, was dabei in der Kommission herauskomme. Es müsse jedenfalls über das Resultat und über den ursprünglichen Gesetzentwurf (Nachlaßsteuer), möge es ein negatives oder positives sein, im Plenum berichtet werden. Zum Schlusse heißt es: „Es würde ein ungewöhnliches Maß von Ungeschicklichkeit und Feigheit zeigen, wenn eine gründliche Erörterung der Besitzsteuer und eine Abstimmung darüber im Plenum vermieden würde."

Freisinnige Kompromißsucht.

Berlin, 12. Mai. (Privattelegramm.) Der Freisinnige Abg. Eickhoff schreibt in der Barmener Ztg., daß **wegen der Reichsfinanzreform zwischen den Konservativen und Liberalen Verständigungen im Gange** seien. Man sei auf freisinniger Seite längst zu der Ueberzeugung gelangt, daß man die Branntweinliebesgabe noch einstweilen weiterbestehen lassen müsse; nur über die Höhe gingen die Meinungen auseinander. Hier sei der Punkt, der zu Verständigungen führen könnte. Die Rechte dagegen sei bereit in der Frage der Erbschaftssteuer Entgegenkommen zu zeigen.

Beendeter Streik.

Meerane, 12. Mai. W. T.-B. meldet: Der Streik der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter ist nach kurzer Dauer beendet. Die Arbeit wurde nach beiderseitigen Zugeständnissen heute früh wieder aufgenommen.

Das Blutgericht in Konstantinopel.

Konstantinopel, 11. Mai. Bei Tagesanbruch sind in verschiedenen Stadtteilen, darunter in dem nahe des Jildiz gelegenen Stadtviertels Reschiktasch, **etwa 20 Personen hingerichtet worden.**

Der Lopuchin-Prozeß.

Petersburg, 12. Mai. Von den Zeugen sagte der Gendarmerieoberstleutnant Andrejew aus, er habe in Paris die Ueberzeugung gewonnen, daß die Sozialrevolutionäre wegen Azews ausschließlich den Enthüllungen Lopuchins geglaubt haben. In den vor dem Gerichte verlesenen Aussagen des Chefs der Schutzabteilung Gerassimow sowie Matajews und Retschkowskis werden Mitteilungen über die Tätigkeit Azews gemacht, auf Grund deren mehrere Mitglieder der sozialrevolutionären Partei verhaftet worden seien und vielen politischen Morden hätte vorgebeugt werden können. Der Zeuge Fürst Swiatopolk Mirsky beschrieb Lopuchins politische Anschauungen als die eines gemäßigten Liberalen. Andere Zeugen wiesen darauf hin, daß Lopuchin, nachdem er seinen Abschied genommen habe, sich von politischen Angelegenheiten zurückgezogen und den Wunsch geäußert habe, sich ausschließlich privater Tätigkeit zu widmen, sowie, daß er nach London im Auftrage der Moskauer Vereinigten Bank gereist sei. Damit wurde das Zeugenverhör geschlossen.

Mord auf offener Straße.

Hamburg, 12. Mai. Ein gewisser Martinow verübte gestern abend in St. Pauli seiner früheren Geliebten nach kurzem Wortwechsel zahlreiche Messerstiche in Rücken und Genick. Das Mädchen brach sofort schwerverletzt zusammen, während das Publikum über Martinow herfiel und ihn so zurichtete, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Mädchen wurde gleichfalls ins Krankenhaus gebracht, wo es nach kurzer Zeit verstarb.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

4. Wahlkreis ✶ Bez. Dresden-N.

Freitag den 14. Mai, abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Ballhaus**, Bautzner Straße 35.

Tages-Ordnung:

Die Grundpfeiler der christlichen Kirche.

Referent: Arbeitersekretär Genosse **Menke.**

Vorstandsbericht.

Zahlreichen Besuch erwartet — Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein

für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Partei-Sekretariat: Döhlen, Bez. Dresden, Dresdnerstraße 77 G, I. Fernspr. Amt Dresden Nr. 774. — Bureauzeit: Wochentags von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Montags bis 7 Uhr abends.

Bezirk Gittersee-Coschütz.

Sonnabend den 15. Mai, abends 9 Uhr, in **Bormanns Gastwirtschaft** in Zschiedge, **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. **Aenderung des Parteiorganisationsstatuts.** Referent: Genosse **Lahmann.** 2. Neuwahl des Vorstandsmitgliedes und der Revisoren. 3. Bericht von der Vorstandssitzung. 4. **Allgemeines.** — Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Bezirk Potschappel, Birkigt, Dölzschen, Niederpesterwitz

Sonnabend den 15. Mai, abends 9 Uhr, im **Gasthof Birkigt Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Beratung des Organisationsstatuts der Partei. 2. Bericht aus der Vorstandssitzung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Bauarbeiter!

Donnerstag den 13. Mai, abends 7 Uhr

Versammlung

im großen Saale des **Volkshauses.**

Tages-Ordnung:

1. **Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz in Chemnitz.**
2. **Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Zu zahlreichem Besuche ladet ein — **Der Einberufer.**

Orts-Krankenkasse Dippoldiswalde.

Sonnabend den 22. Mai 1909, abends 8 Uhr
:: im **Hotel Stadt Dresden** ::

Generalversammlung

Anträge zu derselben sind bis 15. Mai bei dem Unterzeichneten einzureichen. **Ernst Börner,** Vorsitzender.

Eden-Theater	Varieté Deutsch. Kaiser
Dresden-N.	**Dresden-N.**
Nr. 6 Görlitzer Straße Nr. 6.	Nr. 112 Leipziger Straße Nr. 112
Nur noch kurze Zeit täglich	**Neu! Täglich Neu!**
Otto Endlein	**Weinreiss-Burlesken.**
mit seinem Original Kölner Burlesken-Ensemble.	Direkt.: **Joseph Weinreiss** mit vollständig neuem, großem, noch nie gesehenem
☛ **Vollständig neues Repertoire.**	**Elite-Programm!**

In beiden Theatern Einlaß 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.
Vorzugskarten haben wie bisher Gültigkeit.

Priessnitzbad

Jeden Donnerstag

Militärkonzert

Anfang 7½ Uhr. Programm 10 Pf.
Hochachtungsvoll **Osw. Paul.**

Gasthof Leuben

Freitag den 14. Mai 1909

Grosses Konzert

der vollzähligen **Freiherrl. v. Burgkschen Bergkapelle.**
Leitung: Musikdirektor **G. Schönberg.**
Hierauf: **Feiner Ball.** **Anfang 8 Uhr.** **Eintritt 40 Pf.**
Es laden ergebenst ein — **G. Schönberg. E. Hringe.**

Gasthof Bannewitz.

Freitag den 14. Mai **Konzert mit Ball** ausgeführt von der Stadtkapelle Dippoldiswalde.
Es ladet ganz ergebenst ein **Bernhard Haake.**

Kino-Metropol-Theater, Radeberg, Oberstr. 10.

Programm von Mittwoch den 12. bis Dienstag den 18. Mai:

1. **Nat Pinkerton und das verschwundene Kind** (Drama).
2. **Rüstung des Kommandanten** (drollig).
3. **Roman der Jüdin** (spannendes Drama).
4. **Traum des Trunkenbolds** (herrlich koloriert).
5. **Ein lästiger Nachbar** (humoristisch).
6. **Der Blinde von Jerusalem** (Kunstfilm ersten Ranges).
7. **Schwertfischfang** (großartige Naturaufnahme).

Das reichhaltige Programm dieser Woche spricht für sich selbst.
Hierzu ladet höflichst ein **Eugen Borkert.**

Für die Arbeit

Bedarfs-Artikel

Strengste Reellität — Billige Preise

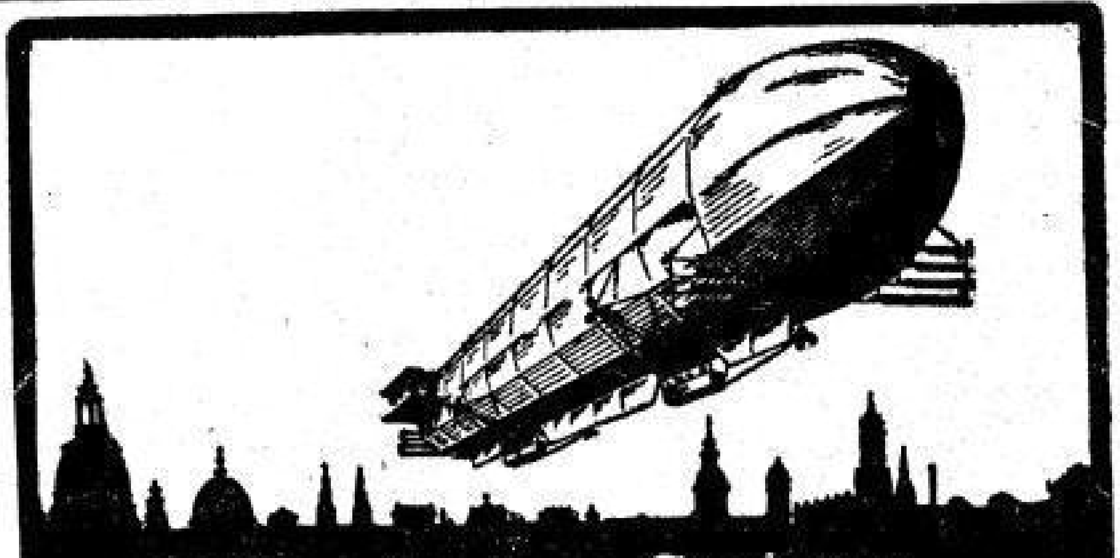
Als besonders vorteilhaft empfehlen wir:

Maschinisten-Anzüge aus nur waschechten Stoffen, alle Größen Stück 4.40, 3.40, 2.95 und **1.90**
Blaue Hosen 2.20, 1.70, 1.50 und **95 Pf.**
Blaue Jacken, schräg u. gerade 2.20 bis **95 Pf.**
Hamburger Lederhosen, imit., das Solideste für die Arbeit . 3.80 u. **2.90**
Männer-Barchenthemden, eigene Anfertigung, pa. Ware 2.20, 1.65 u. **95 Pf.**
Herren-Normalhemden, solideste Qual., Stück 2.95, 2.25, 1.75, 1.35 u. **95 Pf.**
Herren-Normalhosen, alle Größen Stück 2.10, 1.70, 1.40, 1.10 u. **98 Pf.**

Herren-Strohhüte, neueste Formen reiche Auswahl, 1.95, 1.65, 1.35 und **98 Pf.**
Herren-Arbeitsmützen, aus wetterfesten Stoffen 98, 78, 58, 48 und **38 Pf.**
Männer-Socken, Marke „Felsenfest" braun und grau . . . . Paar **38 Pf.**
Herren-Hosenträger, Marke „Herkules" . . . 1.65, 1.10, 98 und **58 Pf.**
Herren-Kragen, große Auswahl, Leinen, vierfach . . Stück 38 und **20 Pf.**
Ferner große Auswahl in **Malerkitteln, Fleischerjacken** usw. zu billigsten Tagespreisen.

Sportvorhemden — **Gebh. Kohl & Co.,** Freiberger Platz — Regenschirme

---



Ein starkes Steigen

zeigt fortdauernd der Consum der

Jasmatzi-Cigaretten

Sie verdanken diese nachweisbare Tatsache ihrer unerreichbaren Qualität bei aussergewöhnlicher Preiswürdigkeit

Jasmatzi-Dubec

bekannt als die beste 2½ Pfg. Cigarette

Welt-Theater

nur Scheffelstrasse 21.

Programm dieser Woche:

Panorama der schönsten Teile von Budapest.
Armer Knabe (engl. Drama), Kunstfilm, gespielt von den allerersten Darstellern der Pariser Bühnen.
Mineralien-Bergwerk (sehr lehrreich).
Komtesse und Hauslehrer, ein Drama aus dem Leben.
Der Herr Oberst und seine Schildwache (zum Totlachen).
Der gelehrige Menschen-Affe Moritz I. (Orig.-Aufn.)
Tonbild: Kindtaufe bei Lehmanns.

Preise der Plätze: num. **50** Pf., 1. Platz **30** Pf., 2. Platz **20** Pf., Kinder auf allen Plätzen die Hälfte. **Sonntags keine Preiserhöhung.**
Hochachtungsvoll **Georg Hamann.**

Möbel-Halle

Herm. Thiele
Dresden-N., Alaunstr. 6
früher an der Augustusbrücke
Gr. Lager in Tischler- u. Polstermöbeln.

Zur gefl. Beachtung für Zahnleidende!

Zur Ausführung von **erstklassigem Zahnersatz und Plombierungen jeder Art** zu mäßigen Preisen empfehlen sich dem geehrten Publikum nachstehende

organisierten Zahnkünstler (Dentisten):

Bormann, Herm., Viktoriastraße 24, 1.	**Leupold, Eduard,** Amalienstr. 11, 2.
Dallmann, P., Blasewitz, Residenzstr. 1, 2.	**Neumann, Martin,** Prager Str. 5, 2.
Frödrich, Jul., Waisenhausstr. 22, 2.	**Römsch, Bruno,** Pfotenhauerstr. 20, 1.
Günzel, Rich., Augsburger Str. 22, 1.	**Rößler, Artur,** Lindenaustraße 28, 1.
Hempel, Kurt, Wilsdruffer Str. 44, 2.	**Scholz, Georg,** Amalienstraße 8, 2.
Horn, Karl, Potschappel.	**Seidel, Hermann,** Altmarkt 3, 3.
Howack, C., Chemnitzer Str. 115, 1.	**Thieme, Emil,** Wettinerstraße 3, 2.
Kitzig, Wilhelm, Wallstraße 8, 2.	**Werndl, Theodor,** Grunaer Straße
Langhammer, B., Bautzner Str. 5, 2.	Nr. 9, 1. Etage.

Kleine Z.

Freitag 7 Uhr

Naturheilverein Radeberg

Donnerstag den 13. Mai
Damen-Dampfbadeabend.

Verein Genesungsheim

für Dresden und Umg.

Umständehalber findet die Ziehung nicht am 16. Mai, sondern

Sonntag den 18. Juni d. J.

nachmittags 2 Uhr

im **Bürgerkasino,** Große Brüdergasse 25, 2., statt. Die Verwaltung.

Deutsche Reichskrone.

Donnerstag den 13. Mai:

Der Freischütz

Rom. Oper v. C. M. v. Weber. Galerie 30, Saal 50 u. 75 Pf. Einlaß 7 Uhr. Anf. Punkt ½8 Uhr.

Alexander-Bad Dresden-Löbtau

Sandbäder

in neuester hygienischer Ausführung eingerichtet.

Beste fachmännische Behandlung sichert zu **R. Leuschner.**

Börners Gasthof

Zitzschewig

(Bahnst.), altrenom. Bier- u. Weinlokal, schön. Saal, gr. Lindengarten mit Festwiese. Vereinen, Gesellschaften bestens empfohlen.

Radeberger
kauft eure
Zigarren
bei
Bauer
Dresdner Strasse 5.

Postkarten

mit eigener Photographie
4 St. 1 M., Dtzd. 1.80 M.
Kabinett-Photographien
Dutzend von 3 M. an.

Richard Jänig
Marienstraße 12.

Schöner guterhalt. Kinderwagen billig zu verk. Friedrichstr. 20, 4 l.

Geschäfts-Eröffnung.

Der geehrten Einwohnerschaft von **Mügeln, Gommern** und **Umgegend** zur gefälligen Kenntnis, daß wir in **Mügeln, Güterbahnhofstraße 26,** ein

Grünwaren- und Produktengeschäft

eröffnet haben und bitten wir die geehrte Einwohnerschaft um gütige Unterstützung unseres Unternehmens.
Hochachtend **Joseph Capeck und Frau.**

Verloren am Sonntag ein gold. Kollier bei ein. Ausfl. v. **Striesen** u. **Cunnersdorf b. Boderitz.** Abzugeb. Markgraf-Heinrichstr. 33 b. **Blüthe.**

Geübte Ballearbeiterinnen

einige gewandte Arbeiterinnen sowie Lehrmädchen sucht ins Haus

M. Schaffrath, Knospen- u. Früchtefabrik, Neustadt i. S.
Näheres durch Frau O. Mathe, Heidenau, Karolastraße 6.

Allen meinen lieben Kameraden, Freunden, Gönnern und Bekannten sage ich für die mir anläßlich meines 25jährigen Arbeitsjubiläums in der Grumbacher Feldschlößchen überreichten schönen Geschenke und für die herzlichen Glückwünsche meinen aufrichtigsten Dank.

Ernst Koller, Stimmer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Dresden.

Unseren Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, dass der Kollege

Franz Mertig, Graveur

am 6. Mai d. J. verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Ortsverwaltung.

Am 10. Mai verunglückte tödlich mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Steinbrecher

Karl Stahn

im Alter von 29 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an
Die tieftrauernde Gattin nebst Kindern.

Die Beerdigung erfolgt Donnerstag nachmittag 3½ Uhr von der Döhlener Friedhofshalle aus.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Gröbich, Dresden-Neugruna.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 107. | Dresden, Mittwoch den 12. Mai 1909. | 20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Vorstoß gegen die Zwickauer Thesen.

In Meißen tagt zurzeit eine sächsische Kirchen-Konferenz, zu der aus dem Lande die Pastoren und Ober-Seelenhüter zahlreich erschienen sind. Am Dienstag befaßte sich die Versammlung der frommen Herren mit der Reform des Volksschulunterrichts, besonders mit den Zwickauer Leitsätzen, die der sächsische Lehrerverein für diese Reform aufgestellt hat. Darüber sprach Professor D. Rietschel aus Leipzig. Seine Rede war eine Lamentation über die Zwickauer Thesen und das Verhalten der Lehrerschaft in dem Streite um den Volksschulunterricht überhaupt. Ein ausführlicher Bericht über den Vortrag liegt noch nicht vor, wohl aber hat der streitbare Gottesmann die Leitsätze seines Vortrags der Oeffentlichkeit übergeben. Sie lauten:

1. Die aus Kompromissen erwachsenen Zwickauer Leitsätze schließen völlig unvereinbare Gegensätze in sich und sind in ihrer unbestimmten Fassung den willkürlichsten Deutungen in wesentlichsten Punkten ausgesetzt; so die Behauptung, der Religionsunterricht sei eine selbständige Veranstaltung der Volksschule. Das hemme das Recht der christlichen Häuser und führe zu einer durchaus unerwünschten Hierarchie der Lehrerschaft, die sich allein „das Verständnis der Kinderseele zuspricht und die Entscheidung über die religiöse Erziehung der Kinder für sich allein in Anspruch nimmt".

Ferner heißt es in These 4: „Der vom Katechismus handelnde Leitsatz 5 des Sächsischen Lehrervereins ist in seiner Fassung: „die niemand hindert und niemand verpflichtet" völlig inhaltsleer und unfähig, den Lehrplan des Religionsunterrichts wirksam zu bestimmen. Er macht es möglich, daß er, wie es tatsächlich geschehen ist, dazu verwendet werden kann, nicht nur die christliche Religion, sondern auch die christliche Ethik aus der Volksschule auszuscheiden.

Satz 6 lautet: Bevor nicht eine Klärung und Scheidung der unvereinbaren Gegensätze innerhalb der Lehrerschaft eintritt, ist eine Wiederherstellung des tieferschütterten gegenseitigen Vertrauens zwischen Kirche und Schule nicht möglich. Es ist deshalb in erster Linie nötig:

a) daß der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins veranlaßt wird, vor der Oeffentlichkeit ebenso entschieden wie unzweideutig zu erklären, wie er über diese, vor allem in der Leipziger Lehrerzeitung vertretenen radikalen Anschauungen und ihre Bestrebungen sich innerhalb des zu erwartenden neuen Schulgesetzes Geltung zu verschaffen gedenkt;

b) daß den einzelnen Mitgliedern des Sächsischen Lehrervereins, wie sie in Neben- und Zweigvereinen vereinigt sind, zu voller Klarheit über die tatsächlichen Verhältnisse verhalfen wird, damit sie daraufhin ihre Entscheidung treffen können.

7. Nach Ausscheidung der radikalen Anschauungen ist mit allen Mitteln ein von gegenseitigem Vertrauen getragenes Zusammenwirken der Vertreter von Kirche und Schule an der Reform des Religionsunterrichtes zu erstreben.

Eine Resolution, die sich mit dem Inhalt dieser Thesen deckte, wurde angenommen.

Recht hat Professor Rietschel darin, daß die Zwickauer Thesen eine Kompromißgeburt sind. Wir haben schon mehrfach die Haltlosigkeit dieser Thesen gekennzeichnet, auf ihre widerspruchsvolle Schwächlichkeit hingewiesen und die Lehrer aufgefordert, rund und glatt die Beseitigung des Religionsunterrichts zu fordern, wie es die Bremer Lehrer getan haben. Will man etwas erreichen, darf man vor allem im Fordern und im Kampf darum die Entschiedenheit nicht vermissen lassen. Wer sich aber schon bei den Forderungen von vornherein in Kompromisse einläßt, wird kaum etwas erreichen.

Professor Rietschel ist anscheinend auch ein Feind der Kompromisse; seine Absichten führen aber direkt in die schlimmste Volksschulfinsternis. Was er nach Ausscheidung der radikalen Anschauungen mit allen Mitteln bei dem angeblichen Zusammenwirken der Vertreter von Kirche und Schule erreichen will, ist nichts anderes als die Herrschaft der Kirche im Religionsunterricht der Volksschule und die völlige Unterordnung der Lehrer unter die geistliche Schulaufsicht.

Eine verpuffte Staatsaktion.

Wegen angeblicher Zuwiderhandlung gegen das Reichsvereinsgesetz „jugend", Uebertretung nach §§ 17 und 18, war der Maurer Richard Vogel aus Oberfrohna vom Schöffengerichte zu Waldenburg mit 30 M. Geldstrafe belegt worden, weil er als Vorstand des Arbeiter-Radfahrerklubs „Vorwärts in Reichenbach angeblich geduldet haben sollte, daß zwei noch nicht 18 Jahre alte Personen als Mitglieder des Vereins aufgenommen wurden und Mitglieder blieben, obwohl der Verein durch seine Zugehörigkeit zum Arbeiterradfahrer-Bund Solidarität in Chemnitz polizeilicherseits als ein — politischer Verein im Sinne des Reichsvereinsgesetzes angesehen wird. Gegen das Urteil legte Vogel Berufung ein. Vor dem Landgericht Zwickau wurde vom Angeklagten der Einwand der Verjährung der ganzen Angelegenheit geltend gemacht. Nachdem das Urteil längere Zeit ausgesetzt worden war, gelangte das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten Vogel, weil, wie festgestellt worden war, bevor gegen Vogel wegen der „Tat" polizeilich eingeschritten worden war, bereits die Verjährung eingetreten sei. — Somit verlief die ganze Staatsaktion im Sande.

Das Heilverfahren bei der Invalidenversicherung.

s. Die Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen macht jetzt nähere Angaben über die von ihr im Jahre 1908 auf Grund des § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes übernommenen Heilverfahren. Danach ist die Zahl der von den Versicherten eingereichten dahingehenden Anträge erheblich gestiegen, und zwar von 8786 im Jahre 1907 auf 9862 im Jahre 1908. Unter den Gesuchstellern befanden sich 66 Proz. männliche und 34 Proz. weibliche Personen. Im Jahre 1908 wurde in 5627 Fällen ein Heilverfahren übernommen, in 3871 Fällen abgelehnt. Eingerechnet der Fälle, in denen im Vorjahre schon das Verfahren eingeleitet wurde, standen 1908 an ganzen 6284 Versicherte in Heilbehandlung. Dabei handelte es sich in 1839 Fällen um nicht ständige (ambulante) Behandlung und in 4395 Fällen um Unterbringung in eine Heilstätte. Unter letzteren befanden sich allein 2405 Fälle von Einweisung Lungenkranker. Von sämtlichen in Heilanstalten aufgenommenen Kranken wurden 3539 (91 Proz.) mit Erfolg behandelt, von den Lungenkranken waren es 2171 (90 Proz.). In der Lungenheilstätte Hohwald wurden 949, in Gottleuba 253 Versicherte untergebracht. Der reine Aufwand der Versicherungsanstalt für die Heilverfahren betrug über eine Million Mark. Der durchschnittliche tägliche Aufwand für einen Kranken betrug 4,18 M., für einen Lungenkranken 4,40 M.

Bürgerliche Landtagskandidaturen.

Für den 39. ländlichen Wahlkreis (Zwickau-Glauchau) wurde am Sonntag in einer in Werdau abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung der Konservativen der seitherige Landtagsabgeordnete Wunderlich wieder aufgestellt. — Im 33. ländlichen Kreise (Marienberg-Flöha) haben die Nationalliberalen den Baumeister Scharschmidt-Wolkenstein nominiert.

Ein Brandstiftungsprozeß

von großem Umfang, der mit der Siebenlehner Kulturbrennerei in losem Zusammenhang steht und auch insofern daran erinnert, weil in diesem neuen Falle die Feuerwehr auch eine fragwürdige Rolle spielt und sich zum Teil recht tendenziös verhalten hat, wird jetzt vor dem Geschworenengericht in Freiberg verhandelt. Angeklagt wegen Brandstiftung sind der Fabrikbesitzer Köhler aus Großschirma, dessen Buchhalter Koch und sein Werkmeister Höferer. Köhler, der Marine-Reserveoffizier war, kaufte 1904 die dem Fiskus gehörige stillgelegte Erzgrube Kurprinz in Großschirma und richtete in den Räumen eine Pappen- und Kartonnagenfabrik ein. In rascher Folge brach nun in verschiedenen Teilen der ausgedehnten Fabrikwerke viermal hintereinander Feuer aus. Immer brannten sehr gut versicherte Objekte. Am 27. Januar 1904 brannte das Zimmerhaus der Grube, am 10. Juli der aus 11 Gebäuden bestehende Schreibirschacht vollständig nieder; am 29. Januar 1905 folgte die Bergschmiede und am 13. September das Hauptfabrikgebäude. Köhler, dem seine Frau 125 000 M. mit in die Ehe gebracht hatte, kam in finanzielle Schwierigkeiten, aus denen er sich durch großangelegte Versicherungsschwindeleien zu retten suchte. Wegen eines solchen Schwindels — er hatte sich auf 400 000 M. gegen Unfall versichert und ließ sich absichtlich von der Kreissäge zwei Finger der rechten Hand absägen, wofür er 104 000 M. Versicherungsentschädigung erhielt — wurde Köhler vor einigen Wochen zu 3 Jahren, Koch wegen Beihilfe zu 1½ Jahr Gefängnis verurteilt.

In diesem Prozeß sind bisher recht interessante Feststellungen gemacht worden. So hat sich ergeben, daß Köhler, der Besitzer der Pappenfabrik auf der Zeche Kurprinz, der der Verauslasser aller Brände gewesen ist, mit dem Hauptmann der Feuerwehr in Siebenlehn in engster Verbindung stand und sich mehrfach von ihm sogar durch Telephon Rat holte. Die noch unausgebauten Räume eines Schachtes ließ Köhler vor dem Brande durch ein Mitglied der Siebenlehner Feuerwehr, den verurteilten Baumeister Straube, ausbauen und ausbessern. Tatsache ist auch, daß noch am Tage vor dem Brande Zimmerleute des Straube im Trockenhause arbeiteten. Köhler gab zu, daß er mit dem ehemaligen Hauptmann der Siebenlehner Feuerwehr, Zetzsche, in Voigtsberg öfters zusammengekommen sei, daß er sehr oft mit diesem telephoniert habe und von Zetzsche auch in Großschirma besucht worden sei. Offenbar sind die Gebäude zum Teil durch die Siebenlehner Sachkundigen für einen Brand erst zurechtgebaut worden.

Es scheint aber auch als sei die Feuerwehr von Großschirma in Siebenlehn in die Schule gegangen. In einem Berichte über den ersten Verhandlungstag ist nämlich folgendes zu lesen:

Am 29. Januar 1905 brannte die zur Köhlerschen Pappenfabrik gehörige Bergschmiede ab. Am Abend vorher hatte die Feuerwehr im Huthaus auf Kurprinz ein Bockbierfest. Während desselben ließ der Feuerwehrhauptmann Kästner, Großschirma, aus Scherz das Feuersignal blasen. Als daraufhin die Feuerwehrleute aufsprangen, rief er: „Bleibt nur sitzen, es ist nur die Schmiede!" Weiter wird, wie der Vorsitzende mitteilt, behauptet, daß während des Bergschmiedebrandes Petroleum in die Schmiede geschafft wurde, daß seitens der Feuerwehr auf die Schläuche getreten und auch ein Schlauch zerhackt wurde. Die Leute sollen an Köhler, als das Feuer im Entstehen war, auch das Ansinnen gestellt haben, etwas wegzugehen, damit es besser brenne. Höferer gibt weiter an, daß Koch ihm hierüber telephoniert habe: „So eine Schweinerei, das wollte zuerst gar nicht brennen; erst der Kästner, der Feuerwehrhauptmann, hat die Sache richtig gemacht." Köhler soll den Feuerwehrhauptmann und den Gemeindevorstand Döring mit sich in die Wohnung genommen haben, während welcher Zeit die Bergschmiede noch völlig weggefeuert wurde.

Der Prozeß, in dem noch interessante Episoden zutage treten dürften, ist auf acht Tage angesetzt worden. Es ist eine große Anzahl Zeugen geladen. Wir werden über den Ausgang berichten.

Kirchliche Intoleranz.

Bei der Beerdigung des Genossen Karl Richter in Kleinzschocher bei Leipzig verbot die Geistlichkeit den Freunden des Verstorbenen und der Geschäftsleitung des Konsumvereins in Plagwitz, am Grabe ein paar Worte des Nachrufs zu sprechen. Der Verstorbene war aus der Kirche ausgetreten, somit war auch kein Geistlicher zur Beerdigung hinzugezogen worden.

Die nächste Plenarsitzung des Landes-Medizinal-Kollegiums

ist auf den 22. November festgesetzt worden. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem ein Antrag auf die Bekanntgabe der Entscheidungen des Ehrengerichtshofes, die Regelung des Verkehrs mit Arzneimitteln außerhalb der Apotheken, die Abgabe der den Aerzten von Fabriken usw. zugesandten Arzneimittel an Kranke und die Verordnung von Arzneimitteln seitens der Aerzte bei Krankenbehandlungen in den Sprechstunden. Außerdem dürften noch zur Sprache kommen die Spezialarztfrage, das Ammenwesen, die Desinfektion bei übertragbaren Krankheiten, das Gesetz über die Fürsorgeerziehung und wahrscheinlich auch die immer noch schwebende Frage der ärztlichen Gebührenordnung.

Betriebsergebnisse der Staatseisenbahnen.

Das Gesamtergebnis für das Jahr 1908 stellt sich wie folgt (die entsprechenden Zahlen des Vorjahres sind in Klammern beigefügt): Bei den Staatseisenbahnen sind 86 576 816 (82 647 702) Personen und 97 515 125 (99 466 486) Kilogramm Reisegepäck, ferner 31 421 247 (32 449 029) Tonnen Güter, darunter 427 012 (392 342) Tonnen Eilgut, befördert worden. Die Einnahmen betrugen aus dem Personen- und Gepäckverkehr 51 482 713 (50 203 825) M., aus dem Güterverkehr 97 521 959 (100 579 490) M. Die Gesamteinnahme bezifferte sich demnach auf 149 004 672 M., das ist gegen das Ergebnis des Vorjahres an 150 783 315 M. 1 778 643 M. weniger. Das Staatseisenbahnnetz umfaßte am Schluß des Jahres 3263,52 (3238,42) Kilometer.

Aus diesen Angaben ergibt sich ein allgemeiner Rückgang im Güterverkehr als Folge der Krise, dagegen hat der Personenverkehr zugenommen und auch noch eine Mehreinnahme gebracht, die freilich den Ausfall beim Gütertransport nicht aufwiegen konnte.

Zittau. Das bekannte große Schulfest in Zittau, das stiftungsgemäß alle drei Jahre abgehalten werden muß, hat in diesem Jahre stattzufinden. Die Kosten für dieses Fest, die etwa 15 000 M. betragen, werden von der Grohmann-Stiftung bestritten. Die Lehrerschaft spricht sich jedoch jetzt für die Aufhebung des Schulfestes aus. Sie führt eine Reihe pädagogischer Gründe an. Als Ersatz für dieses Schulfest schlägt die Lehrerschaft Klassenausflüge vor. Rat wie Schulausschuß und Stadtverordnete haben aber beschlossen, das Schulfest wie bisher abzuhalten.

Plauen i. V., 11. Mai. Wie die Neue Vogtländische Zeitung meldet, hat heute mittag, kurz nach 1 Uhr, der 62jährige Stadtrat Louis Paul Flößner aus unbekannter Ursache Hand an sich gelegt.

Nachrichten aus dem Lande.

Posta. Wie schon kurz gemeldet, ereignete sich gestern im Schmidtschen Steinbruch in Alt-Posta dadurch ein schwerer Unglücksfall, daß früh 6½ Uhr unverhofft eine Wand hereinstürzte und den Arbeiter Hilbert aus Dorf Wehlen verschüttete. Dieser und eine Kollege waren noch beschäftigt, Handwerkszeug wegzuschaffen, als sie einen Knall hörten und sofort die Flucht ergriffen. Hilbert wurde von den hereinbrechenden Steinmassen verschüttet. Der andere wurde von dem Luftdruck fortgeschleudert, kam aber mit dem Schrecken davon. Bis jetzt ist das Schicksal des Verunglückten trotz begonnener Rettungsarbeiten noch unbekannt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Wolkenburg wurde von einem Radfahrer ein Kind überfahren und sofort getötet. Den Radler soll die Schuld treffen, da er zu scharf gefahren ist. — Ein Unglücksfall hat sich in der Kastschen Ziegelei in Auerbach zugetragen. Dort stürzte eine 27jährige Frau von einem vier Meter hohen Gerüst und brach das Rückgrat. An dem Aufkommen der Verunglückten wird gezweifelt. — Ein aufregender Vorfall spielte sich am Sonntag auf dem Bahnhof Coswig vor zahlreichen Reisenden ab. Bei der Einfahrt des Dresden—Riesaer Personenzuges um 10 Uhr vormittags stürzte sich eine unbekannte, etwa 30 Jahre alte Frau vor die Maschine des Zuges. Trotz versuchter sofortiger Hilfeleistung seitens des Bahnpersonals gelang es nicht, sie von den Schienen wegzuziehen, so daß sie überfahren und getötet wurde. — Seinen schweren Verletzungen erlegen ist im Krankenhause zu Riesa Leutnant Walter Reichenbach vom 32. Feldartillerie-Regiment, der während einer Uebung vom Pferde stürzte und sich einen Schädelbruch und sonstige schwere Verletzungen zugezogen hatte. — In Belersdorf bei Neumark hat der dortige Gutsbesitzer Hübner aus Verzweiflung über eine ihm zugefügte haltlose Verleumdung am Sonntag Selbstmord verübt. Er hinterläßt Frau und zwölf zum Teil noch unerzogene Kinder. — Am Montag früh versuchte der 44 Jahre alte Handarbeiter Ernst Max Brauer in Schneeberg, sich mit einem Rasiermesser die Kehle zu durchschneiden. Er erreichte seinen Zweck zwar nicht, brachte sich aber lebensgefährliche Verletzungen bei.

Stadt-Chronik.

Eintrittsgeld in öffentlichen Versammlungen.

Eine grundsätzlich wichtige Entscheidung darüber hat soeben das Oberverwaltungsgericht in Dresden getroffen.

Der Leipziger Philosoph Dr. Hornefferr beabsichtigte Ende Oktober 1908 im Gewerbehause drei Vorträge über Deutsche Religion zu halten, an die sich in der üblichen Weise eine Diskussion knüpfen sollte. Das Eintrittsgeld zu allen drei Vortragsabenden betrug 2 M. Kurze Zeit vorher wurde der Firma F. Ries, die die Sache arrangierte, von der hiesigen Polizeidirektion mitgeteilt, daß die Erlaubnis nur erteilt werden könnte, wenn entweder auf die Diskussion oder auf die Erhebung von Eintrittsgeld verzichtet würde. Dr. Hornefferr hielt darauf nur einen Vortrag und gab die übrigen auf, weil er auf die Diskussion nicht verzichten wollte. Gegen das Verbot der Erhebung von Eintrittsgeld erhob er Beschwerde, jedoch ohne Erfolg. Ein Rekurs wurde von der Kreishauptmannschaft verworfen, weil es sich bei den Veranstaltungen des Rekurrenten um öffentliche Versammlungen handle, bei denen nach § 9 der Ausführungsverordnung zum Reichsvereinsgesetz die Erhebung von Eintrittsgeld ohne behördliche Erlaubnis nicht zulässig sei. Die Erteilung der Erlaubnis sei aber in das Ermessen der Behörde gestellt, die sich in dieser Hinsicht auf die Verordnung des sächsischen Ministeriums vom Jahre 1890 und auf die Bekanntmachung des Rates und der Polizeidirektion zu Dresden vom 30. Oktober 1902 stützen konnte.

Auf die Anfechtungsklage, in der die Auffassung der Vorinstanz als rechtsirrtümlich bekämpft und insbesondere darauf hingewiesen wurde, daß die Veranstaltungen Dr. Hornefferr überhaupt keine öffentliche Versammlungen in gewöhnlichem Sinne seien, daß es sich vielmehr um philosophische, wissenschaftlich-dogmatische und ethische Vorträge handle, die nichts mit der Erörterung öffentlich-politischer Angelegenheiten zu tun hätten, auch wenn man den Begriff politische Versammlung noch so weit ziehe, hat das Oberverwaltungsgericht die angefochtene Entscheidung aufgehoben und festgestellt, daß die Polizeidirektion nicht berechtigt ist, durch das Verbot der Erhebung von Eintrittsgeld die vom Kläger beabsichtigten und verschobenen Vorträge über Deutsche Religion zu verhindern.

Begründend wird ausgeführt, daß sich das Verbot auf die Ausführungsverordnung zum Reichsvereinsgesetz nicht stützen lasse, weil letztere hierfür keine selbständige Unterlage bilde. Insoweit die §§ 103 und 104 der alten Armenordnung zur Rechtfertigung des Verbots angezogen worden seien, habe sich das Oberverwaltungsgericht dem Urteil des Oberlandesgerichtes Dresden aus dem Jahre 1891 angeschlossen, wonach es sich bei der Armenordnung um Sondervorschriften handelt, die auf andere als die davon betroffenen Fälle nicht ausgedehnt werden dürften. Das sei auch nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen, sonst würde dies zum Ausdruck gebracht worden sein. Da somit diese beiden Punkte nicht einschlagen, bliebe nur noch die Bekanntmachung des Rates und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der Polizeidirektion zu Dresden übrig, nach der den Geldsammlungen die Erhebung von Eintrittsgeld bei öffentlichen Versammlungen gleichzustellen ist. Daraus ergebe sich, daß die Bekanntmachung nur anwendbar ist bei öffentlichen Versammlungen. Eine öffentliche Versammlung liege bei den Veranstaltungen Dr. Hornefiers zweifellos vor. Der vom Kläger vertretene Standpunkt, daß eine öffentliche Versammlung nur dann vorliegt, wenn sich eine gewisse Anzahl Personen zwecks Besprechung politischer Angelegenheiten zusammenfinden, an der jedermann teilnehmen könne, sei eine zu enge Auslegung des Begriffs öffentliche Versammlung. Als eine noch zu enge Auslegung dieses Begriffs sei auch die Auffassung des Oberlandesgerichts zu betrachten, das eine öffentliche Versammlung dann annimmt, wenn es sich um Erörterung „öffentlicher Angelegenheiten" handelt. Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts ist vielmehr schon dann der Begriff öffentliche Versammlung gegeben, wenn eine jedermann zugängliche Versammlung zwecks Besprechung irgendwelcher Angelegenheiten erfolgt. Da zu den vom Kläger beabsichtigten Veranstaltungen jedermann gegen Entrichtung eines Eintrittsgeldes von 2 Mark Zutritt habe, seien sie auch als öffentliche Versammlung anzusehen.

Durchschlaggebend für die dem Kläger günstige Entscheidung sei indessen die Erwägung, daß die Verwaltungsbehörden nicht befugt sind, die Erhebung festen Eintrittsgeldes bei öffentlichen Versammlungen ganz allgemein zu verbieten. Nun wird zwar in dem erwähnten Urteile des Oberlandesgerichts der Polizei die Berechtigung zugesprochen, im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Ordnung des Gemeinwesens Maßnahmen gegen unbefugte öffentliche Geldsammlungen zu treffen, allein diese Erwägung passe nicht auf die Erhebung festen Eintrittsgeldes bei öffentlichen Versammlungen, da diese einer öffentlichen Geldsammlung nicht gleichzustellen ist. Hinzu komme im vorliegenden Falle, daß auch eine Gewähr für bestimmungsgemäße Verwendung des Eintrittsgeldes (der nach Deckung der Unkosten übrig bleibende Ertrag als Honorar für den Kläger) gegeben ist. Selbst wenn aber eine solche nicht vorhanden wäre, würde dann noch immer nicht die Gefahr einer Störung der guten Ordnung des Gemeinwesens zu erblicken sein. Für Fälle, in denen der Verdacht bestehe, daß das bei öffentlichen Versammlungen erhobene Eintrittsgeld zu unerlaubten Zwecken verwendet werde, bliebe den Verwaltungsbehörden der Erlaß polizeilicher Sondervorschriften unbenommen.

Soweit sich übersehen läßt, dürfte diese Entscheidung von größter Wichtigkeit für das ganze sächsische Versammlungsleben sein. Die Gründe des Urteils treffen z. B. auch dann zu, wenn bei einer öffentlichen politischen Versammlung Eintrittsgeld zur Deckung der Unkosten erhoben wird. Bisher war das unzulässig.

Eine Hetzepistel

gegen die organisierte Arbeiterschaft leistet sich die in Dresden erscheinende Sächsische Gewerbezeitung. Unter Verantwortung der Redaktion wird in Nr. 15 dieses Blattes in einem Artikel: Die Selbsthilfe der Arbeitgeber, mit der ganzen Ignoranz einer rückständigen Spießbürgerseele über die böse Arbeiterwelt räsoniert. Zur Erheiterung unserer Leser und zur Charakteristik der Sächsischen Gewerbezeitung, die sich „Organ des Gewerbevereins in Dresden" nennt, geben wir einige Proben aus dem wütenden Gebelfer:

„Uebertriebener Sozialismus hat in den letzten Jahren auch bei dem, der für die Volkswohlfahrt ein warmes Herz hat, Mißstimmung hervorgerufen. Der lobenswerte Wettbewerb zwischen Staat und Gesellschaft auf dem Gebiete der „Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung" ist zum unsinnigen Sport ausgeartet, der einerseits die Ansprüche dieser Bevölkerung ins Ungemessene steigert, andrerseits doch noch nie allgemeine Gefühle des Dankes hervorgerufen hat. Je mehr ihnen bewilligt wird, desto mehr verlangen sie. Die Arbeiter glauben berechtigt zu sein, allein darüber zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen gearbeitet werden soll. Tritt für die Arbeitgeber eine gute Konjunktur ein, so melden sich sofort die Arbeiter und fordern Erhöhung des Lohnes, kürzere Arbeitszeiten und ähnliches, und will der Arbeitgeber nicht, so hat er den Streik. Sinkt dagegen die Konjunktur, so ist der Arbeiter lange nicht geneigt, sich einen Lohnabzug gefallen zu lassen. Wird er entlassen, weil der Arbeitgeber keine Arbeit mehr für ihn hat, so glaubt er, daß die Gemeinde sofort Notstandsarbeiten ausführen lassen muß. Daß der Arbeitgeber den Arbeitern mißliebige Kameraden sofort entlassen muß, ist eine oft aufgestellte Forderung. Straßendemonstrationen, um angebliche Arbeiterrechte zu erzwingen, willkürliche Feiertage werden eingeführt, bei den Wahlen wird mit allen Mitteln des Terrorismus und des Boykotts gearbeitet und was dergleichen mehr ist. Aber es beginnt mählich anders zu werden. Dem Ueberschwang der Fürsorge durch Staat und Gesellschaft folgt zwar noch keine Reaktion, das beweisen die Gesetzentwürfe über Arbeitskammern und die Berggesetznovelle. Aber die Arbeitgeber greifen zur Selbsthilfe, und zwar nach dem alten Grundsatze: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Man setzt dem Streik die Aussperrung entgegen und einigt sich auch darüber, solche Arbeiter überhaupt nicht mehr anzunehmen, die als gewerbsmäßige Krakeeler bekannt sind. Das erregt nun den Zorn der sozialdemokratischen Agitatoren, und sie schimpfen ein Namhaftes über den Unfug, der mit den sogenannten schwarzen Listen getrieben wird, und wissen Beispiele davon zu erzählen, wie angeblich ganz unschuldige Arbeiter auf die schwarze Liste gekommen sind, nun keine Arbeit mehr finden und dem Elend anheimfallen. Es kann natürlich passieren, daß ein Arbeiter irrtümlicherweise auf die schwarze Liste gerät. Viel häufiger aber kommt es vor, daß die eigentlichen Aufwiegler sich wohlweislich im Hintergrunde halten und Strohmänner vorschieben, welche die Arbeit tun müssen, die jene eingefädelt haben, und die dann natürlich auch ausessen müssen, was jene eingebrockt haben. Daran sind dann aber nicht die Arbeitgeber schuld, sondern die Dummheit der Strohmänner und die Hinterlist der eigentlichen Wühler spinnt den Gemaßregelten das Schicksal. Die Sozialdemokraten möchten am liebsten schwarze Listen und dergleichen Dinge gesetzlich verboten sehen. Wenn für solche Maßregelungen mehr Oeffentlichkeit gefordert wird, so wissen wir nicht recht, wie das gemacht werden soll, wenn die Arbeitgeber sich nicht freiwillig dazu entschließen. Freilich könnten sie das gut und gern tun, denn sie tun nur, wozu sie ein Recht haben. Was den Arbeitern recht ist, muß auch den Arbeitgebern billig sein. Und von der Furcht vor den Arbeitern, von der die Sozialdemokraten zu phantasieren pflegen, ist wohl bei kleinen Gewerbtreibenden, die von sozialdemokratischer Kundschaft leben, etwas zu spüren, aber doch nicht bei eigentlichen Arbeitgebern."

So geht es weiter. Der so vornehme Dresdner Gewerbeverein kann nicht gerade stolz sein auf diese schriftstellerische Leistung irgendeines wildgewordenen Kleinmeisters. Als verantwortlicher Redakteur des Blattes zeichnet ein Herr Ingenieur und Oberlehrer E. Pieschel, ein Mann von Bildung also. — —

Die neue Radrennbahn

dürfte vielleicht doch noch im Herbst dieses Jahres betriebsfertig werden. Es hing bisher an Schwierigkeiten bei der Wegbeschaffung. Da die Stadt an der Sache interessiert ist, haben sich die städtischen Kollegien ins Mittel gelegt. Die Erweiterung der Gasfabrik auf dem städtischen Land in Reick zwischen dem Landgraben und der Eisenbahn und die dazu gehörige Bauplanänderung werden von der Regierung nur genehmigt, wenn durch Anlegung der Radrennbahn gewissermaßen ein Schutzstreifen zwischen den Erweiterungsbauten der Gasfabrik und der Eisenbahn angelegt wird. Die Errichtung der Radrennbahn wiederum ist davon abhängig, daß mindestens von der Liebstädter Straße aus das künftige Gelände der Radrennbahn Zugang erhält. Diese Zugängigkeit könnte erfolgen entweder von dem Flurstück 236 aus, wozu die Erwerbung von Land von den Besitzern des Grundstücks, den Christmannschen Erben, notwendig wäre, oder durch Hinzunahme von Land von den einem Herrn Hietzig gehörenden Flurstücken. An sich hat nach den getroffenen Vereinbarungen der Radrennverein selbst für Zugängigkeit der Radrennbahn zu sorgen; es ist ihm bisher aber nicht gelungen, die Besitzer der Flurstücke zur käuflichen oder pachtweisen Ueberlassung des erforderlichen Landes zu bewegen. Die Frage, ob es möglich wäre, im Wege der Enteignung das Land zu erlangen, ist zweifelhaft und hängt im wesentlichen davon ab, daß von dem Ministerium des Innern das öffentliche Interesse für die Schaffung eines Zugangsweges zu der geplanten Radrennbahn anerkannt wird. Der Radrennverein hat infolge dieser Schwierigkeiten bei der Beschaffung eines Zugangsweges das mit ihm abgeschlossene, von Rat und Stadtverordneten grundsätzlich genehmigte Kaufabkommen noch nicht ausführen können. An der Schaffung des Zugangsweges ist also unmittelbar der Radrennverein und mittelbar auch die Stadtgemeinde interessiert. Die Stadt hat nunmehr mit Hietzig ein Kaufabkommen getroffen, nach dem das nötige Land verfügbar wird, und dem Projekte der neuen Radrennbahn nichts mehr im Wege steht.

Schnelle Hilfe bei Unfällen.

Vom Wohlfahrtspolizeiamt wird uns geschrieben: Vielfach entstehen bei Unglücksfällen dadurch Verzögerungen in der Versorgung und Unterbringung Verunglückter oder Verletzter, daß die Zeugen des Unfalls nicht darüber unterrichtet sind, was sie tun sollen. Es erscheint deshalb angezeigt, darauf hinzuweisen, was zur schnellsten Herbeirufung von Hilfe bei Unglücksfällen zu tun ist: 1. Gib sofort der nächsten Wohlfahrtspolizeiwache Kenntnis von dem Unfall. Ist diese Wache entfernt, so benutze den nächsten Fernsprecher (Post, Gastwirtschaft, Laden). Wo die nächste Wache ist, sagen die Plakate, die in den Fluren aller Häuser und an Laternenpfählen oder Straßenbahnmasten auf den Plätzen der Stadt und in belebten Straßen angebracht und durch rotes Kreuz gekennzeichnet sind. 2. Merke genau den Platz, wo der Verunglückte liegt, damit der Unfallwagen gleich an die richtige Stelle geleitet werden kann. Muß der Verletzte gesucht werden, so entstehen Verzögerungen, die große Nachteile für ihn im Gefolge haben können. Daher sieh, bevor du meldest, nach dem Schild, das die Straße benennt, in der sich der Verletzte befindet, und nach der Hausnummer des Gebäudes, vor dem der Verunglückte liegt. 3. Ist ein Polizeibeamter in der Nähe (zum Beispiel Gendarmerieposten), so mache diesem Mitteilung von dem Vorfall.

Pfingstsonderzug.

Die Staatsbahnverwaltung bietet auch in diesem Jahre wieder Gelegenheit zu einer Fahrt nach Berlin, Hamburg, Kiel und Helgoland durch Abfertigung eines Sonderzuges zu ermäßigten Fahrpreisen. Dieser Sonderzug fährt am Pfingstsonnabend (29. Mai) nachm. 4 Uhr 40 Min. vom hiesigen Hauptbahnhofe, 4 Uhr 45 Min. vom Bahnhofe Wettinerstraße, 4 Uhr 50 Min. vom Bahnhof Dresden-Neustadt ab und trifft, über Röderau verkehrend, abends 8 Uhr 37 Min. in Berlin Anhalter Bahnhof und am andern Morgen (Pfingstsonntag) 4 Uhr 54 Min. in Hamburg Hauptbahnhof ein. Es werden nur Fahrkarten 3. Klasse ausgegeben, sie kosten ab Dresden nach Berlin und zurück 9,30 M., nach Hamburg-Altona und zurück 22,80 M., nach Kiel und zurück 27,50 M., nach Cuxhaven und zurück 27,90 M., nach Lübeck und zurück 25,70 M., nach Helgoland und zurück 34,30 M. Auch in Riesa werden Fahrkarten nach Berlin, Hamburg-Altona und Lübeck verkauft. Die Karten gelten zur Rückreise innerhalb 2 Monate. Der Verkauf beginnt am 23. Mai und wird am 27. Mai mittags 12 Uhr geschlossen. Alles weitere enthält eine Uebersicht, die bei der Auskunftsstelle hier und bei den Fahrkartenausgaben der hiesigen Bahnhöfe unentgeltlich zu haben ist. Weitere Sonderfahrten finden in diesem Sommer am 14. Juli nach Berlin und Hamburg, am 15. Juli nach Hamburg (ohne Berlin) und am 15. August nach Hamburg und Bremen über Leipzig statt.

Giftige Blumen.

Die Zeit der Maiblumen gibt Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß sowohl der Stengel als auch die Blüte dieser Blume einen starken Giftstoff besitzen, der Blausäure enthält. Man vermeide daher besonders, die Blumen zwischen den Lippen zu tragen, da die kleinste Rißwunde unförmlich anschwillt, sobald der Saft der Blume in sie eindringt. Ebenso werfe man die abgeblühten Blütenkelche nicht auf die Höfe, wo Geflügel umherläuft. Schon öfters ist beobachtet worden, daß besonders junge Hühner und Tauben nach dem Genusse dieser Blumen verendeten. Ferner sei noch erwähnt, daß man Maiblumen nur pflücken darf, wenn sie voll erblüht sind, da keine grüne Knospe von Maiblumen im Wasserglase jemals aufblüht.

Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag den 13. Mai, abends 7 Uhr. Es steht u. a. auf der Tagesordnung: Schreiben des Rates über das Ergebnis der Zählung der leerstehenden Wohnungen. Aufrückung der Stadträte Köppen und Haebler in die nächste Gehaltsstufe. Vermehrung des Pflegepersonals bei der Heil- und Pfleganstalt. Haushaltplan: Ratsarchiv, Stadtbibliothek und Stadtmuseum, Körner-Museum, Schilling-Museum, Denkmäler, Standbilder, Vasen und Springbrunnen, Stadtkrankenhäuser Friedrichstadt und Johannstadt, Säuglingsheim, Genesungsanstalt Fiedlerhaus in Oberlößnitz, Städtische Heil- und Pfleganstalt, Luisenhaus, Heilanstalt in Klingenberg. Ersuchen des Stadtrates Christer, ihm schon jetzt für den Fall seines Uebertrittes in den Ruhestand die Zeit seiner Rechtsanwaltschaft auf seine pensionsberechtigte Dienstzeit anzurechnen. Schreiben des Rates über die Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung einer Entschädigung an die Sachverständigen beim städtischen Verdingungswesen auf die Dauer der Geltung der jetzigen Verdingungsbedingungen. Erbauung von fünf Generatoröfen mit je neun Retorten als Ersatz für den baufällig gewordenen Ofenblock IV im Reicker Gaswerke. Umbau der Schaltanlage im städtischen Elektrizitäts-Lichtwerke. Vorschußweise Bewilligung der auf das Flurstück 1032 der Flur Dresden-Kaditz entfallenden Kosten zur Beschleusung der Ranke- und Waldemarstraße und den abweichenden Beschluß der Stadtverordneten zu der Vorlage über die Bewilligung der auf die Grundstücke der Arend-Stiftung entfallenden Kosten zur Beschleusung einiger Straßen in der Vorstadt Neu-Kaditz. Bewilligung eines Berechnungsgeldes von 10 000 M. zur Bestreitung der Repräsentationskosten aus Anlaß der im Jahre 1909 in Dresden stattfindenden Kongresse, Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen. Hierauf geheime Sitzung.

Volksvorstellung im Residenztheater. Am Sonntag nachmittag wird Ludwig Thomas satirische Komödie Moral im Residenztheater als Volksvorstellung aufgeführt. Die Eintrittskarten werden durch die Organisationen der Arbeiterschaft vertrieben, sind also im Gewerkschaftskartell zu haben. Jede Karte kostet 60 Pf. (wofür auch der Theaterzettel geliefert und Garderobe aufbewahrt wird.) Die Vorstellung wird veranstaltet durch den Goethebund, der das Risiko übernommen hat. Der Besuch der Vorstellung empfiehlt sich sehr. Thoma ist ein Meister kräftiger gesellschaftlicher Satire.

Bergsteiger-Unfall. Am Sonntag nachmittag ist im Schrammsteingebiet der Tätisi von der hiesigen Landesversicherungsanstalt Herr Friedrich Seltmann beim Ersteigen der sogenannten Taube, eines isoliert stehenden Felsens, aus beträchtlicher Höhe abgestürzt. Er zog sich so schwere äußere und innere Verletzungen zu, daß ihn seine Kameraden zunächst bis nach der Schrammsteinbaude transportieren mußten, wo ihm ärztliche Hilfe zuteil wurde, worauf man ihn nach dem Schandauer Stadtkrankenhause brachte.

Vermischte Nachrichten. Der Leichnam eines drei Monate alten Kindes, dessen Mutter hier in Stellung ist, wurde heute behördlich aufgehoben und zur Oeffnung an das Königl. Landgericht abgeliefert. Es soll gegen die Mutter, eine Amme aus der Bautzner Gegend, der Verdacht bestehen, daß sie ihr Kind, das sich in Ziehe befand, absichtlich krank gemacht und seinen Tod verschuldet hat. Die gerichtsärztliche Sektion soll ergeben, ob der schwere Verdacht begründet ist.

Aus der Umgebung.

Coschütz. Donnerstag den 13. Mai, abends 7½ Uhr, findet im hiesigen Rathaus öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Deuben. Morgen Donnerstag, abends 7½ Uhr, findet im Rathaus öffentliche Sitzung des Gemeinderates statt. Die Tagesordnung ist sehr wichtig.

Lößnitzgrund. Die Direktion von Bilz' öffentlichem Licht-, Luft-, Sport-Bad teilt uns mit, daß die Eröffnung der gesamten Anlage für Damen, Herren und Familien Sonnabend den 15. Mai erfolgt.

Pillnitz. Vielfach begegnet man der Unsitte, daß Radfahrer Kinder auf dem Rade mitführen. Wie gefährlich das hauptsächlich auf abschüssigen Straßen ist, konnte man am Sonntag den 9. Mai nachmittags hier beobachten. Ein Radfahrer kam mit einem Knaben vor sich im schnellen Tempo die steile Straße heruntergefahren. Dabei verlor er die Gewalt über sein Rad und überfuhr ein ihm entgegenkommendes 5jähriges Mädchen. Alle drei kamen zum Stürzen. Das Mädchen erlitt starkblutende Verletzungen im Gesicht. Der Knabe war infolge Gehirnerschütterung längere Zeit bewußtlos, während der Radfahrer mit leichteren Verletzungen davonkam.

Heidenau-Mügeln. Den Parteigenossen und Genossinnen der Gruppe Mügeln und Umgegend zur Kenntnis, daß die Gruppenversammlung erst Freitag den 21. Mai, abends 8½ Uhr, im Alten Gasthof Mügeln stattfindet. Wir weisen schon heute auf sie hin, da die Tagesordnung: Dritter Vortrag über das Parteiprogramm, gehalten vom Genossen Fleißner, eine sehr wichtige sein wird.

Kreischa. Der Tischlermeister Buschmann hier ist wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an schulpflichtigen Kindern in Untersuchungshaft genommen worden, nachdem vorher die Staatsanwaltschaft Freiberg umfängliche Erörterungen angestellt hatte.

Wilsdruff. Wie das hiesige Wochenblatt meldet, hatte sich vor dem Schöffengericht zu Wilsdruff der Redakteur und Stadtverordnete Hugo Friedrich wegen Unterschlagung zu verantworten. Da das Gericht die Anklage für erwiesen erachtet habe, wurde Friedrich unter Annahme mildernder Umstände zu 20 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. — Friedrich war früher Redakteur und Teilhaber des Wilsdruffer Wochenblattes. Er benützte das Blatt zu wütenden Beschimpfungen der Sozialdemokratie, und das Stadtverordneten-Kollegium hetzte er seinerzeit zur gerichtlichen Klage gegen einen hiesigen Genossen. Zurzeit ist der Herr Lokalredakteur des Glückauf und des Deubener Tageblattes (Kopfblatt des Glückauf) in Potschappel. Neuerdings ist er sehr kleinlaut geworden.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Ein gemeingefährlicher Schürzenjäger hatte sich in der Person des 1845 in Reick geborenen Fabrikanten Wilhelm Moritz Hänichen zu verantworten. Der Angeklagte, der in Brausenstein bei Königstein wohnt, da eine Villa und eine Holzstoff-Fabrik besitzt, soll sich an mehreren seiner Dienstmädchen, die im Alter zwischen 14 und 16 Jahren waren, unsittlich vergangen haben. Er hat sie ferner zum Meineid verleitet, teils durch mündliche Vorhaltungen. Die Fälle reichen bis zum Jahre 1905 zurück. Hänichen, der verheiratet ist und eine erwachsene Tochter hat, suchte durch Inserat eine „junge Stütze der Hausfrau". Nachdem ein junges Mädchen angetreten war, besuchte er es, fast entkleidet, nachts in dessen Kammer und versuchte, sich mit ins Bett einzudrängen; oft legte er sich auch schon vorher in dessen Bett. Die meisten der Mädchen waren ihm nicht zu Willen und verließen nach einigen Tagen den Dienst. Bei einem Mädchen ist auch festgestellt, daß er es mit auf den Anstand nahm (!) und im tiefen Walde zu vergewaltigen versuchte. Eins der angegriffenen Mädchen, das, nachdem es zwei Nächte unter H.s Dache gewohnt, davonlief und zur Mutter nach Dresden zurückkehrte, verlangte die Kosten für seine Hin- und Herreise sowie den Transport seiner Sachen bezahlt. Mit diesem Briefe in der Hand ging Hänichen, frech wie Oskar, zum Staatsanwalt und verklagte das Mädchen wie deren Mutter wegen Beleidigung. Hierauf erhob das Mädchen Widerklage wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung im Sinne des § 189 des R.-Str.-G. Das Mädchen verschaffte sich die Adressen einer Menge Genossinnen, die vor ihr und nach ihr in diesem Eldorado gedient hatten. Die Verhandlung fand vor ungefähr Jahresfrist statt; sie endete damit, daß die Klage Hänichens abgewiesen, er selbst aber wegen Beleidigung des Mädchens zu 100 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Vor diesen Prozesse hat nun H. mehrere Mädchen verleitet, falsche Aussagen zu machen. Von den damaligen Zeugen haben mittlerweile noch deren Anverwandte Strafantrag gestellt, weil ihre Angehörigen zur Zeit, wo sie bei H. dienten und er sie unsittlich belästigte, noch nicht 16 Jahre alt waren. Zur Aufklärung des Tatbestandes waren 18 Zeugen geladen. Die Verhandlung ist wegen des leidenden Zustandes des Angeklagten schon zweimal vertagt worden. Die Beweisaufnahme fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Nach siebenstündiger Verhandlung wurde der Angeklagte wegen Verführung, wörtlicher und tätlicher Beleidigung sowie wegen Verleitung zum Meineide zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte wegen Fluchtverdachts die sofortige Verhaftung des Angeklagten. Da jedoch der als Sachverständiger anwesende Gerichtsarzt Dr. Oppe die sofortige Verhaftung für den Gesundheitszustand des Verurteilten für bedenklich hielt, unterblieb sie.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Jugendgericht.

Soziales Elend. Nirgends offenbaren sich die Schäden der Gesellschaft deutlicher wie vor dem Jugendgericht. So hatte sich ein 13jähriges Schulmädchen wegen Bettelns und ihre Eltern gleichzeitig deswegen zu verantworten, daß sie ihr Kind nicht vom Betteln abgehalten haben. Der Vater ist Gelegenheitsarbeiter und hat acht Kinder im Alter von 2 bis 13 Jahren. Im Winter war er manchmal arbeitslos, und bittere Not zog bei der zahlreichen Familie ein. Die Kinder gingen vor Hunger betteln und brachten auch den hungernden Eltern etwas mit. Der Schuldirektor und verschiedene Einwohner in B. beschwerten sich hierüber; die Eltern wurden verwarnt und aufgefordert, sich Armenunterstützung zu holen. Aus ganz bestimmten Gründen verzichteten die Eltern auf Armenunterstützung. Der Vater wußte nichts davon, daß seine Kinder betteln gingen. Sie sagten ihm, sie sollten sich die Nahrungsmittel von verschiedenen Einwohnern abholen, und der Vater schenkte ihnen Glauben. Das angeklagte Kind war nicht mit betteln; es liegt eine Verwechslung mit der Schwester vor. Dagegen wird als erwiesen angenommen, daß die Mutter ihre Kinder zum Betteln ausgeschickt und daß dies der Vater geduldet habe. **Die Eltern erhielten je 1 Woche Haft** (!), das Kind wurde freigesprochen. — — —

Eine andere Familie tritt vor. Der Vater ist Landarbeiter und hatte in Nickern auf dem Rittergute für 20 Pf. die Stunde gearbeitet. Die Mutter ist von Not und Unglück gebeugt. Sorgen durchfurchen ihr Gesicht. Ein kleines Mädchen, ärmlich, aber sauber angezogen, wird von ihr an der Hand geführt und soll in den Wintermonaten in Nickern gebettelt, die Mutter und der Vater sollen das Betteln geduldet haben. Die Eheleute haben sechs Kinder; davon sind noch fünf zu Hause. Der Vater verunglückte im vorigen Jahre und war darauf zwei Monate arbeitsunfähig. Die ganze Familie lebte von 7 M. Krankengeld die Woche. Da wurde auch noch wegen Steuern gepfändet, so daß die Familie **die Weihnachtsfeiertage kein Stückchen Brot im Hause hatte.** Die Frau gibt eine ergreifende Schilderung der großen Not, und der als Zeuge vernommene Gendarm bestätigt das alles. Der Staatsanwalt selbst beantragt eine niedrige Strafe, und das Gericht erkennt auf **je 5 Tage Haft gegen die Eltern** und spricht das Kind frei, weil es unter dem Drucke der Eltern gehandelt habe. — Wie gütig!

Ein 16jähriges Mädchen hatte vor mehreren Jahren als Laufmädchen in dem Konfektionsgeschäft von Busch 20 Pf., die in der Garderobe lagen, weggenommen. Sie hatte so großen Hunger, daß sie sich nicht anders zu helfen wußte und sich etwas zu essen dafür kaufte. Der Prinzipal erstattete gegen das Kind Anzeige. (!) Das Justizministerium bewilligte einen dreijährigen Verfolgungsaufschub. Nachdem das Mädchen aber in Berlin wegen Hehlerei und Sittenübertretung bestraft wurde, sollte gegen sie wegen des kleinen Diebstahls verhandelt werden. Sie wird zu einem Verweise verurteilt. — Der Not und Entbehrung folgte das Verbrechen und die Demoralisation!

Militärgericht.

Handel mit Kammer-Sachen. Vor dem Kriegsgericht hatte sich der Sergeant Barth vom 48. Feld-Artillerie-Regiment wegen mehrfacher Diebstähle zu verantworten. Barth genoß das Vertrauen seiner Vorgesetzten in hohem Maße und war als Kammer-Unteroffizier abkommandiert worden. Im September v. J. kam aus Lommatzsch eine Geldsendung von 14,25 M. von einem Gerichtsdiener an den Sergeanten. Der Gerichtsdiener hatte kurz vorher seine Reservebübung beim Regiment absolviert. Da Barth keine Anhörigen besaß und durch zwei uneheliche Kinder in seinen Vermögensverhältnissen ziemlich beschränkt war, befragte ihn der Batteriechef nach dem Ursprung des Geldes. Barth wollte es dem Reservisten geborgt haben. Da diese Angabe sehr unwahrscheinlich klang, wurde die Sendung vorläufig konfisziert und der Wachtmeister zur Anstellung von Recherchen nach Lommatzsch geschickt. Bei seiner Rückkehr brachte er zwei Paar funkelnagelneue fiskalische Tuch- und zwei Paar Unterhosen mit. Die Sachen waren von dem Sergeanten an den Gerichtsdiener für 21 M. verkauft worden. Die beschlagnahmten 14,25 M. bedeten die erste Ratenzahlung. Bei dem Angeklagten fand man auch noch eine „Bestellung" auf ein Paar fiskalische Stiefel vor. Das Urteil lautete wegen militärisch ausgezeichneten Diebstahls auf 3 Wochen Mittelarrest und Degradation. Barth wurde sofort in Haft genommen.

Parteiangelegenheiten.

Differenzen wegen des Maifeierfonds.

Die in dem Brandenburger Parteigeschäft angestellten Schriftsetzer und Buchdrucker hatten bereits vor dem 1. Mai erklärt, daß sie sich dem Parteitagsbeschluß, der einen Tagesverdienst von den Parteiangestellten fordert, nicht fügen wollten, weil sie darin einen Eingriff in die Taschen eines Teiles der Parteigenossen erblicken. Diesen ablehnenden Standpunkt motivierten sie noch näher in einer schriftlichen Erklärung, worin sie sich auf den zwischen der Partei und den Gewerkschaften bestehenden Unterschied beziehen und im übrigen dem Parteitag das Recht bestritten, Beiträge von bestimmter Höhe einer bestimmten Klasse von Parteigenossen aufzuerlegen. Mit dieser Erklärung beschäftigte sich eine Parteiversammlung in Brandenburg a. H.; sie kam nach ausgedehnter Debatte, in der die angegriffenen Buchdrucker betonten, sie seien bereit, die Beiträge dem Maifonds zu überliefern, zu folgendem, mit großer Mehrheit angenommenen Beschluß:

Die Versammlung erblickt in dem Verhalten der im hiesigen Parteigeschäft beschäftigten Buchdrucker zu dem vom Nürnberger Parteitag angenommenen Antrag 90 einen Bruch der Parteidisziplin. Sie billigt das Verhalten der Genossen, die die zu dieser Sache vorliegende Erklärung unterschrieben haben und beschließt, diese Genossen für ungeeignet zu erachten, jegliches Parteiamt und sonstige Vertrauensstellung in der Arbeiterbewegung zu bekleiden, solange sie an ihrem jetzt eingenommenen Standpunkt festhalten.

Unter falscher Flagge.

Am Sonntag den 9. Mai fand in Brackel bei Dortmund eine öffentliche Volksversammlung statt, in der der Anarchosozialist Pater über die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften im Gegensatz zu der freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften sprach.

Die Versammlung wurde unbefugterweise von dem Einberufer im Auftrage der Filiale Brackel des Sozialdemokratischen Vereins für den Kreis Dortmund-Hörde eröffnet. Sie war von etwa 300 Personen besucht, unter denen sich eine ganze Reihe Anarchisten aus dem Industriegebiet befand. Der Referent wurde in seinen Ausführungen von einem Brackeler und einem Dortmunder Genossen, gegen den ein Ausschlußverfahren schwebt, unterstützt.

Entgegen anderen Mitteilungen sei ausdrücklich festgestellt, daß es sich um Machinationen von etwa einem Dutzend Querköpfen handelt, die aus dem Bergarbeiterverband ausgetreten sind.

Die Leitung des Sozialdemokratischen Vereins Dortmund-Hörde wird gegen die Quertreiber vorgehen.

Vakante Reichstagskandidaturen.

In den brandenburgischen Wahlkreisen Sorau-Forst und Kottbus-Spremberg sind die bisherigen Kandidaten, die Genossen Max Maurenbrecher und Dr. Alfred Bernstein, zurückgetreten.

Ein nichtbestätigter sozialdemokratischer Waisenrat.

In Gorkau in Schlesien wurde vor kurzem von den Gemeindevertretern der Genosse Karl Schneider zum Waisenrat gewählt. Er erhielt bald darauf vom Landrat die Mitteilung, daß seine Wahl für ungültig erklärt werde, da bekannt geworden, daß er Sozialdemokrat sei. Es wurde aber eine Neuwahl vorgenommen und dabei wurde der Nichtbestätigte einstimmig wiedergewählt. Nun hat der Landrat wieder das Wort.

Für unsere Frauen.

Zwei Bilder.

Kr. Welch ein Unterschied besteht doch in der Geburt der jungen Menschenkinder! Wilhelmine, Königin von Holland, sah ihrer Niederkunft entgegen. Diese Gelegenheit benützte die „gut gesinnte" Presse, um in byzantinischen Gefühlen zu schwelgen. Journalisten bemühten sich, die Details der Geburtsvorbereitungen bis ins kleinste zu schildern und der staunenden Welt von dem Befinden der schwangeren Königin Kenntnis zu geben. Diese „hochwichtigen" Nachrichten wurden zum Teil auch von dem bürgerlichen Blätterwald in Deutschland zu einer großen Staatsaktion gestempelt, bildeten daher eine gesuchte Lektüre für Herren und Damen der „besseren" Gesellschaft. Es wurde berichtet, daß Kanonen seit Ostern bereit standen, um durch eine gewisse Zahl Salutschüsse dem Volk die frohe Kunde von der Geburt des Königskindes zu geben, und daß Herolde dies Ereignis in den Straßen verkünden sollten.

Aerzte, Hebammen und Ammen standen wochenlang parat, um das kleine Menschenkind in die Welt fördern zu helfen und mit Nahrung zu versehen. Und nun erst die Aufzählung aller Geschenke, die für das zu erwartende Baby von Vereinen und Komitees übersandt wurden und als Zeichen monarchischer Anhänglichkeit gepriesen werden. Geschenke bei solcher Gelegenheit erweisen sich in der Regel als lohnendes Geschäft, und so auch hier. Wäscheausstattungen, kostbare Zimmereinrichtungen, Wiegen usw. sind massenhaft eingegangen. Das Prachtexemplar einer Wiege, in französischem Stil, wie er in der Zeit Louis XVI. Mode war, reich mit Spitzen garniert, machte besonders von sich reden. Berichtet wird, daß an der Herstellung dieses Kunstwerkes 29 Arbeiterinnen und 5 Lehrerinnen einer Spitzenschule 12 000 Arbeitsstunden aufgewendet haben! — 12 000 Arbeitsstunden für eine königliche Wiege!

Arbeiterfrauen, wie wird euch bei Aufzählung all dieser Herrlichkeiten?

Es hält wirklich schwer, angesichts solcher Bauchrutscherei den Spott im Zaum zu halten. Doch zieht man einen Vergleich zwischen diesem Kindbett und dem der Proletarierin, dann packt einen die Wut ob einer solch frivolen Gesellschaftsklasse, die, um ihre Widersinnigkeiten zu beschönigen, die Weltordnung, in der solcher Wahnsinn möglich ist, noch als eine — göttliche preisen. Mit tausend Zungen möchte man die Frauen des Volkes, denen oft selbst das Heiligste der Frau — die Mutterschaft — zum Fluche wird, aufstacheln zum flammenden Protest gegen eine Gesellschaftsordnung, die selbst das Kindbett nach sozialem Rang regelt und klassifiziert.

Dort im Königsschloß frohe Erwartung und alle Hilfsmittel, um Mutter und Kind über die schweren Geburtsstunden hinwegzuhelfen, ebenso in allen höheren Kreisen; im Proletarierheim dagegen meistens vermehrte Sorge und Pein und oft qualvolles Verwünschen.

Sehr oft fehlt es den Frauen der ärmsten der armen Bevölkerungsklasse an allem, was notwendig zum Empfang des kleinen Weltbürgers ist, an Betten oder an einer Lagerstatt, an Kinderwäsche, an ärztlicher Hilfe oder Pflege. Tausende Mütter berauben sich selbst der ärmlichen Hüllen, um die auf Lagern von Lumpen Geborenen vor Kälte zu schützen. Jährlich gehen tausende Wöchnerinnen und hunderttausende Säuglinge mangels ärztlichen Beistandes und nötiger Pflege elend zugrunde.

Und erst jene armen Frauen und Mädchen des Volkes, die ohne standesamtliche Erlaubnis zur Mutter werden, sie leben während der ganzen Schwangerschaft zwischen Hoffen und Bangen. Die Sorge um das zu erwartende Kind raubt ihnen Ruhe und Ueberlegung, und die Furcht, das Ziehgeld für das Kind nicht aufbringen zu können, führt sie sehr oft auf schlimme Gedanken und Wege.

Das Los von Millionen Proletartermüttern hat Ada Negri in die anklagenden Verse geformt:

„Im kranken Mutterschoße trugen wir
Armselige Wesen — nur zum Weinen hier.
Das Blut aus unsern Adern, matt, verblaßt,
Erhielten sie, und unserer Ketten Last.
Gern wären wir zur Pfleg' für sie bereit —
Doch ist der Tag kurz, lang die Arbeitszeit.
Der Lebensunterhalt hält uns mit Krallen fest,
Indes die Straße uns das Kind verderben läßt."

Arbeiterfrauen und -töchter, soll es immer so bleiben? Wollt ihr nicht in eurem eigenen Selbstinteresse die Gleichgültigkeit bannen und mutig und unverzagt den Kampf um eine andere Gesellschaftsordnung führen? Dann hinein in die Parteiorganisation! Denn nur die Sozialdemokratie führt den Kampf um eine Gesellschaftsordnung, in der die Ungleichheit schwindet und wahres Menschenrecht für alles existiert, was Menschenantlitz trägt.

Neues aus aller Welt.

Leipzig, 11. Mai. Das Reichsgericht hat die Revision des Handlungsgehilfen Richard Henkel verworfen, der vom Schwurgericht am Landgericht Berlin I am 24. März wegen Ermordung des Juweliers Frankfurter in Wien zum Tode verurteilt worden war.

Hamburg, 11. Mai. Bei dem 19. Januar ist der 6jährige Knabe Erwin Scholz aus Hamburg verschwunden. Jetzt ist es der Polizei gelungen, den Mörder des Knaben in der Person des 21jährigen Elektrotechnikers Robert Bruhns in Barmbeck zu verhaften.

Essen a. R., 11. Mai. Bei Hattingen sind große Waldbrände ausgebrochen; in einem Falle wurden 12 000 Tannen zerstört.

München, 11. Mai. Bei einem Amerikaner, der sich in der Theresienstraße eingemietet hatte, wurde nach dem Besuche eines rasch sich wieder entfernenden Mannes eine Vergiftung konstatiert. Er starb im Krankenhause. Seine von der Polizei beschlagnahmten Koffer enthielten eine große Menge Geld, goldene Uhren und Einbrecherwerkzeuge. Ein Koffer trug eine Etikette „Windsor-Hotel Philadelphia".

Augsburg, 11. Mai. Der Fähnrich Egger vom 3. Inf.-Reg. zeigte seinem Freunde, dem Fähnrich Wagner, in der Kaserne eine Pistole, die er als Preis auf der Kriegsschule erhalten hatte. Als Wagner die Waffe besichtigte, entlud sie sich. Die Kugel traf Egger in den Unterleib; abends erlag er seinen Verletzungen.

Graz, 11. Mai. In Pöznitz bei Marburg stieß heute früh der Tirol—Kärtner Eilzug mit dem Personenzug aus Graz zusammen. Der Maler Walter aus Marburg wurde getötet, zwei Personen, darunter ein Offizier, schwer verletzt. Die letzten zwei Wagen des Personenzuges sind verbrannt, der Dienstwagen des Eilzuges zertrümmert, die Lokomotive entgleist.

Lemberg, 11. Mai. Bei dem Postamte Tarnow wurden aus einem Poststück, das an einen dortigen Juwelier adressiert war, Brillanten im Werte von 50 000 Kronen entwendet. Als verdächtig wurde ein Postbeamter verhaftet.

Cherbourg, 11. Mai. Auf der Station für Unterseeboote brach heute Feuer aus. Die Flammen zerstörten ein Torpedomagazin. Vertreter aller Behörden sind auf der Brandstätte erschienen.

Toulon, 11. Mai. In Lande, wo bereits mehrere Dynamitattentate stattfanden, explodierten gestern abend wiederum mehrere Dynamitpatronen, die großen Schaden anrichteten.

Messina, 11. Mai. Gestern nachmittag wurde hier ein neuer Erdstoß verspürt. Die Bevölkerung befürchtet noch immer Katastrophen.

Briefkasten.

Berichtigung. In der gestrigen Nummer ist in der Antwort nach Oberfrauendorf ein sinnloser Druckfehler stehen geblieben. Es muß dort von örtlichen Bestimmungen die Rede sein, nicht von ärztlichen.

Versammlungskalender für Donnerstag.

Bauarbeiter. Versammlung abends 7 Uhr im Volkshaus, Ritzenbergstr.
Steinsetzer und Rammer. Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung abends 7 Uhr im Volkshaus, Ritzenbergstraße.
Naturheilverein Schmiedeberg u. U. Vortrag abends 8 Uhr im Gasthof Schmiedeberg.
Arbeiter-Stenolachgraphenbund, Ortsgruppe Dresden. Uebungsabend 8½ Uhr im Volkshaus.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke
am 12. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer: 756. Veränderlich.
Thermometer: + 16 ° R.
Thermometrograph: Min. + 6, Maxim. + 16.
Hygrometer: 61 %.
Wasserstand: — 62.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden
für den 13. Mai 1909.

Mäßige Südwestwinde; Zunahme der Bewölkung; wärmer; Neigung zu Gewitterbildung.

Von der

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

sind bisher folgende Hefte erschienen:

Heft 1: **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen** von Dr. Chritteller.
Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
Heft 2: **Das erste Lebensjahr** von Dr. Silberstein.
Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
Heft 3: **Gesundheitspflege des Nervensystems** v. Dr. Hirschlaff.
Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
Heft 4: **Der Achtstundentag** von Dr. Zadek.
Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
Heft 5: **Alkoholfrage und Arbeiterklasse** von Dr. Fröhlich.
Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.
Heft 6: **Das Schulkind** von Dr. Silberstein.
Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
Heft 7: **Geschlechtsverkehr u. Geschlechtskrankheiten** von Dr. Gebert.
Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
Heft 8: **Nahrung und Ernährung** von Dr. Chajes.
Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
Heft 9: **Wie sollen wir uns kleiden?** von Dr. P. Bernstein.
Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
Heft 10: **Der Arbeiterschutz** von Dr. M. Epstein.
Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
Heft 11: **Frauenleiden und deren Verhütung** von Dr. J. Zadek.
Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.
Heft 12: **Vom medizinischen Aberglauben** von Dr. E. Chesing.
Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
Heft 13: **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters** von Dr. S. Munter.
Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
Heft 14: **Verhütung und Heilung des Stotterns** von L. Jordan.
Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen mit 5 Text-Illustrationen.
Heft 15: **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie** von Dr. Markuse.
Heft 16: **Zähne und Zahnpflege** von Gertrud Rewald.
Mit zahlreichen Illustrationen.
Heft 17: **Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers** von Dr. Chritteller.
Mit Illustrationen.
Heft 18: **Der Geschlechtstrieb** von Eduard Bernstein.
Heft 19: **Die Krankenpflege im Hause** v. Joh. Ranker, Mannheim
Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Zadek, Berlin.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig

Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung, Dresden-A., Zwingerstraße 21.**

Wir empfehlen:

Sachsens Mai-Revolution

(illustriert 10 Seiten) Preis **15** Pf.

Aus dem Inhalt:

Eine Mai-Erinnerung. — Warum es in Dresden zum Bürgerkrieg kam. — Der Straßenkampf in Dresden. — Männer der Revolution. — Steckbriefe. — Die Rache der Sieger. — Satirische Leuchtkugeln aus dem Jahre 1848.

Volksbuchhandlung, Dresden, Zwingerstraße 21.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Friedrichstädter Warenhaus

Wettinerstrasse 63, gegenüber der Hauptmarkthalle.

3 Ausnahme-Tage

Donnerstag, 13. Mai
Freitag, 14. Mai
Sonnabend, 15. Mai !

in

Haus- und Küchen-Geräten

nur solange Vorrat reicht:

Steingut

Speiseteller, Zwiebel und weiß . . . 8 und	5 Pf.
Tassen mit Untertassen, weiß	8 Pf.
Tassen mit Untertassen, Zwiebel	12 Pf.
Satz-Schüsseln, weiß, 6 im Satz	78 Pf.
Satz-Schüsseln, Zwiebel, 6 im Satz . . .	1.20
Salz- oder Mehlmesten, Zwiebel . .	38 Pf.
Gemüsetonnen, Zwiebel	35 Pf.
Gewürztonnen, Zwiebel, Satz 6 Stück . .	58 Pf.
Portionsschüsseln, weiß	15 Pf.
Suppenterrinen, moderne Malerei	50 Pf.
Waschschüsseln, weiß	42 Pf.
Waschschüsseln, bunt	55 Pf.
Nachtgeschirre, weiß	22 Pf.
Waschgarnituren, 5teilig	1.55
Kaffeebecher, bunt u. weiß, extra groß, 8 u.	5 Pf.
Seifen- u. Zahnbürsten-Schalen bunt	8 Pf.
Waschkrüge, bunt, groß	45 Pf.
Kompottschalen, weiß	5 Pf.

Ia. Emaille-Geschirr

Maschinentöpfe, neu- und dunkelblau 80, 68, 55, 38 und	30 Pf.
Schmortöpfe, gestanzt, neu- und dunkelblau 68, 55, 42, 36, 34 und	28 Pf.
Kaffeekocher, neu und dunkelblau 85, 62, 45, 40, 36, 28 und	22 Pf.
Taschenkrüge, luftdicht schließend	90 Pf.
Reibmaschinen	98 Pf.
Kaffeemühlen mit Stahlschrauben, fein u. grob	68 Pf.
Eiertiegel mit Stiel, neu- und dunkelblau . . .	25 Pf.
Wannen, oval und dunkelblau	1.48

28 cm
Eimer
neu- und dunkelblau . 80 Pf.

Glaswaren

Wassergläser	4 Pf.
Kompotts	5 Pf.
Glasteller	4 Pf.
Butterdosen	18 Pf.

Blechwaren

Brotkapseln, oval	1.28
Reibeisen	7 Pf.
Spirituskocher	26 Pf.

Holzwaren

Klammern, Schock	10 Pf.
Aermelbretter, überzogen	38 Pf.
Handtuchhalter, braun	28 Pf.
Garderobenhalter	20 Pf.

Bürstenwaren

Stielbesen	45 Pf.
Handfeger	22 Pf.
Scheuerbürsten	16 Pf.
Waschbretter mit starken Einlagen	39 Pf.

Nur 3 Tage!

Nie wiederkehrende günstige Kaufgelegenheit!

Ganz enorme Vorteile!

Donnerstag, 13., Freitag, 14. und Sonnabend den 15. Mai

Friedrichstädter Warenhaus

Wettinerstrasse 63, gegenüber der Hauptmarkthalle.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 107. | Dresden, Mittwoch den 12. Mai 1909. | 20. Jahrgang.

18. Generalversammlung der Bergarbeiter

Kr. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands hält am 17. Mai und die folgenden Tage seine 18. Generalversammlung in Eisenach ab.

Die vorgesehene Tagesordnung umfaßt außer der Berichterstattung über die verflossene Geschäftsperiode noch die Punkte: Möglichkeit der Tarifverträge im Bergbau und Stand der Berggesetzgebung in Deutschland.

Die Gesamtverwaltung des Verbandes unterbreitet der Generalversammlung eine große Anzahl Abänderungsanträge zum Statut. Dieselben decken sich zum Teil mit den aus den Mitgliedschaften gestellten Anträgen. Die Verwaltung hat sie jedoch zu einem geordneten Entwurf formuliert, durch welchen in präziser Form die Aufgaben des Verbandes klargelegt und die Ausschlußbestimmungen genau geregelt werden. Ferner wird eine neue Beitragsklasse von 50 Pf. vorgesehen, in die die Mitglieder freiwillig eintreten können und dementsprechend auch höhere Unterstützungssätze beziehen werden. Außerdem sollen neue Bestimmungen die Nutznießung des Rechtsschutzes regeln und Aenderungen, die sich auf das Kassenwesen beziehen, am Statut vorgenommen werden. Ueber diesen Entwurf soll das Vorstandsmitglied Husemann das einleitende Referat halten.

Der gedruckte Geschäftsbericht des Vorstandes umfaßt die Jahre 1907 und 1908. Aus demselben geht hervor, daß erst im 3. Quartal 1908 die allgemeine Krise auch im Bergbau etwas gespürt wurde, jedoch auch dann nur ganz unwesentlich, so daß die Gesamtzahl der Arbeiterschaft sich nicht verringerte. Vielmehr nahm im 4. Quartal deren Gesamtzahl sogar noch zu, obwohl in den größeren Revieren, im Ruhrbecken und Mitteldeutschland, Feierschichten eingelegt, Entlassungen vorgenommen und die Löhne gekürzt wurden. Die Sucht nach Lohnkürzungen war überhaupt sehr allgemein und äußerte sich auch in Bezirken — z. B. Oberschlesien — mit allerflottestem Geschäftsgang. Ein Vergleich der Löhne für Preußen ergibt für das Jahr 1908 einen erheblichen Rückgang. Im Dortmunder Oberbergamtsbezirk betrug derselbe gegen das Vorjahr 68 M., im Haller Salzbergbau 10 M., im Erzbergbau in Mansfeld 54 M., in Siegen 160 M. und im sonstigen rechtsrheinischen Erzbergbau 101 M. im Durchschnitt. In anderen Bezirken ist ein Lohnrückgang in ähnlicher Weise zu verzeichnen. Nirgendwo waren diese Lohnkürzungen in der Geschäftslage des Bergbaues begründet, denn dessen riesige Rentabilität hat sich auch im Jahre 1908 nur ganz unmerklich vermindert. Die Kohlenförderung entwickelte sich nach der statistischen Uebersicht des Berichts seit dem Jahre 1903 wie folgt:

Jahr	Förderung	Jahr	Förderung
1903	116 638 Mill. To.	1906	137 118 Mill. To.
1904	110 816 „ „	1907	144 186 „ „
1905	121 299 „ „	1908	148 621 „ „

Die Braunkohlenindustrie erlebte seit 1895 nur im Jahre 1902 einen Rückgang, um sich dann in aufsteigender Linie weiter zu bewegen. Es betrug hier die Förderung:

Jahr	Förderung	Jahr	Förderung
1903	45 819 Mill. To.	1906	56 420 Mill. To.
1904	48 685 „ „	1907	62 547 „ „
1905	52 512 „ „	1908	66 450 „ „

Die von den einzelnen Werken und Zechen erzielten Reingewinne werden ebenfalls eingehend durch Zahlen erläutert. In einer Tabelle werden z. B. die Reingewinne von 20 Aktiengesellschaften aus den Jahren 1907 und 1908 einander gegenübergestellt. Diese Gesellschaften erzielten 1907 einen Reingewinn von 68 Mill. 700 290 M., während ihnen 1908 ein solcher von 61 Mill. 782 780 Mark verblieb. Vier weiteren Gesellschaften, die 1907 eine Durchschnittsdividende von 25½ Prozent verteilten, verblieb 1908 eine solche in genau derselben Höhe. Bei einer ganzen Anzahl Gesellschaften sind aber die Gewinne auch im Jahre 1908 noch weiter gestiegen, so daß die Uebersicht klar und deutlich zeigt, daß die Krisis bei den Bergwerksbesitzern keinen großen Schaden angerichtet hat.

Der Bericht gibt ferner eine Schilderung von der Tätigkeit der Unternehmer-Organisationen im Bergbau, von dem Zechenterrorismus, wie er in der Anwendung der schwarzen Listen zum Ausdruck kommt. Die Werksbesitzer sprechen offen von ihren Freunden in den Ministerien, die mit ihnen konspirieren und geheim mit ihnen zusammenstehen. Und sie sprechen davon, wie das Herrenhaus das Herrenrecht schon noch zur Geltung bringen wird, und wie sie es anfangen wollen, das Gesetz, wenn es nicht ganz verhindert werden kann, doch so zu gestalten, daß es wirkungslos für den Lebensschutz der Bergarbeiter bleiben wird.

Der Bericht weist auf die ungeheure Steigerung der Unfälle im Bergbau hin. Danach sind vom Jahre 1886 bis einschließlich 1908 im deutschen Bergbau 1 220 551 Personen getötet oder verletzt worden; das sind pro Jahr durchschnittlich 55 480. Sofort getötet wurden in dieser Zeit 25 651 Personen oder pro Jahr 1162. Die Zahl der gesamten Unfälle ist 1908 gegen das Vorjahr gestiegen von 92 445 auf 103 582, mithin um 11 127 oder 12 Prozent. Die Zahl der tödlichen Unfälle stieg in der gleichen Zeit von 1748 auf 1869, also um 126 oder 7,2 Prozent. Mit Recht wird betont, daß diese entsetzlichen Zahlen auf erschreckende Zustände im Bergbau schließen lassen. Die Bergarbeiterzeitung hat mit zäher Ausdauer den Kampf gegen diese Mißstände geführt, sowie den Geheimbund der Terroristen enthüllt und unentwegt den Kampf um Reformen des Knappschaftswesens geführt und die schwarzen Pläne der Zechenbarone ans Licht gebracht. Daher der Haß der Grubenherren gegen die Bergarbeiterzeitung. Die Auflage derselben hat sich während der letzten sechs Jahre verdreifacht und beträgt zurzeit 120 000 Exemplare.

Lohnkämpfe größeren Umfangs sind in beiden Jahren nicht zu verzeichnen, ebenfalls keine nennenswerten Aussperrungen. Infolgedessen konnte der Verband der Agitation viel Zeit und Mittel widmen: es wurden insgesamt 4 100 450 Flugblätter verbreitet, 1003 Zahlstellen- und 1284 öffentliche Versammlungen abgehalten. Trotzdem war die Fluktuation im Verbande recht bedeutend. So wurden im Jahre 1907 reichlich 8300 Kollegen aufgenommen, der wirkliche Zuwachs betrug aber nur 1229 Mitglieder; dasselbe Bild zeigte sich 1908: die Zunahme betrug in diesem Jahre nur 1037 Personen. In Niederschlesien machte sich eine starke Abwendung bemerkbar, wodurch viele Mitglieder für den Verband verloren gingen. Andere kehrten demselben den Rücken, weil der Vorstand einem geplanten Streik in Waldenburg die Genehmigung versagen mußte, da die Organisation dort zu schwach war.

Die Einnahme des Verbandes betrug in beiden Jahren, abzüglich des Anfangsbestandes von 47 848,55 M., 4 127 007,58 M. Von den Hauptausgaben seien folgende genannt: Sterbegelder 140 070,— M., Gemaßregeltenunterstützung 55 595,88 M., Streikunterstützung 144 728,79 M., Streikunterstützung an andere Verbände 19 200,— M., Arbeitslosenunterstützung 28 706,19 M., Krankenunterstützung 490 872,45 M., Rechtsschutz, Sekretariate und Kartelle 133 711,58 M.

Bemerkt sei noch, daß der Bergarbeiterverband im Herbst d. J. sein 20jähriges Jubiläum feiern kann. Seit dem Jahre 1889, als die großen Streiks im Ruhrrevier, in Sachsen und Schlesien den Organisationsgedanken förderten, gab es kein Zurück mehr, und trotz aller Unterdrückungsversuche, aller Schikanen ist der Verband groß geworden; er zählte am Jahresschluß 1908 reichlich 112 000 Mitglieder und verfügte über ein Vermögen von zirka 3 Millionen Mark.

11. Generalversammlung der Lagerhalter.

k. Frankfurt a. M., 10. Mai.

Die Generalversammlung, von 59 Delegierten besucht, wurde am Sonntag eröffnet. Vom Vorstand sind zehn Kollegen anwesend, die Generalkommission vertritt Bauer-Berlin, der Transportarbeiterverband hat Panse-Berlin, der österreichische Transportarbeiterverband Menges-Wien und die Konsumvereinsangestellten Wiens Zlatnik-Wien delegiert. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat eine Einladung dankend abgelehnt. Bei den Begrüßungsansprachen gab Menges-Wien ein Bild der Arbeits- und Lohnverhältnisse in den österreichischen Konsumvereinen. In dem Wiener Konsumvereine betrage die Arbeitszeit 56 bis 59 Stunden wöchentlich und der Wochenlohn für die Lagerhalter 36 bis 46 Kronen, für die Verkäufer 26 bis 34 Kronen und für die Verkäuferinnen 16 bis 30 Kronen. Urlaub werde bei einem Urlaubszuschuß von einem Wochen- bis zu einem halben Monatsgehalt 8 bis 14 Tage gewährt. Der 1. Mai sei als Feiertag mit Fortbezahlung des Gehaltes vertraglich festgelegt. In der Provinz seien die Verhältnisse bedeutend ungünstiger und eine Arbeitszeit von 66 und mehr Stunden pro Woche häufig. Durch den Anschluß an den Transportarbeiterverband hätten die Lagerhalter gute Erfolge erzielt.

Verbandsvorsitzender Reinsdorf-Leipzig erstattete dann den Vorstandsbericht, der gedruckt vorliegt. Danach hat der Verband im Vorjahre eine Mitgliederzunahme um 187 erzielt und betrug die Mitgliederzahl Ende 1908 2140. Von den zirka 5000 in Deutschland beschäftigten Lagerhaltern sind nun ungefähr 45 Proz. dem Verband angeschlossen. Lohnkämpfe mit Streiks hatte der Verband naturgemäß nicht zu führen. Durch Tarifverhandlungen mit einzelnen Vereinen gelang es ihm aber in mehreren Orten für die Mitglieder Erfolge — teils Gehaltserhöhungen, teils Arbeitszeitverkürzungen — zu erzielen. — Eine nicht gerade erfreuliche Erscheinung ist, daß Verbandsmitglieder auch unter Maßregelung zu leiden hatten. Sechs Anträge auf Gewährung von Gemaßregeltenunterstützung und 43 Gesuche auf Gewährung von Rechtsschutz gingen im Vorjahre ein. Nach dem Kassenbericht beträgt das Gesamtvermögen des Verbandes 45 000 Mark. Nach Entgegennahme des Kassen-, Ausschuß-, Revisions- und Preßkommissionsberichts setzte eine längere Diskussion ein, in der die Maifeierfrage einen sehr breiten Raum einnahm. Mit der Tätigkeit des Vorstandes war man einverstanden.

Brauns-Radeberg kritisierte die Ausbeutung der Frauen und Kinder der Lagerhalter durch die Vereine und polemisierte gegen Ausführungen v. Elms auf Genossenschaftstagen, die die Gegner ausgenützt hätten. Eine ganze Reihe Redner bespricht das Verhältnis der Lagerhalter zur Maifeier und kritisiert dabei das Verhalten von Konsumvereinsverwaltungen, die den Lagerhaltern Schwierigkeiten machten, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. In Frankfurt a. M. haben die Lagerhalter freiwillig gearbeitet und wurde zur Begründung angeführt, infolge der Krisis sei keine Aussicht auf eine imposante Maifeier vorhanden gewesen und es würde am Sonnabend der größte Teil der Arbeiter Lohnzahlung haben.

Dem Vorstand wurde dann Decharge erteilt und ihm eine Gratifikation von 1500 M. gewährt.

Ueber den Punkt Stellungnahme zur Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine referierte Bammes-Leipzig, der den von der letzten Generalversammlung abgelehnten Dienstvertrages besprach. Die ersten Paragraphen des Dienstvertrages würden nur Vorteile für die Lagerhalter bringen, anders der § 8. Nach diesem Paragraphen wird dem Lagerhalter ein Manko oder Ueberschuß bis zu ¼ Proz. des abgelieferten Warenerlöses gutgeschrieben oder er damit belastet. Ein etwaiges über ¼ Proz. des abgelieferten Warenerlöses hinausgehendes weiteres Manko hat der Lagerhalter zu ersetzen und auf einen über ½ Proz. hinausgehenden Ueberschuß keinen Anspruch. Damit sind die Lagerhalter nicht einverstanden, sie verlangen, daß der gesamte Ueberschuß und das gesamte Defizit, oder mindestens ½ Proz. des Erlöses, auf das nächste Geschäftsjahr übertragen werden. Auch der Referent wendete sich gegen diese Bestimmung, er bat aber, aus Rücksicht auf die Vorteile, die der Vertrag für viele Kollegen bringe, ihn anzunehmen.

Die Debatte über diesen Punkt ist sehr lebhaft und wurde am ersten Verhandlungstage nicht zu Ende geführt. Einzelne Redner sprechen für Aufhebung des Beschlusses der letzten Generalversammlung und für Annahme des Dienstvertrages, andere halten an dem früheren Standpunkt, der § 8 sei unannehmbar, fest. Ein eingereichter Vermittlungsantrag Frankfurt a. M. will dem Dienstvertrag einen neuen Paragraphen anfügen, daß bestehende bessere Verträge durch den vorliegenden Vertrag nicht beseitigt werden dürfen.

Die Verhandlungen werden auf Dienstag vertagt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Zentralverband der Maurer

hat ein schweres Jahr hinter sich. Die Baukonjunktur hatte einen ganz ungewöhnlichen Tiefstand. Seit länger als einem Jahrzehnt hatten die Maurer nicht unter einer so großen und andauernden Arbeitslosigkeit zu leiden wie im Jahre 1908, die noch wesentlich durch einen frühzeitigen und harten Winter verschärft wurde. Am Ende des ersten Halbjahres waren in den Städten von 10 000 Einwohnern aufwärts rund 26 000 Maurer weniger beschäftigt als im Jahre 1905 (für 1906 und 1907 fehlen vergleichende Zahlen). Unter solchen Verhältnissen wird der Mitgliederstand einer Gewerkschaftsorganisation immer leiden. Kein Wunder daher, daß der Verband einen Mitgliederrückgang von rund 17 000 im Jahre 1908 zu beklagen hatte. Im zweiten Quartal 1907 hatte der Verband die Mitgliederzahl von 200 000 bereits überschritten. Der Mitgliederrückgang erstreckt sich über fast alle Gaue des Verbandes, nur Görlitz, Lübeck, Magdeburg und Nürnberg machen eine Ausnahme, die zusammen nicht ganz 600 Mitglieder zugenommen haben.

Prozentual am stärksten haben gelitten: Oberschlesien mit 24 Proz. Verlust im Jahresdurchschnitt, Köln 20,9 Proz., Stuttgart 20,6 Proz., Dortmund 20,2 Proz., Mannheim 18,3 Proz., Frankfurt 15,2 Proz., Berlin 14,8 Proz., Breslau 12,5 Proz., Erfurt 9,8 Proz., Hamburg 8,1 Proz., Danzig 6,8 Proz., Bremen 6,1 Proz. Die übrigen Gaue haben unter 5 Proz. Verlust, wovon Leipzig an niedrigster Stelle mit 2,2 Proz. steht. Dem Mitgliederverlust und der großen Arbeitslosigkeit entsprechend, mußten natürlich auch die Einnahmen der Verbandskasse geringere werden. Die Einnahmen aus den Beiträgen fielen von rund 3,87 Millionen Mark im Jahre 1907 auf rund 3,48 Millionen Mark im Jahre 1908; die Mindereinnahme beträgt 11,5 Proz. Dagegen sind die Ausgaben von rund 3,79 Millionen Mark im Jahre 1907 auf 2,60 Millionen Mark im Jahre 1908 gefallen. Daraus ergibt sich ein Ueberschuß von 1,06 Millionen Mark, und da das Gesamtvermögen des Verbandes 5,55 Millionen Mark beträgt, so ist die Finanzlage im Gegensatz zum Mitgliederstand als eine befriedigende zu bezeichnen.

Wenn trotz der Krise der Verband durch Tarifabschlüsse und Lohnbewegungen beachtenswerte Arbeitsverbesserungen für seine Mitglieder erreichen konnte, so ist das gewiß als ein gutes Zeichen innerer Festigkeit anzusehen. 204 Tarifverträge, die 301 Lohngebiete mit 3320 Orten und 72 900 Maurern umfaßten, kamen zum Abschluß. Die Gesamtbewegung erstreckte sich auf 587 Lohngebiete mit 7542 Orten, die 9146 Unternehmer und 95 029 Arbeiter betrafen. Außer Arbeitszeitverkürzungen und neben der Abwehr von Lohnreduktionen wurde für 48 798 Maurer eine Stundenlohnerhöhung von durchschnittlich 2,35 Pf. erreicht. Die Unkosten hierfür betrugen rund 397 000 M.

Durch die bürgerliche Presse läuft bereits eine Notiz, die sich mit dem Jahresabschlusse des Maurerverbandes beschäftigt. Unter Verschweigung der doch recht erklärlichen Ursachen für den Mitgliederrückgang trägt die geistreiche Ueberschrift: „Rückläufige Gewerkschaftsbewegung.“ Es soll damit wieder einmal die Meinung erweckt werden, als ob die Gewerkschaftsbewegung zurückgeht. Ebenso geistreich ist der Schlußsatz in der genannten Notiz, der mit Bezug auf die minimale Stundenlohnerhöhung sagt: „Die Verelendungstheorie ist also wieder einmal ad absurdum geführt worden.“ Uns will es scheinen, daß der Skribifax, der diese alberne Notiz verbrach, himmelhoch jauchzen würde, wenn die von den Unternehmern und ihren Söldlingen protegierten Gewerkschaften eine solche Mitgliederzahl aufzuweisen hätten, die der Maurerverband unter den erklärlichen Gründen verlor.

Lokales.

Achtung, Schneider!

Vom Arbeitgeberverband wird den Kollegen ein Arbeitsvertrag zur Unterschrift vorgelegt, der im Widerspruch zu dem zwischen den beiderseitigen Organisationen Vereinbarten steht und entschieden zurückgewiesen werden muß. Wir fordern die Kollegen auf, überall die Unterschrift zu verweigern und gegebene Unterschriften sofort zurückzuziehen. Am Montag den 17. Mai wird eine Mitgliederversammlung zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

Die Ortsverwaltung.

Ausland.

Achtung, Maurer!

In den Streik getreten ist gestern eine Anzahl Maurer des Bauunternehmers Hinke in Weigsdorf bei Bautzen. Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Töpfer!

In dem Ofensetzgeschäft von Raßfeld in Zittau sind wegen nicht menschenwürdiger Behandlung der dort Beschäftigten Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Aussperrung der Leipziger Holzarbeiter beendet.

Von den wegen der Maifeier ausgesperrten Holzarbeitern haben gestern die letzten noch außenstehenden die Arbeit wieder aufnehmen können. Die mit so großem Tamtam ins Werk gesetzte Aktion der Unternehmer wäre also sang- und klanglos beendet.

Bauarbeiterstreik in Rathenow.

Wegen Verweigerung einer Lohnforderung legten hier die Bauhilfsarbeiter auf sämtlichen Bauten die Arbeit nieder. In Frage kommen zirka 120 Arbeiter, die fast sämtlich dem Zentralverbande der Bauhilfsarbeiter angehören. Drei Unternehmer mit etwa 30 Beschäftigten haben die Forderung inzwischen bewilligt. Die Organisationsleitung bemühte sich seit Wochen vergeblich um eine Verständigung, bis den Arbeitern die Geduld ausging. Durch den Streik sind auch zirka 120 Maurer in Mitleidenschaft gezogen.

Die Straßenreiniger in Hamburg

haben in einer zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, in den Ausstand zu treten, wenn die Behörde auf Ablehnung der geforderten Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse beharrt.

Die Dachdecker

haben in Posen nach vierwöchigem Kampfe einen Tarif abgeschlossen, der eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde enthielt. Das gleiche geschah in Sonderberg. Differenzen bestehen zurzeit in Crefeld, Hagen, Zerbst und Delitzsch.

100 Arbeiter der Firma Bahnke in Mainz,

die die Festungswälle niederlegen, traten wegen Nichtanerkennung des Tarifs in Streik.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Schuhmacher in Werdau hatten der Schuhmacherinnung einen neuen Lohntarif eingereicht. Die Innung hat den neuen Lohntarif angenommen. Dieser tritt am 15. Mai in Kraft und ist auf zwei Jahre gültig. — Als Agitationsnummer, den Unorganisierten gewidmet, erscheint die neueste Nummer des Grundsteins, Organ des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. — Auf dem Rittergut Zschepen bei Delitzsch (Prov. Sachsen) verweigerten die angekommenen ausländischen Saisonarbeiter wegen Lohndifferenzen die Arbeit. — In der Schmöllner Holzschuh- und Pantoffelfabrik sind etwa 50 Mann, weil eine geforderte Lohnerhöhung nicht gewährt wurde, in den Ausstand getreten. — Die Aussperrung der Maler in Neustadt im Schwarzwald ist durch Abschluß eines Tarifvertrags erfolgreich für die dortigen Gehilfen beendet worden. Gesperrt bleiben nur die Werkstellen von Kaltenbach und Schreiner Schleich. — Der Streik der Maler in Villingen dauert unverändert weiter.

Ausland.

Achtung, Kürschner!

Ueber die Firma Davids u. Co. in Rotterdam (Holland) ist die Sperre verhängt. Es sind Differenzen ausgebrochen, weil die Kollegen sich weigerten, den „großen Nationalfeiertag“ bei der Geburt der Prinzessin auf eigene Kosten zu feiern. Auch hat die Firma bisher 8,50 M. pro Woche vom Lohne innebehalten, die zu Weihnachten als „Geschenk“ zurückgegeben wurden, wenn der Kollege dort noch in Stellung war. Andernfalls ging er seines verdienten Lohnes verlustig. Auch dieser Zustand soll mit beseitigt werden.

Also Vorsicht bei Engagements nach dem Ausland!

Versammlungen.

Berichtigung. Im Generalbericht des 6. Kreises, 2. Bezirk, muß es statt „Freidenkerbund“ heißen: „Zentralverband deutscher Freidenkervereine“.

Victoria-Salon.

Die Detektiv-Komödie „Sherlock Holmes“ von Ferd. Bonn.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf im Vestibül.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vielen Kranken Gesundung

durch Trinkkuren im Hause mit Lamscheider Stahlbrunnen, der von Geh. Medizinalrat Professor Dr. Liebreich als **ein Heilschatz ersten Ranges** bezeichnet worden ist.

Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Meine Tochter, jetzt 17 Jahre alt, litt schon seit ihrer frühesten Jugend an Blutarmut, Appetitlosigkeit, Müdigkeit und Entkräftigung. Alle Mittel und Kuren, die ich angewandt, blieben erfolglos. Da griff ich zu dem mir empfohlenen Lamscheider Stahlbrunnen, und schon nach Gebrauch von 15 Flaschen hatte meine Tochter ihre völlige Gesundheit wiedererlangt." — „Die bestellte Sendung Lamscheider Stahlbrunnen habe ich im Frühjahr erhalten und kann Ihnen nur mitteilen, daß dasselbe wie ein Wunder auf meine langjährigen Magenschmerzen, welche mich oftmals bis zur Verzweiflung getrieben haben, eingewirkt hat." — „Mein Sohn litt seit Monaten an Schwäche, allgemeiner Körperabnahme und Blutarmut. Kein Mittel wollte helfen und wir befürchteten das Schlimmste. Wir lasen in einer Zeitung von dem alten berühmten Heilquell, und schon nach vierwöchentlicher Kur fühlte mein Sohn sich wieder ganz wohl und gesund." — „Bin mit dem Lamscheider Stahlbrunnen ausgezeichnet zufrieden, vorgenommene Badereise kann unterbleiben, da Nervosität, Appetitlosigkeit und Schwäche verschwunden sind."

Warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Mehrung der Blutmenge und Besserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten wie Influenza usw. — **Broschüren kostenlos** durch Lamscheider Stahlbrunnen, Düsseldorf O 131.

E. PASCHKY.

Unser Dampfer „Frigg"

hat soeben in hochfeiner Qualität angebracht u. a.

Schellfisch, ff. gross, von 1 bis 2 Pfund das Stück . . . **Pfd. 22 Pf.**
Schellfisch, ff. gross, nur Fleisch, keine Köpfe, in Filchen . . . **Pfd. 20 Pf.**
Seelachs, ohne Köpfe, nur Fleisch, in Filchen . . .
Kabljau, ohne Köpfe, nur Fleisch, in Filchen . . . **Pfd. 16 Pf.**
Kabljau, „Helgol." Ersatz für teuren Schellfisch . . . **Pfd. 20 Pf.**

Ausführliche Rezepte gratis.

Von neuen Ladungen wieder eingetroffen:

Hochf. Bratheringe, 2 Stück 15 Pf.

$^1/_1$ Dose etwa 40 bis 45 Stück, $^1/_2$ Dose 20 bis 22 Stück

Im ausw.: 100/1 Dos. a **185** Pf. | 100/2 Dos. a **105** Pf.
25/1 Dos. a **200** Pf. | 25/2 Dos. a **110** Pf.
10/1 Dos. a **205** Pf. | 10/2 Dos. a **115** Pf.
5/1 Dos. a **215** Pf. | 5/2 Dos. a **120** Pf.

Versand prompt gegen Nachnahme.

Männer- und Frauenleiden

Harnröhrenausflüsse, Hals-, Mund- und Drüsenentzündung, Gesichts- und Hautausschlag, nässende und Schuppenflechte durch das Naturheilverfahren!

Viele Schwerkranke, die schon Jahre daran litten, fanden ohne Berufsstörung ihre volle Gesundheit wieder.

Frd. Heimberg, Dresden-N., Bautzner Straße 32, II.

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Nach amtlichen Feststellungen. (Es verstehen sich: der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.)

Nähere Bezeichnung	Preis für ½ Kilogramm 9. Mai 1909	Ende April 1909	Ende April 1908
	Pf.	Pf.	Pf.
Rindfleisch			
Brust	60—120	60—120	60—120
Bauch	50—80	50—80	60—80
Bratenfleisch, Keule	70—120	80—120	80—120
Schoß	80—160	80—160	80—160
Lende, unausgeschält	80—120	80—140	80—140
Lende, ausgeschält	110—250	110—250	110—250
Kalbfleisch			
Schnitzelfleisch	120—200	120—200	120—200
Keule	70—120	80—120	75—120
Uebrige Teile	60—120	70—130	70—120
Hammelfleisch			
Keule	75—120	75—120	75—120
Kotelette	75—120	75—120	75—120
Kochfleisch	60—100	60—100	68—100
Schweinefleisch			
Keule	70—100	70—100	65—100
Karree	80—120	85—120	80—120
Bauch	60—85	65—90	55—80
Knöchel	30—70	30—70	30—70
Rauchfleisch	80—130	80—130	80—140
Schinken im ganzen Stück	100—150	100—150	90—150
Schinken im Aufschnitt	160—240	160—240	160—240
Speck, geräuchert	70—100	70—100	70—100
Speck, roh	65—90	65—90	65—90
Schweineschmalz	90—100	90—100	90—100
Rinderschmalz	60—80	60—80	60—80
Blutwurst	50—140	50—140	50—140
Leberwurst	60—140	60—140	60—140
Servelatwurst	120—200	120—200	120—200

Anzüge 30, 38 und 48 Mark

nach **Maass** Gehrock-Anzüge 40 M. Paletots von 25 M. an

fertige ich **aus prima modernen Maasstoff-Restern** unter **Garantie des guten Sitzens** mit **guten Zutaten** in **sauberer Verarbeitung.** Kein Zwang zur Abnahme bei nicht passendem Sitz. Halte auch **grosses Lager** in **fertigen Herren-Anzügen, Paletots und Joppen** eigener Anfertigung zu konkurrenzlosen Preisen. Zuschneider mit Proben sende ich auf Wunsch ins Haus.

Emil Hohlfeld, Ritterstrasse 2 und 4.

Löbtauer Möbelhaus, Reisewitzer-straße 17

billigster Einkauf von soliden **Tischler-** und **Polstermöbeln. Aufpolstern** von **Sofas** und **Matratzen** billigst.

Bei Blasen- und Harnröhren-Leiden

bei Vorsteherdrüsen, Nieren-, Hodenerkrankungen schaffen die hier eingeführten Unterleibs- u. Sitzdampfbäder meist augenblickliche Heilerfolge, oft sogar außerordentliche Linderung. Das Naturheilverfahren heilt ohne die schmerzhaften Einspritzungen m. Höllenstein usw., unterdrückt nie Krankheiten, verhütet chronisches Siechtum, verhütet 90 Proz. operative Eingriffe. Sofortige Linderung und baldige Heilung wurden u. a. ermöglicht bei Hals-, Rachen-, Mund- u. Drüsenentzündung, bei Gesichts- und Hautkrankheiten (Flechten), vor allen bei schweren Frauenleiden. Mäßige Preise, je nach Mühe und Zeitaufwand. Auskunft und Prospekte gratis.

Station für Naturheilkunde

Inh. **Franz Müller**

Dresden-A., Blasewitzerstraße 30, I., Straßenbahnhaltestelle

Dankschreiben von Geheilten liegen bei mir zur Durchsicht.

Grösstes Spezial-Geschäft in **Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe**

Neuheiten in einfacher und besserer Ausführung

Grösste Auswahl!

Billigste Preise!

Robert Walter

MÜGELN Bismarckstr. 7

Bismarckstr. 7

Sämtliche Arbeiter-Garderobe zu billigsten Preisen

Trikotagen, Wäsche, Sportsachen usw.

Konfirmanden-Anzüge | Konfirmandinnen-Sakkos

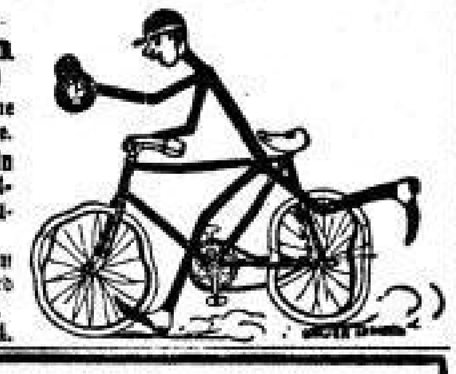
Es wird die höchste Zeit

daß ich mir bei **Otto Miersch** Dr.-Löbtau, Kesselsdorfer Str. 10 ein neues Rad aussuche u. meine alte Karre mit in Zahlung gebe.

Miersch hat grosses Lager in Allright-, Panzer-, Kosmopolit-Fahrrädern und sämtlichen Zubehörteilen.

Mit Reparat. an Fahrrädern und Motor-Fahrzeugen wird man dort am besten bedient.

Gegr. 1898. Fernspr. 2624.



Verlag Kaden & Comp.
Dresden, Zwingerstrasse 22

Arbeiterführer

für

Dresden und Ost-Sachsen

Preis 30 Pfennig

Musik-Instrumente aller Art kauft, tauscht und repariert nur Ziegelstraße 13 Otto Friebel Eckhaus Steinstraße.

Für Wiederverkäufer **Pfingst-Karten** empfiehlt in Massenauswahl **Karten-Zentrale, Pillnitzerstr. 6,** früher 12.

Ein Posten **eingebeizte Schränke mit Stange** billig zu verk. **Kronprinzenstraße 23, part.** bei **Liebig.**

FÜR ALLE ARBEITER. Reparaturanstalt von Uhren u. Schmucksachen ALFRED MÜLLER. Rosenstrasse 40

Vermisst

wird nie der Erfolg beim Gebrauch von **Steckenpferd-Teerschwefel-Seife** v. Bergmann & Co., Radebeul mit Schutzmarke: Steckenpferd.

Es ist die beste Seife gegen alle Arten Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Flechten, Blütchen, Röte des Gesichts ꝛc. a Stück 50 Pfennig in Dresden bei:

Bergmann & Co., König-Johann-Str.
Hermann Roch, Altmarkt 5.
Weigel & Zech, Marienstr. 12.
Otto Friedrich, Grenadierstraße 2.
Joh. Köhler, Oppellstraße 33.
In Pieschen: **Ernst Dressler.**

MARKE KLUGER VOGEL

Die Beschwerden des Frühlings

die sich mit dem Ende des Winters einstellen, weil das Blut träger fließt und die Ansammlung von Krankheitsstoffen begünstigt, die Neigung zu Influenza und Katarrhen infolge der Witterung

vertreibt die Blutreinigungskur mit Klepperbeins Wachholdersaft.

Der Körper wird von den unreinen Säften befreit, der Organismus gekräftigt, der Appetit angeregt, und es stellt sich ein gesteigertes Wohlbefinden ein. Achten Sie auf die Marke **„Kluger Vogel"** die allein die Reinheit und Wirksamkeit von Klepperbeins Wachholdersaft verbürgt.

C. G. Klepperbein

Tel. 48. Frauenstraße 9.

Muster-Anzüge

Sommer-Ueberzieher

Ersatz für Maßarbeit, nur Neuheiten

12.50—48.00 M.

Landhausstr. 10, I.

Mutterspritzen

mit 2 Kanülen von 2.— M. an, Spülkannen, Leibbinden, Menstruationspulver, Vorfallbinden u. hygien. **Frauen-Artikel**

Preisliste gratis. 10 Proz. Rabatt.

Frau Heusinger

37 Am See 37

Ecke Dippoldiswaldaer Platz.

Man achte auf die Firma.

Gebr. Eichhorn
Trompeterstr. 17
Enorm billig:
Kinderwagen u. Sportwagen.
Riesenauswahl! Katal. grat.

Schöner Kinderwagen f. 10 M. zu verkaufen. Teststraße 15., am Strehl. Bahnhof.

Hutblumen

und Ranken von 30 Pf. bis 4 M. **Kleine Brüdergasse 8, 1.**

Mod. gebr. Kinder- u. Sportwagen, Puppenwagen, Kinderklappstühlchen, verstellb. Zeitungswagen verk. spottbillig Reinhardtstr. 3, 1.

Fahrräder

neu, mit 1 Jahr Gar., 48, 55, 65, 75—105 M.
Damenräder, 60, 75—150 M.
Gebr. Räder, 15, 20—75 M.
Mäntel, neu, **1.85, 2.25,** 2.50, 2.70, 3.—, 3.75, 4.50—11 M.
Gebirgsreifen, 4.50, 5.50, 6.50 bis 11 M.
Schläuche, neu, 1.90, 2.50, 3.00 bis 5.— M.
Oellaternen, 0.45, 0.95—6.50 M.
Acetylenlat., 1.25, 2—9.50 M.
Pedale, Paar 1.50, 1.75—6.50 M.
Luftpumpen, 0.35, 0.65—1.75 M.
Fußpumpen, 0.90, 1—3.75 M.
Gamaschen, 0.45, 0.60, 1—8 M.
Gepäckträger, 0.35, 0.85-3.25 M.
Rucksäcke, 0.50, 0.75, 1—5 M.
Wettermäntel, 3.85—12 M.
Netze f. Damenräder, 0.45-3.50 M.
Lenkstangen von **2.25**—5 M.
Glocken, 0.15, 0.30, 0.50—1.50 M.
Kotschützer, Paar 0.85, 1 u. 1.25 M.
Fahrradständer, 0.45 M.
Karbid, kg 35 u. 40 Pf.
Freil.-Hinterrad, 10, 12 u. 16 M. verkauft

Stirl, Wettinerstraße 4, Ziegelstraße 10.

Münchner Eberl-Bräu Halbliter und Groschen 10 Flaschen Prämien-Bons überall erhältlich.

Kinderwagen, Räder

u. Wringmaschinen m. schnell u. billigst mit Gummi bezogen. Krauses Fahrradh., Löbtauerstr. 18

Billigste Kaufgelegenheit in g. herrsch., getr., wie a. neuen H.- und D.-Kleidern, Schuhen, Federbetten, Kindersachen u., a. i. Verleihen **10 Gr. Brüdergasse 10, 2**

Mod. Plüschsofa, Bettst. u. Matr., solid gearb., bill. z. verk. (a Teilz.), Schäferstr. 22, Tapezierer.

Radeberg u. U.
Kaufen Sie Ihre
Herren-, Damen- und Kindergarderobe
bei **S. Mannass**
Dresdner Strasse 3.

Farben Lacke Pinsel

empfiehlt

Ernst Dreßler, Leipziger Straße 102.

Max Canitz:

Die Frauen-Krankheiten

ihre Ursachen, Verhütung, Behandlung u. Heilung nach den Grundsätzen der Naturheilmethode.

Illustriert Preis 3 Mark.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Dresden, Zwingerstrasse 21.

Getrag. herrsch. Kleider, Wäsche, kauft **Schubert, Mathildenstr. 21.**

Kinderwagen, Sportwagen billig z. verk. Pfarrgasse 8, pt.

Neue und getr. Anzüge, Gebrauchte Anzüge, Schuhe verkauft **Gobler,** Schneidermeister, **Dresd. A. L.**

H.-Rad wie neu, f. 28 M. zu verk. Oppellstraße 19, 1. lks.

Mineralwasser-Fabrik verhältnissehalber spottbillig zu verkaufen oder zu verpachten. Offert. unt. **D. V. 115** an d. Exped. d. Bl.

Schöne sonnige Wohnung per 1. Juli zu vermieten **Ottendorf-Okrilla,** Feldstraße 12.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/10
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der Regierung von Knolle zu Knolle über, und die Seuche ist um so hartnäckiger, als erkrankte Knollen bei der Aussaat wiederum kranke Pflanzen erzeugen. Die Behandlung mit Hitze ist leider ausgeschlossen, da die Kartoffel dabei selbst früher zugrunde geht als der Pilz. Es bleibt infolgedessen kaum etwas anderes übrig, als die erkrankten Knollen möglichst sorgfältig auszulesen und sämtlich zu vernichten.

Unser Deutsch Sprechecke des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins. Notiz. Ob wir dieses schöne Fremdwort jemals loswerden? Gesprochen — wenigstens in Gedanken, wenn man es liest — wird es wohl gar meist „nohtis"; im mündlichen Verkehr aber kommt es kaum vor. Aber auf tausend und tausend Merkbüchelchen — oder meinetwegen Notizbüchelchen — kann man dieses Wort noch lesen! Muß das denn sein in deutschen Landen? Man stelle sich doch einmal vor, Frankreich werde mit kleinen Heftchen überschwemmt, auf denen „Bemerkungen" o. ä. stünde! Der Fall ist unmöglich, denn kein Franzose würde eins kaufen. Aber in Deutschland — andere Länder, andere Sitten, bei uns ist Fremdes hochgelitten! Wann werden sich unsere Merkbuch-Verfertiger denn diesen altfränkischen Zopf einmal abschneiden? Muß überhaupt immer etwas auf solchen Heftchen stehen, damit der Dumme nur ja nicht glaubt, es sei ein Haushaltbuch oder dgl.? Wenn aber, dann schreibe man ähnlich „Notizen" darauf, wie es ja von einigen auch schon geschieht, oder auch Notizbuch, Merkbuch, Schreibebuch, Taschenbuch, Bemerkungen u. ä. Die Büchlein mit dem Ausdruck „Notiz" machen uns lächerlich vor der ganzen Welt.

Kleine Mitteilungen Der Tod hält in den Kreisen der Simplizissimus-Leute reiche Ernte. Dem Verleger A. Langen, der im Alter von 39 Jahren vor etwa zwei Wochen dahinging, folgte gestern der Zeichner Ferdinand v. Reznicek. Er trug viel zur Gründung des Simplizissimus bei für den erotischen und halbweltlichen Witz. Er traf die Typen der eleganten Jugend mit eleganter Hand.

Zum Jubiläum der Universität Leipzig stifteten folgende Leipziger Verlagsbuchhändler ihre Verlagswerke für die Bibliothek und die Institute, außerdem Dr. Hans Meyer (Bibliographisches Institut) 10 000 M. zur Förderung geographischen Unterrichts. Ferner Professor Hilprecht von der Pennsylvania-Universität, der zuletzt in Leipzig promovierte, 5000 M. für die assyriologische Abteilung des Semitischen Instituts. Die Stadt Chemnitz stiftete jährlich 1000 M. als Stipendium für zwei bedürftige Studierende aus Chemnitz und der „Leipziger Herrenabend" (ein Klub) [illegible] Leipzigs für die Wandelhalle, ausgeführt von Loffler.

Aus London wird berichtet: Der Verkauf des berühmten Holbein-Porträts der Herzogin Christine von Mailand, das früher eine der schönsten Perlen der Londoner National-Galerie war, hat in englischen Kunstkreisen die größte Erregung hervorgerufen. Der Besitzer des Bildes, der Herzog von Norfolk, der das kostbare Meisterwerk der Nationalgalerie leihweise überlassen hatte, hatte mehrfach Kaufanträge von privater Seite erhalten. Als er im April von den Londoner Kunsthändlern Colnaghi ein Angebot von 1 520 000 M. erhielt, nahm er schließlich an. Der Herzog stellte dabei die Bedingung, der Nationalgalerie zunächst das Werk zu gleichem Preise zum Kaufe zur Verfügung stellen zu dürfen. Vom 22. April wurde das Bild bis zum 7. Mai der Galerie vorbehalten. In der kurzen Zeit aber konnte die Museumsverwaltung die nötigen Schritte nicht tun und so ging das Werk in den Besitz der Kunsthändler über. Die nationale Erregung über den drohenden Verlust hat die Herren Colnaghi jetzt veranlaßt, dem Lande eine Art Vorkaufsrecht einzuräumen. Sie sind bereit, der Nation das Bild aus „patriotischen Rücksichten" für 1 400 000 M., also mit einem Gewinn von über 100 000 M. zu überlassen. Die Regierung hat 200 000 M. zur Verfügung gestellt; die fehlenden 1 200 000 M. sollen jetzt durch öffentliche Sammlung aufgebracht werden.

Aus London wird berichtet: Durch eine neue Erfindung wird die Murraysche Telegraphenmaschine, die mit einer Leistung von 120 Worten in der Minute als eine der schnellsten gilt, in den Schatten gestellt. Der Ingenieur Delany hat eine Maschine konstruiert, die „Telepost", die nicht weniger als 1000 Worte in der Minute, also 60 000 Worte in der Stunde weiterzugeben vermag. Der Apparat ist in Amerika bereits praktischen Versuchen unterzogen worden, die seine Leistungsfähigkeit bestätigt haben. Die zu übermittelnden Worte werden bei dem Verfahren zunächst Buchstabe um Buchstabe auf einem laufenden Papierstreifen registriert, der in gleichen Abständen perforiert ist. Der Streifen läuft dann durch die Maschine und kann bei größerer Geschwindigkeit in wenigen Sekunden seine Meldungen weitergeben. Dabei ist das System verhältnismäßig so billig, daß man für rund 1 M. etwa 40 Worte auf beliebige Entfernungen telegraphieren kann. Für die Handelswelt eröffnet sich damit die Möglichkeit, den Briefverkehr durch Telegramme zu ersetzen. Die neuen Maschinen werden jetzt in London eingeführt und Fachleute sind der Ansicht, daß sie in kurzer Zeit im Geschäftsleben den Briefverkehr in großem Maße verdrängen werden.

Die Illustrierte Zeitung erscheint in ihrer letzten Nummer im Festkleid. Anlaß dazu ist die Feier des 75jährigen Bestehens, die der Verlag dieser berühmten Zeitschrift J. J. Weber in Leipzig am 8. Mai begehen konnte. Was dieser Verlag seit seiner Begründung im Jahre 1834 bis auf den heutigen Tag leistete, wird in der Festnummer der Illustrierten Zeitung geschildert.

In einem ungarischen Blatte, dem Magyar Nemzet (Ungarische Nation) lesen wir folgendes Geschichtchen: Ein junger Feldarbeiter aus Stropko (Nordungarn) befand sich weit von seiner Heimat, in Kaposvar, in Arbeit. Da er vor einer Aushebungskommission erscheinen mußte, hatte er seine Zeugnisse nach Kaposvar mitgenommen. Alles war in guter Ordnung. Als die Kommission in Kaposvar die Identität des zu musternden jungen Mannes feststellen wollte, nahm sie Einsicht in das von seiner Behörde ausgestellte Identitätszeugnis. In der Rubrik: „Besonderes Kennzeichen" stand folgende Bemerkung: „Auf dem rechten Arme das amtliche Siegel!" ... Und in der Tat, als sich der Bursche entkleidete, war an seinem rechten Arm zu lesen: „Königl. Ung. Stuhlrichteramt zu Stropko."

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 13. Mai. Opernhaus (Altstadt): Der Evangelimann. Musikalisches Schauspiel in drei Aufzügen von Kienzl. Anfang 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): Robert und Bertram. Posse in vier Abteilungen von Raeder. Anfang 7 Uhr. — Residenztheater. Gastspiel des Berliner Kleinen Theaters. Moral. Komödie in drei Akten von Ludwig Thoma. Anfang 7½ Uhr. — Zentraltheater. Ensemble-Gastspiel des Berliner [illegible]-Theaters. Gebrochen. Familiendrama in drei Aufzügen von [illegible]. Anfang 8 Uhr.

Die Hofschauspielerin Pauline Ulrich begeht am 20. Mai ihr 50jähriges Künstlerjubiläum. Das Hoftheater wird diesen Tag durch eine Vorfeier am 19. Mai in Gestalt eines Festaktes im Schauspielhause auszeichnen. Am 20. Mai wird als Festvorstellung Ein Glas Wasser mit Pauline Ulrich als Herzogin von Marlborough gegeben.

Die Dresdner Zensurbehörde hat ihre Bedenken gegen das Drama Das zweite Gebot von Hermann Brandes fallen lassen und das Stück freigegeben. Die Aufführung findet aber trotzdem nur vor einem geladenen Kreise statt.

Im Residenztheater neigt das Gastspiel des Berliner Kleinen Theaters seinem Ende entgegen, so daß nur noch einige Vorstellungen der erfolgreichen Komödie Moral von Ludwig Thoma stattfinden können. Am Sonntag verabschiedet sich das Kleine Theater von Dresden. Die angekündigte Aufführung von Heijermans Schauspiel Ghetto muß für diesmal unterbleiben, wegen des anhaltend starken Zuspruchs von Moral.

Bildende Künste. Die Große Aquarellausstellung Dresden 1909 wird nächsten Sonnabend den 15. Mai, vormittags 11 Uhr, mit einer Ansprache des Vorsitzenden der Ausstellungsleitung, Wirkl. Geh. Rat D. Graf Vitzthum v. Eckstädt, eröffnet. Die Ausstellung ist eine Veranstaltung des Sächsischen Kunstvereins. Für Nichtmitglieder beträgt das Eintrittsgeld für einmaligen Besuch 1 M. Die Ausstellung ist täglich von 9 (Sonntags 11) bis 6 Uhr geöffnet. Am Eröffnungstag erfolgt der Einlaß von 12 Uhr ab.

Arbeiterbibliotheken.

Bibliothek der Bezirke Pieschen und Trachenberge des Sozialdemokratischen Vereins für den 4. Wahlkreis. Ausgabestellen: Pieschen: Restaurant zur Börse, Leipziger Straße. Sonnabends von 7½ bis 9 Uhr abends. Trachenberge: Restaurant [illegible], Freitags von 9 bis 10½ Uhr abends. Vorhanden sind 1060 Bände. Jugendschriften sind besonders reichhaltig vertreten. Leihgebühr wird nicht erhoben. Katalog 10 Pf.

Bibliothek der Gruppe Döhlen des Soz. Vereins für den 6. Wahlkreis [illegible]. Ist im [illegible] Restaurant, hinteres Zimmer. Bücherausgabe erfolgt Sonnabends von 8 bis 10 Uhr abends unentgeltlich gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Gegenwärtig 400 Bände: Partei-, Gewerkschafts-, belehrende und unterhaltende Literatur. Neue Zeit und Junge Garde liegen dort aus.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Sonntag den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses unser

Stiftungsfest

statt, bestehend in musikalischen und Gesangsdarbietungen, Rezitationen und Tänzen. Mitwirkende: Herr Eugen Ebert (am Flügel), Arbeiter-Gesangverein Vulkan, Dr. Diederich [illegible], Luitpold Stern (Ansprache).

Arbeiterjugend! Es wird hier der Versuch unternommen, auf besondere, eigene Art eine solche Veranstaltung auszufüllen, und einige genußreiche Stunden zu bereiten. Möge daher ein jeder erscheinen. Eintritt frei!

Gruppe Johannstadt. Heute abend findet in [illegible] Restaurant, [illegible]straße 37, ein Vortrag über Heinrich Heine statt. Nachher [illegible].

Gruppe Neustadt. Morgen Donnerstag im Restaurant [illegible], [illegible]straße, Mitgliederversammlung. Genosse Schulze referiert über das Erdbeben. Gäste willkommen.

Gruppe Rabenau. Morgen Donnerstag, abends 8½ Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant [illegible]. Referent: Genosse Wiegand-Dresden, über: Die wirtschaftliche Entwicklung der Kulturvölker.

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 107 Dresden 12. Mai 1909

Brasilianische Erlebnisse eines Proletariers

8.

Da ich befürchtete, daß in der Nacht wieder ein Gewitter kommen würde, so suchte ich mir, als die Schlafenszeit herannahte, ein trockenes Plätzchen, um daselbst die Nacht zu verbringen. In dem Schuppen, wo ich den Abend zuvor genächtigt, wollte ich nicht mehr schlafen, da mir dort die Gesellschaft doch zu sehr gemischt war. Bald hatte ich, was ich suchte, unter dem weit vorspringenden Dache einer weiter abwärts, wo der Verkehr nicht mehr so stark war, befindlichen Verkaufsbude gefunden und als allmählich der Lärm auf der Straße verstummt war, streckte ich mich auf dem harten und kalten Pflaster aus, um im Schlafe Vergessenheit zu finden. Aber, obwohl ich schon alle möglichen Lagerstätten gewöhnt war, auf den harten und kalten Steinen war es mir doch nicht möglich einzuschlafen. Bald schmerzten mich alle Glieder, so daß ich schließlich aufstehen und mich nach einer anderen Schlafstelle umsehen mußte. Dabei kam mir wieder einmal zum Bewußtsein, was für ein Hundeleben ich eigentlich führe. Endlich hatte ich unter dem Halbverdeck eines auf dem schräg aufgemauerten Kai liegenden, größeren Bootes ein warmes und trockenes Plätzchen gefunden, und froh über meine Entdeckung kroch ich in mein Versteck, um auf den harten Planken den langersehnten Schlaf zu finden. Auch heute wurde ich wieder in der Ruhe gestört, da bald darauf zwei Männer das Boot betraten und unter das Halbverdeck krochen, um gleichfalls daselbst zu nächtigen. Weil sie jedoch nach einigen freundlichen Worten sich nicht weiter um mich kümmerten, so überließ auch ich mich alsbald wieder dem Schlafe.

Als es am nächsten Tage etwa acht Uhr geworden, ging ich mit dem Deutschen, nachdem wir uns vorher die nötigen [illegible] gekauft, wieder nach dem Bureau, wo ich mit meinem Freund einige Tage vorher schon gewesen, um uns die erforderlichen Erlaubnisscheine ausfolgen zu lassen. Unsere Enttäuschung war jedoch nicht gering, als diesmal der Beamte unser Begehren rundweg abschlug. Nur so viel konnte ich aus seinen, in unwilligem Tone hervorgestoßenen Worten entnehmen, daß der Kommandant, welcher Kommandant, konnte ich leider nicht verstehen, es verboten habe. Nun war guter Rat teuer. Gänzlich niedergeschlagen schlenderten wir den Kai entlang. Vor einem großen, an einer der Landungsbrücken liegenden Dampfer, den der Deutsche für einen Holländer hielt, blieben wir stehen. Da kam mir der Gedanke, es einmal ohne Papiere zu versuchen, an Bord des Schiffes zu gelangen und mit dem Kapitän oder dem ersten Offizier zu sprechen. Gedacht, getan. Schnell schritt ich hinüber und drüben angelangt, fragte ich einige vor dem Mannschaftslogis stehende Männer, ob der erste Offizier zu sprechen wäre, worauf einer von ihnen aufstand und mich zu einem noch jungen Manne führte. Als ich ihm mein Anliegen vortrug, fragte er mich im reinsten Deutsch, ob ich auch ihre Sprache verstehe, worauf ich entgegnete: „Etwas plattdeutsch verstehe ich schon und —" „Ach was," unterbrach mich der Offizier im ärgerlichen Tone, „das ist ein englisches Schiff." — „Ach ja," erwiderte ich, „ich dachte, es wäre ein Holländer. Nein, englisch kann ich nicht, bloß außer deutsch noch ein wenig portugiesisch."

„Das nützt Ihnen hier nichts," antwortete er, dann fragte er mich, ob ich Matrose wäre, wo ich her sei, ließ sich mein Arbeitsbuch zeigen und riet mir schließlich, lieber auf einem deutschen Schiffe Arbeit zu suchen, da ich mich erstens auf seinem Schiffe mit der Mannschaft nicht verständigen könne, und zweitens, von Antwerpen, wohin das Schiff gehe, bis nach Böhmen ein weiter Weg sei. — „Von Hamburg ist es ebenso weit," entgegnete ich, worauf er mir zu warten befahl, bis der Kapitän käme und mich allein ließ. Nicht lange darauf kam der auf dem Dampfer wachthabende Polizist und frug mich: „A bordo?" — „Si," antwortete ich, worauf er noch mehrere Fragen stellte, wovon ich kaum die Hälfte verstand. Er schien meiner Antwort offenbar nicht recht Glauben zu schenken, schien aber zuletzt doch zufrieden zu geben, indem er seiner Wege ging. Endlich kam der Kapitän, ein steifer, hagerer Engländer mit einem das Gesicht umrahmenden Vollbart, auf dem [illegible], von dem Offizier begleitet, auf mich zu. Da er kein Wort deutsch konnte, so verständigte ihn dieser über mein Begehren, worauf er mir sagen ließ, daß er niemand brauche, weil seine Mannschaft vollzählig sei. Als ich wieder ans Land kam, war der Deutsche, welchen ich kurz vorher, vom Schiffe aus, neben dem [illegible] auf dem Kai hatte stehen sehen, verschwunden und nirgends mehr zu erblicken. Da ich diesen Tag, außer einer Tasse Kaffee und einem Brötchen, noch nichts genossen hatte, beschloß ich zurück, in das schon erwähnte Speisehaus zu gehen und vorher zu frühstücken, ehe ich weitere Schritte unternahm. Bald hatte ich meinen Hunger gestillt, aber auch meinen letzten Milreisschein gewechselt.

Ist es mir vorhin auf dem englischen Schiffe gelungen, ohne Erlaubnisschein mit dem ersten Offizier zu sprechen, so könnte es mir auch auf dem „Tijuca" glücken, so dachte ich, als ich wieder auf der Straße stand, und schnell ließ ich meinem Gedanken die Tat folgen. Als ich bei dem auf der Landungsbrücke befindlichen Häuschen, wo ich zwei Tage zuvor genächtigt, vorbei schritt, trat gerade einer der in leichte Sommeruniform gekleideten Hafenwächter heraus und fragte mich: „A bordo?" Als ich jedoch seine Frage, ohne stehen zu bleiben, bejahte, kehrte er wieder auf seinen Platz zurück. An Bord des Schiffes angelangt, ging ich schnell nach dem Mannschaftslogis und fragte einige davor müßig stehende Männer, ob man wohl hier Arbeit bekommen könne. — Da müssen Sie mit dem Maschinisten sprechen, bekam ich zur Antwort. Ich hatte in meinem Eifer, nur schnell mein Anliegen vorbringen zu können, mich an die Feuerleute, statt an die Matrosen, wie ich eigentlich beabsichtigte, gewendet. Dann stand einer von ihnen auf und führte mich durch das [illegible] nach dem hinteren Verdeck des Schiffes, wo wir auf einen Mann in mittleren Jahren mit dunklem, kurz gehaltenem Vollbart stießen. Es war der zweite Maschinist. Ihm trug ich nun mein Anliegen vor, erzählte ihm in Kürze, wie es mir in Brasilien bisher ergangen, daß ich nirgends dauernde Arbeit hätte finden können, daß ich aber trotzdem nicht wieder zurückginge, wenn nicht meine noch drüben weilende Frau krank geworden wäre und mir daher nicht nachfolgen könne. — Da meine Frau öfter an Ohnmachtsanfällen litt, so war das gesagte [illegible] auch keine Lüge, ebenso wie das übrige durchaus der Wahrheit entsprach.

Nachdem er meine Erzählung angehört, auch einige Fragen gestellt, entfernte er sich, um bald darauf mit dem ersten Maschinisten, einem kleinen Manne mit blondem Vollbart zurückzukehren. Wieder wurden verschiedene Fragen an mich gestellt, und abermals mußte ich meine Erzählung wiederholen, dann entfernte sich der erste Maschinist, der zweite war schon früher fortgegangen, um die Entscheidung des Kapitäns einzuholen. Obgleich ich hier, in einem Winkel des [illegible] gedrückt, nicht leicht gesehen werden konnte, so hatte mich der auf dem „Tijuca" herumlungernde Polizist schließlich doch erblickt, trat zu mir und stellte dieselbe Frage, die ich heute schon zweimal gehört: „A bordo?", nämlich, ob ich an Bord des Schiffes gehöre, d. h., ob ich daselbst beschäftigt sei, an [illegible]. Auch jetzt bejahte ich die Frage, worauf ihm schließlich nichts anderes übrig blieb, als mich in Ruhe zu lassen. Endlich, nach langem Warten, das mir eine Ewigkeit dünkte, kam der erste Maschinist zurück und eröffnete mir, daß ich morgen früh an Bord kommen könne, um daselbst zu arbeiten, ich müßte aber alle mir übertragenen Arbeiten machen, auch wenn sie mir noch so schwer vorkämen, selbst wenn ich dabei umfiele. Ich versprach, mein möglichstes zu tun und fragte dann noch, ob ich nicht heute noch an Bord bleiben könne, da ich keine Schlafstelle hätte, und nicht wüßte, wo ich die Nacht über bleiben solle. Nachdem er in mein Begehren gewilligt, eilte ich schnell nach der Stadt Hamburg hinüber, um mir meine Sachen zu holen.

So war es mir endlich gelungen, meinen sehnlichsten Wunsch zu erfüllen; die Arbeit auf dem Schiffe war keine leichte und wurde sehr schlecht bezahlt. Aber die Sehnsucht, in die Heimat zu kommen, half auch das schwerste überstehen. So nahm ich dann Abschied von Brasilien für immer.

Jos. Scholz, [illegible].

28) **Der Unkenteich**

Roman von Gertrud Franke-Schievelbein.

Richard Volkmar hatte den ganzen Tag über wenig Zeit, an etwas anderes zu denken, als an den Dienst. Eine Aufgabe jagte die andere. Als der Nachmittagsunterricht geschlossen war, kamen die Leibesübungen heran. Das tägliche Baden im Fluß, dann der Sport auf dem grünen Rasen.

[illegible] müde, aber heiter und voll Befriedigung über die [illegible] Lebenslust, den [illegible] Eifer der Schüler, [illegible] an seinem Erziehungswerk, betrat er sein Haus. Aber betroffen blieb er einen Augenblick auf dem Treppenabsatz stehen. Da oben die schrillen Klänge, das [illegible] Weinen. Und nun ein Ton, der ihm das Herz erstarrte.

Mit ein paar Schritten war er oben, riß die Tür auf. Eine fremde Frau, jung und hübsch, mit weißer Schürze und [illegible] Kragen kam ihm entgegen. „Gott sei Dank!" sagte sie. „Ich kann's nicht länger verantworten. Der Arzt muß geholt werden."

Er hörte kaum. Stürzte an ihr vorüber in die Kammer. „Vera!" schrie er, „Vera!"

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090512/11
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sie lag wie eine Sterbende aus. Die geschlossenen Augen, gelblich-blaß, schmerzverzerrt, lag sie in den Kissen. Beim Klange seiner Stimme schlug sie die schweren Lider halb empor. Die schwarzen Augensterne irrten in dem bläulichen Weiß umher und verkrochen sich dann ganz unter dem Schatten der Wimpern. Sie versuchte zu lächeln. Ein herzzerreißender Ausdruck spielte um die farblosen Lippen. Ein ersticktes Stammeln — dann Schweigen.

„Lene!" schrie er wieder in Todesangst. Er griff sich wild ins Haar, stierte sie an, packte ihre schlaff herabhängende Hand. „Lene!"

Sie regte sich nicht. Wie ein Abgrund tat sich's vor ihm auf. Unergründlich — unfaßbar. Sie stirbt — das ging ihm durch den Kopf. Er taumelte, wie vom Blitz getroffen, hielt sich am Bettpfosten, stierte und stierte.

„Sie ist ohnmächtig," sagte die junge hübsche Frau, die diesen Jammer tagtäglich mit ansah und davon lebte, ganz gelassen. „Und es ist gar nichts im Hause, kein Champagner, kein Riechsalz. Ich habe die Steigenbergen schon danach geschickt. Aber die kommt gar nicht wieder. Ich verantwort's nicht länger. Der Doktor muß kommen —"

Da fuhr Lene mit einem Ruck empor. Mit irren Blicken sah sie umher. „Nein, nein! Nicht! Keine fremden Menschen! — Nein!" schrie sie gellend heraus, „keinen! Lieber sterben! Richard!" Sie zog ihn zu sich hinab. „Um Gottes willen!" flüsterte sie. „Dann ist's aus. Dann kommt's heraus! Dann bist du — um deine Stellung — nein, nein, um Gottes willen! Richard! — Lieber sterben!"

Sie fiel zurück, und schwere Schatten breiteten sich über ihr Gesicht. Es schien, als wollte sie jetzt schon Ernst machen mit dem Sterben.

Wie von Furien gejagt, stürzte Richard fort, der Stadt zu. Dunkel entsann er sich des nächsten Arztes. Er kannte ihn nicht. Aber das war gleich. Ja, nur um so besser.

Was daraus würde, wenn ein Mensch seines Standes, seiner Gesellschaftskreise eingeweiht würde in seine Verhältnisse — daß er damit sein Geheimnis selber hinaustrüge in die Welt, sein Schicksal aus den Händen gäbe — was fragte er danach! Nicht einen Gedanken hatte er dafür übrig. Sein Weib! Seine Lene!

Wenn sie ihm genommen würde, würde er nicht länger leben wollen.

Und wie er so durch den lieblichen Frühabend stürmte, keuchend, daß das Herz ihm bis in den Hals hinauf hämmerte, sprangen allerlei irre, verrückte Gedanken in ihm auf. Vorstellungen, Bilder, Sätze, Bruchstücke von Unterredungen bunt durcheinander. Seine Kindheit, die Drosselburg, seine Promotion, Karoline Uebens klares, unbewegliches Gesicht — als wäre in seinem Kopf der Denkmechanismus in Unordnung geraten.

Endlich hatte er das Haus erreicht. Und, gottlob, Doktor Weinhold war zu Hause.

Eine süße Sommernacht. Draußen im Raul, über den Feldern wölbte sich ein schimmernder Himmel, besät mit Milliarden von Sternen, in unbeschreiblicher Klarheit. Durch die kleinen Fenster drang die schmeichelnde Luft. Das große Schweigen, das Ausruhen — der Gottesfriede der Nacht, in dem das Jagen, Morden und Vertilgen der Kreaturen untereinander für eine Weile aussetzt — hatte sich über die müde Erde gebreitet.

Nur in der Ferne, kaum vernehmbar und nur ab und zu durch eine Bewegung der klaren Luft herangetragen, ein zartes, klagendes Singen und Summen. Es klang traurig, wie der Sehnsuchtsruf verwunschener Seelen.

Draußen über den Sümpfen stiegen die silbernen Nebel auf und führten ihren Geisterreigen. Und in dem Teich, in den sich alles dumpfe Leben der Moraste gerettet hatte, sangen die Unken ...

Es war schon Morgen. Die ersten blassen Sonnenstrahlen fielen auf den Gipfel der blühenden Linde. Da war im kleinen Hause am Raul das Leben Sieger geblieben. Doppeltes Leben. Ein junges, das seine ersten Atemzüge tat, und ein reifes, schon fast vom Tode niedergemähtes, das sich langsam wieder in der Welt zurechtfand.

Eine furchtbare Nacht für Richard Volkmar.

Und als der Morgen da war und die fremden Menschen aus dem Hause — die Frau wollte um sieben Uhr wiederkommen, und die Steigenberg hatte mit aller ihr innewohnenden Energie die ganze Leitung des kleinen Hauswesens in ihre Hände genommen —, da saß Richard an Lenens Bett und blickte sie an, als wäre sie eine gefolterte Heilige.

Neben ihnen in seinem Wagen das Kind, ein starker Knabe mit schwarzen Härchen und den Samtaugen seiner Mutter. Wenn Lene auf ihn blickte, war's ihr immer noch, als träume sie. Das Wunder war so unermeßlich, ihr armer Kopf konnte es noch nicht fassen.

„Richard," flüsterte sie, auf einmal seine Hand ergreifend, „Richard — ist's dir nicht auch — nach dieser Nacht —, als wären wir — entsühnt?"

Er beugte sich über sie hinab und küßte sie.

„Lene, mochte unsere Schuld auch — nach der Meinung der Leute — zum Himmel schreien — die Strafe war hart. Zu hart. Für dich und für mich. Und darum mein' ich — dürfen wir uns rein fühlen. Reiner und geläuterter wie vor unserem ‚Sündenfall'."

Sie nickte. „So ist mir's auch. Und nun geh, schlaf noch ein Weilchen. — Mußt du denn wirklich zur Schule gehen?"

„Ja, gewiß. Niemand darf was merken. Es geht ja auch keinen was an."

Und rechtzeitig war er auf seinem Posten.

Während der Frühstückspause ging er mit Professor Horstmann, der vielerlei mit ihm zu besprechen hatte in Volksbildungsangelegenheiten. Und Richard tat sein möglichstes, auf all die Fragen einzugehen, die ihm heut so gleichgültig waren, als beträfen sie die Bibliotheken der Marsbewohner.

Da fragte Horstmann auf einmal mit einem scharfen Blick in Volkmars übernächtigtes Gesicht: „Sind Sie nicht wohl, Herr Kollege?"

Richard lachte. „Vollkommen, Herr Professor."

Und der liebenswürdige Mensch, der die allgemeine Meinung teilte, daß Richard Volkmar durch seine Mißheirat litt, wollte ihm eine besondere Aufmerksamkeit erweisen.

„Wie geht es Ihrer Frau Gemahlin?" fragte er.

Und Richard — das Bild der zwischen Tod und Leben ringenden Lene vor Augen — antwortete mit höflicher Verbeugung: „Ausgezeichnet, Herr Professor!"

* * *

Ganz sacht und allmählich ging's bergauf mit Lene Volkmar. Eine Zeitlang hatte Doktor Weinhold noch ein bedenkliches Gesicht gemacht. Sie hatte sich zu früh aus dem Bett gewagt. Die Sorge um ihre Wirtschaft, in der die Steigenberg mit gutem Willen, aber doch ein bißchen vandalisch hauste — der Wunsch, Richard die gewohnte Behaglichkeit nicht zu lange entbehren zu lassen, hatte sie über ihre Kräfte getrieben.

Nun mußte sie sich lange schonen. Die Steigenberg wurde unentbehrlich. Und da sie das wußte — wer sollte die kranke Frau denn pflegen? — und überhaupt an Dreistigkeit nicht zu kurz gekommen war, wurde sie für Richard Volkmar allmählich eine Ursache steten, heimlichen Ärgers.

Und das schlimmste war: er durfte sich's nicht merken lassen, wie ihr lautes, lärmendes Wesen und ihre wichtigtuerische Geschwätzigkeit ihm auf die Nerven fiel. Er mußte sie höflich behandeln. Sie w u ß t e zu viel. Ihr Wohlwollen war ihnen notwendig.

Richard Volkmar knirschte manchmal mit den Zähnen, wenn er daran dachte, daß ihre ganze Zukunft wie an einem Haar an einem zufälligen Worte hing.

Als es mit Lene besser stand, war die Sorge wieder in den Vordergrund getreten. Ein solches Ereignis zog seine Kreise. Fast ein Wunder wär's, wenn's nicht durchsickerte bis in die für ihn maßgebenden Gesellschaftsklassen.

Zum Glück war Doktor Weinhold ein junger Anfänger, dessen Praxis sich einstweilen noch auf die Vorstadt beschränkte. Die bescheidenen Verhältnisse Volkmars hatten ihn wohl zuerst ein wenig in Erstaunen gesetzt. Aber da er ein etwas phlegmatischer Herr war — für seine Jugend ungemein korpulent — und sich um Dinge, die ihn nichts angingen, nicht gern den Kopf zerbrach, so sagte er sich: pah! Armer Schulmeister! Was geht's dich an?

Richard, der sich gern mit ihm unterhielt, hatte die Bitte oft auf der Zunge gehabt: Sprechen Sie nicht über uns! Wie beruhigend wäre das für ihn gewesen! Aber zugleich ein Eingeständnis der Unregelmäßigkeit seiner Lage.

Das durfte nicht sein. Im Gegenteil: durch seine Ruhe und Sicherheit mußte er bei dem Arzte jeden etwa aufsteigenden Verdacht im Keime ersticken.

Und doch waren sie, seit das Kind da war, einen guten Schritt weitergekommen.

„Wir geben's für ein Angenommenes aus, Lene," hatte er ihr gesagt, „wenn mal ein unberufener Frager kommen sollte."

Da hatte sie ihn mit einem großen, vorwurfsvollen Blick angesehen. „Ich soll mein Kind verleugnen?" Und leidenschaftlich hatte sie's an ihre Brust gedrückt.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Georg Grosch †

Die Dresdner Hofbühne hat einen schweren Verlust erlitten: am Dienstag nachmittag starb an den Folgen einer Operation wegen Blinddarmentzündung Georg Grosch. Er ist nur 34 Jahre alt geworden. Die wenigen Jahre seines künstlerischen Schaffens sind eng mit Dresden verknüpft. Hier trat er im Oktober 1906 sein erstes Bühnenengagement an und sein Verbleiben an der hiesigen Bühne war dem Vernehmen nach auf eine längere Reihe von Jahren neu gesichert, nachdem sein Weggang an die Wiener Hofoper, zu dem die Geschäfte bereits erledigt waren, gehindert hatte. Groschs Vorzüge bestanden im Gesanglichen. Die geschmackvolle Behandlung seiner Stimme war direkt vorbildlich. Die deutsche Bühne hat nur ganz wenig Tenöre aufzuweisen, die an Grosch als Sängerkünstler heranreichen. Das haben u. a. die vielen Tenorgastspiele in Dresden bewiesen. Unter den lyrischen Tenoristen, die in den letzten zehn Jahren hier sangen, waren manche, die an schauspielerischer Gewandtheit und Darstellungsvermögen Grosch übertrafen — er war ein herzlich schlechter Spieler —, aber keiner, dessen Organ in allen Lagen so ausgeglichen gewesen ist. Auch das Organ selbst hatte große Reize. Das trat besonders beim Oratoriengesang hervor, in dem Grosch Meister war und in dem er sich mehr zu Hause fühlte als auf der Bühne. Hier konnte man auch ein [illegible] Stilgefühl bewundern und eine Sicherheit der musikalischen Gestaltung, die nicht alltäglich ist. Sein plötzlicher Tod reißt auf diesem Gebiete nicht nur in Dresden, sondern im ganzen deutschen Musikleben eine große Lücke. Für die Hofoper aber bedeutet das jähe Hinscheiden Groschs weit mehr. Gesungen werden seine Rollen von andern natürlich auch. Aber wie! Der vollgültige Ersatz wird sich zurzeit kaum finden lassen. — Neben den Theaterfreunden steht der musikliebende Teil der Arbeiterschaft Dresdens trauernd am Sarge Groschs. Zwei Monate nach Antritt seines hiesigen Engagements hat er schon in der Volkssingakademie gesungen. Er ist dem großen Dresdner Volkschor auch später treu geblieben. Seine letzte Tat in dieser Beziehung war die Mitwirkung in dem diesjährigen Jugendkonzert. Für all' dies sei ihm an dieser Stelle im Namen der vielen tausend Hörer aus Volkskreisen, die er künstlerischem Genuß zuführte, der Dank nachgerufen. -ss-

Theater

O p e r n h a u s. In Salome von Richard Strauß gastierte am Dienstag Fräulein Gärtner vom Stadttheater in Bremen. Die Dame gab die Titelrolle und erwies sich als hochbegabte Darstellerin und vortreffliche Sängerin. Fräulein Gärtner stellte die Salome nicht als lüsterne Halbjungfrau dar, sondern gab ihr die Züge kindlicher erster Weiblichkeit. In dieser Art der Gestaltung wird die abstoßende Seite des Salome-Charakters besonders herausgehoben. Aber es war interessant und als Darstellungsstudie direkt fesselnd. Dazu kam, daß die Darstellerin über zwar nicht allzu große, aber gesunde Stimmmittel verfügt, die sie mühelos behandelt. Genaue Schärfe trat zutage. Das kann aber Absicht gewesen sein und [illegible] in diesem Falle dem gesanglichen Können nur zur Ehre gereichen. Am höchsten stellte der Tanz. Und es zeigte sich dabei, wieviel wie in Dresden durch die Balletttänzerin, die sonst an Stelle der Sängerin den Tanz ausführt, gewöhnlich verloren. Fräulein Gärtner gab jeder Note ihr Recht und brachte in genauer Anlehnung an Rhythmus und melodisches Element eine hohe künstlerische Leistung hervor. — Als weiterer Gast sang Fräulein Ober von der Berliner Hofoper aushilfsweise die Herodias. -ss-

Bildende Künste

K ö n i g l. K u p f e r s t i c h k a b i n e t t. S a a l d e r n e u e n E r w e r b u n g e n. Für den Monat Mai ist eine Anzahl von K u p f e r s t i c h e n a l t e r M e i s t e r ausgestellt, die der französischen, italienischen und englischen Schule angehören und mit Ausnahme eines einzigen Blattes als Geschenk des Herrn Baron v. Lanna in Prag in die Sammlung gelangten. Um einiges daraus hervorzuheben, seien hier erwähnt aus den Italienern: Marcantonio Raimondi: Die Stärke, von seinem Schüler Agostino de' Musi die [illegible] mit dem Hasen und der alte Hirt nach Campagnola, von Pietro Testa: Venus und Amor auf Delphinen, vom Meister B mit dem Würfel: Der Neid, aus dem Tempel verjagt, und der Triumph des Scipio. Ferner drei Titelumrahmungen von Enea Vico, die Statue des Marc Aurel von Beatrizet, ein Säulenkapitell vom Meister mit der [illegible], die beiden Kämpferinnen von Primaticcio, das Bildnis des Romano Baglioni von Ottavio Leoni und Susanna im Bade von Annibale Carracci. Von den französischen Stechern sind zu nennen: Eduard Gautier-Dagoty mit dem frühen [illegible] Die Verschwörung des Catilina, Pierre Mariette mit dem Bildnis des Diego de Cobos, Gérard Edelinck mit jenem Bildnis und Belochon mit dem [illegible]; von den Engländern ein anonymes Bildnis Friedrichs von der Pfalz mit seiner Familie, Die Geburt auf einem Stuhle liegend von Valentine Green nach Hoskins und Der Flötenspieler von William Baillie. — Die S c h a u k ä s t e n enthalten ein Gebetbuch: „Christlicher Herzen Schatz" von J. C. Henkel, das im Jahre 1729 in Kupfer gestochen wurde, aber vollkommen den Eindruck macht, als sei es mit der Hand geschrieben.

Erdkunde

K ö n n e n E r d b e b e n v o r h e r g e s a g t w e r d e n? Ueber die Erfindung des Padre Marcioni in Siena, die eine Voraussage von Erdbeben ermöglichen soll, erstattet der bekannte Florentiner Erdbebenforscher P. Guido Alfani im Corriere della Sera einen genauen Bericht. Nach sorgfältiger Prüfung ist Alfani zu der Ueberzeugung gekommen, daß hier in der Tat ein gangbarer Weg zur Lösung des wichtigen Problems gefunden ist. Marcioni ging von der häufig gemachten Beobachtung aus, daß sich vor dem Eintreten eines Erdbebens bei Tieren eine merkwürdige Erregung und Unruhe bemerkbar macht; auch glaubte er ziemlich sicher, daß Menschen einige Augenblicke vor der Erschütterung erwachen, und Marcioni hat selbst diese Erfahrung öfter gemacht. Er nahm an, wie man auch schon früher vermutet hat, daß es sich hier um eine elektrische Beeinflussung handle, und er konstruierte nacheinander verschiedene Apparate nach Art der Kohärer, die jedoch alle zunächst nicht empfindlich genug waren, um diese Erscheinungen zu registrieren. Schließlich gelang es ihm, einen äußerst empfindlichen Apparat aufzustellen, den er dann sorgfältig beobachtete. Zwei Monate mußte er warten, ohne ein Ergebnis zu erhalten. Plötzlich ertönte in einer Nacht in seinem Zimmer die Alarmglocke; er eilte in das Observatorium und sah, daß der Apparat in Tätigkeit gewesen war; nach vier Minuten zeigten die empfindlichen Erdbebenmesser eine Erschütterung in 20 Kilometer Entfernung von Siena an! Da die Erschütterungen im Gebiet von Siena nie vereinzelt auftreten, stellte er sofort seinen Apparat wieder ein und wartete; in der Tat gab der Kohärer von neuem ein Signal, und wieder folgte nach vier Minuten an derselben Stelle eine Erderschütterung. Wenngleich die geringe Zahl der Beobachtungen zu endgültigen Schlüssen noch nicht hinreicht, so lassen die Umstände, unter denen sie erfolgt sind, kaum eine andere Deutung zu, als daß die Signale von Marcionis Apparat tatsächlich im Zusammenhang mit den Erderschütterungen standen, denen sie vorausgingen.

Naturkunde

W i e B i e n e n u n d A m e i s e n s i c h v e r s t ä n d i g e n. Der französische Gelehrte Gaston Bonnier macht in der Revue hebdomadaire interessante Mitteilungen über Experimente mit Bienen und Ameisen, die zeigen, wie diese Insekten mit Hilfe der Fühlhörner sich untereinander verständigen. Bonnier erzählt von einer Bienenkönigin, die in ein kleines metallisches Gewebe verschlossen wurde, dessen Maschen zu eng waren, um einer Biene Durchlaß zu gewähren. Man brachte das kleine Gefängnis dann in den Bienenstock zurück, dem die Königin entstammte, und versetzte die ganze Bienenkolonie in völlige Dunkelheit. Nur von Zeit zu Zeit öffnete man ein Guckloch, um zu beobachten, was im Innern des Stockes vorging. Eine lange Zeit lang schienen die Bienen die Gefangenschaft ihrer Königin nicht zu bemerken. Plötzlich aber war gleich eine größere Anzahl von Arbeitsbienen davon unterrichtet. Man sah, wie sie ihre Fühler durch das Metallnetz streckten, die Königin näherte sich ihnen, kreuzte ihre Fühler mit denen der Arbeitsbienen und es war, als begänne ein Gespräch zwischen ihnen. Dann wurden fruchtlose Versuche unternommen, um die Königin zu befreien. Nach einer Weile gaben die Bienen, offenbar resigniert, diese Arbeit auf; man sah einige Arbeitsbienen, die sich dem Netze wieder näherten und mit ihren Zungen der Zunge der Königin Nahrung übermittelten. Ganz ähnlich verliefen die Versuche mit Ameisen. Wenn eine Ameise eine Genossin sucht, die ihr bei dem Transport eines schweren Gegenstandes behilflich sein soll, so geht dieser gemeinsamen Arbeit stets eine Verständigung voraus: die eine Ameise nähert sich der anderen, berührt deren Fühler mit den eigenen und sucht die Genossin offenbar zur Hilfe zu bestimmen; worauf die zweite der ersten alsbald folgt. Noch merkwürdiger ist die Tatsache, daß sowohl in den Bienenstöcken als in den Ameisenbauten eine plötzliche Verständigung auch ohne die Fühlhörner eintritt, die die ganze Kolonie mit Blitzesschnelle in höchste Aufregung und zu fieberhafter Tätigkeit bringt. Es gibt offenbar ein Alarmzeichen, das sich mit der größten Schnelligkeit durch den ganzen Bau fortpflanzt; auf welche Weise aber dies geschieht, hat die Forschung bisher noch nicht aufzuklären vermocht.

Landwirtschaftliches

D i e T r o c k e n f ä u l e d e r K a r t o f f e l n. Die Kartoffelknollen sind einer ganzen Reihe von Krankheiten ausgesetzt, von denen viele unter dem einfachen Namen der Kartoffelfäule oder Knollenfäule zusammengefaßt werden, ohne daß damit etwas Besonderes gesagt wäre. Die wissenschaftliche Pflanzenkunde unterscheidet unter diesem Begriff mehrere Krankheiten, die ganz verschiedene Ursachen haben können, denn es sind fast alle denkbaren Arten von Schmarotzern bei dem Zustandekommen beteiligt, nämlich sowohl Würmer als Pilze und Bakterien. Die beiden hauptsächlichen Arten der Kartoffelfäule sind die Naßfäule und die Trockenfäule; und diesen hat sich die Forschung am meisten gewidmet. Mit Rücksicht auf die Trockenfäule hat Ethel Longman in der Linnéischen Gesellschaft in London einen wichtigen Vortrag gehalten, der die Feststellung einiger neuer Tatsachen bringt. Der Erreger der Trockenfäule ist als ein Pilz mit dem Namen Fusarium schon seit langer Zeit bekannt. Dagegen hat die Annahme, daß dieser Schmarotzer die Naßfäule stets veranlaßt, keine Berechtigung. Es ist nämlich jetzt gelungen, durch Impfung mit Sporen oder Wucherfäden des genannten Pilzes auch ganz gesunde Knollen anzustecken. Noch wichtiger ist der Nachweis, daß auch die Schößlinge von Kartoffelpflanzen durch denselben Pilz angegriffen und abgetötet werden können. Ueberdies besitzt dieser Schmarotzer wahrscheinlich eine sehr große Verbreitung im Ackerboden, von dem aus er durch die Wurzel in die Kartoffelpflanze eindringt. Außerdem aber greift er auch in den Kartoffelkellern während